

Gesetz
zu dem Abkommen vom 25. Juni 2003
zwischen der Europäischen Union
und den Vereinigten Staaten von Amerika über Auslieferung,
zu dem Abkommen vom 25. Juni 2003
zwischen der Europäischen Union
und den Vereinigten Staaten von Amerika über Rechtshilfe,
zu dem Vertrag vom 14. Oktober 2003
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen,
zu dem Zweiten Zusatzvertrag vom 18. April 2006
zum Auslieferungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika
sowie zu dem Zusatzvertrag vom 18. April 2006
zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen

Vom 26. Oktober 2007

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden völkerrechtlichen Verträgen wird zugestimmt:

1. dem in Washington D. C. am 14. Oktober 2003 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen,
2. dem in Washington D. C. am 18. April 2006 unterzeichneten Zweiten Zusatzvertrag zum Auslieferungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika,
3. dem in Washington D. C. am 18. April 2006 unterzeichneten Zusatzvertrag zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen.

Die Verträge werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bindung an folgende Abkommen wird zugestimmt:

1. in Washington D. C. am 25. Juni 2003 unterzeichnetes Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Auslieferung,
2. in Washington D. C. am 25. Juni 2003 unterzeichnetes Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Rechtshilfe.

Die Abkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 3

(1) Das Grundrecht der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe von Artikel 7 Abs. 4, Artikel 8 Abs. 2 und Artikel 10 des Vertrags vom 14. Oktober 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen eingeschränkt.

(2) Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 Abs. 1 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe des Artikels 12 des Vertrags vom 14. Oktober 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen eingeschränkt.

(3) Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe des Artikels 11 des Vertrags vom 14. Oktober 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen eingeschränkt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Auslieferung nach seinem Artikel 22 Abs. 1 und das Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Rechtshilfe nach seinem Artikel 18 Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland sowie der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen nach seinem Artikel 26 Abs. 2, der Zweite Zusatzvertrag zum Auslieferungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika nach seinem Artikel 8 Abs. 3 und der Zusatzvertrag zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen nach seinem Artikel 11 Abs. 3 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 26. Oktober 2007

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin der Justiz
Brigitte Zypries

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika
über die Rechtshilfe in Strafsachen

Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the United States of America
on Mutual Legal Assistance in Criminal Matters

Inhaltsverzeichnis

Artikel 1	Verpflichtung
Artikel 2	Zentrale Behörden
Artikel 3	Ablehnung
Artikel 4	Zustellung von Urkunden
Artikel 5	Zeugen und Sachverständige
Artikel 6	Sicheres Geleit
Artikel 7	Überstellung von Häftlingen
Artikel 8	Durchbeförderung von Häftlingen
Artikel 9	Überlassung amtlicher Unterlagen
Artikel 10	Zeugenvernehmung und Vorlage von Beweismitteln
Artikel 11	Durchsuchung und Beschlagnahme
Artikel 12	Besondere Ermittlungsmethoden
Artikel 13	Rechtshilfe in Einziehungsverfahren
Artikel 14	Vertraulichkeit
Artikel 15	Bedingungen
Artikel 16	Auskünfte und Beweismittel in kartellrechtlichen Verfahren und Ermittlungen
Artikel 17	Inhalt und Form der Ersuchen
Artikel 18	Anzuwendende Sprache
Artikel 19	Erledigung von Ersuchen
Artikel 20	Rückgabe von Gegenständen
Artikel 21	Kosten
Artikel 22	Verweisung zum Zweck der Ermittlung oder Verfolgung
Artikel 23	Beglaubigung
Artikel 24	Konsultationen
Artikel 25	Andere Übereinkünfte
Artikel 26	Ratifikation, Inkrafttreten und Kündigung
Anhang	Zuständige Behörden

Table of Contents

Article 1	Obligation
Article 2	Central Authorities
Article 3	Refusal
Article 4	Serving Documents
Article 5	Witnesses and Experts
Article 6	Safe Conduct
Article 7	Transferring Persons in Custody
Article 8	Transit of Persons in Custody
Article 9	Providing Official Records
Article 10	Taking Testimony and Producing Evidence
Article 11	Search and Seizure
Article 12	Special Investigative Techniques
Article 13	Assistance in Forfeiture Proceedings
Article 14	Confidentiality
Article 15	Conditions
Article 16	Information and Evidence in Antitrust Proceedings and Investigations
Article 17	Contents and Form of Requests
Article 18	Language to be Used
Article 19	Execution of Requests
Article 20	Return of Items
Article 21	Expenses
Article 22	Referral for Investigation or Prosecution
Article 23	Certification
Article 24	Consultations
Article 25	Other Agreements
Article 26	Ratification, Entry into Force, and Termination
Appendix	Competent Authorities

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Vereinigten Staaten von Amerika –

The Federal Republic of Germany
and
the United States of America,

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit beider Staaten bei der Bekämpfung der Kriminalität wirksamer zu gestalten und insbesondere den Verkehr zwischen beiden Staaten auf dem Gebiet der Rechtshilfe in Strafsachen zu erleichtern –

desiring to provide for more effective cooperation between the two States in the repression of crime and, specifically, to facilitate the relations between the two States in the area of mutual legal assistance in criminal matters –,

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

Artikel 1

Verpflichtung

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags einander durch ihre zuständigen Behörden soweit wie möglich Rechtshilfe in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren und in Strafverfahren, einschließlich solcher wegen Zoll-, Abgaben- und Steuerstraftaten, zu leisten. Strafrechtliche Ermittlungsverfahren oder Strafverfahren im Sinne dieses Vertrags schließen Ermittlungen und Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten nach dem deutschen Kartellrecht ein. Strafrechtliche Ermittlungsverfahren oder Strafverfahren nach diesem Vertrag sind auch Ermittlungen und Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten, soweit sie im ersuchenden Staat zu Gerichts- oder Strafverfahren führen können und soweit sie im ersuchten Staat Straftaten darstellen würden.

(2) Die Rechtshilfe umfasst Folgendes:

1. Fahndung nach und Identifizierung von Personen oder Gegenständen;
2. Zustellung von Urkunden;
3. Abnahme von Aussagen oder anderen Erklärungen;
4. Überstellung von Häftlingen zur Zeugenaussage oder zu anderen Zwecken;
5. Überlassung von Urkunden, Akten und anderen Gegenständen;
6. Durchsuchung und Beschlagnahme;
7. besondere Ermittlungsmethoden wie zum Beispiel Überwachung des Fernmeldeverkehrs, verdeckte Ermittlungen und kontrollierte Lieferungen;
8. Unterstützung bei Verfahren in Bezug auf Sicherstellung und Einziehung von Vermögenswerten, Rückerstattung, Beitreibung von Geldstrafen; und
9. jede andere Form der Rechtshilfe, die nicht nach dem Recht des ersuchten Staates verboten ist.

(3) Der Ausdruck „zuständige Behörde“ bedeutet jede Behörde, die nach dem Recht oder aufgrund der Praxis einer Vertragspartei befugt ist, um Rechtshilfe in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren oder in Strafverfahren zu ersuchen oder die Erledigung von Ersuchen um Rechtshilfe in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren oder in Strafverfahren anzuordnen oder solche Ersuchen zu erledigen. Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien sind im Anhang zu diesem Vertrag aufgeführt. Der Anhang ist Bestandteil dieses Vertrags. Jede Vertragspartei kann ihre Liste der zuständigen Behörden durch Austausch von Noten auf diplomatischem Weg ändern.

(4) Die Rechtshilfe wird unabhängig davon geleistet, ob die Handlung, die Gegenstand des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens oder des Strafverfahrens im ersuchenden Staat ist, nach dem Recht des ersuchten Staates eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit darstellt, sofern in diesem Vertrag nichts anderes vorgesehen ist.

(5) Eine Vertragspartei ersucht um Rechtshilfe gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags, wenn Urkunden, Akten und andere Gegenstände, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden und im Zusammenhang mit einem unter den Geltungsbereich dieses Vertrags fallenden strafrechtlichen

Article 1

Obligation

(1) The Parties undertake to afford each other, through their competent authorities, the widest measure of mutual assistance in criminal investigations and proceedings, including those relating to customs, duties and taxes, in accordance with the provisions of this Treaty. Criminal investigations or proceedings for the purpose of this Treaty include investigations or proceedings relating to regulatory offenses (Ordnungswidrigkeiten) under German antitrust law. Criminal investigations and proceedings for the purpose of this Treaty also include investigations and proceedings relating to regulatory offenses to the extent that they may lead to court proceedings or be referred for criminal prosecution in the Requesting State and would constitute criminal offenses in the Requested State.

(2) Assistance shall include:

1. locating or identifying persons or items;
2. serving documents;
3. taking the testimony or statements of persons;
4. transferring persons in custody for testimony or other purposes;
5. providing documents, records, and other items;
6. executing searches and seizures;
7. special investigative techniques such as: telecommunications surveillance, undercover investigations, and controlled deliveries;
8. assisting in proceedings related to immobilization and forfeiture of assets, restitution, collection of fines; and
9. any other form of assistance not prohibited by the laws of the Requested State.

(3) The term “competent authority” means any authority that under the law or practice of a Party is authorized to request assistance in criminal investigations or proceedings or to order the execution of or to execute requests for assistance in criminal investigations or proceedings. The competent authorities for the respective Parties are listed in the Appendix to this Treaty. The Appendix shall form part of this Treaty. Either Party may amend its listing of competent authorities by exchange of notes through the diplomatic channel.

(4) Assistance shall be provided without regard to whether the conduct that is the subject of the criminal investigation or proceeding in the Requesting State would constitute a criminal or regulatory offense under the laws of the Requested State unless otherwise provided in this Treaty.

(5) A Party shall request assistance pursuant to the provisions of this Treaty to obtain, through the use of compulsory measures or search and seizure, documents, records, and other items located in the territory of the other Party and needed in connection with a criminal investigation or proceeding within the

Ermittlungsverfahren oder Strafverfahren benötigt werden, durch Anwendung von Zwangsmaßnahmen oder Durchsuchung und Beschlagnahme beschafft werden sollen. Ist der Erfolg eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens oder Strafverfahrens durch die Ablehnung des Ersuchens oder die ungebührliche Verzögerung seiner Erledigung gefährdet, so konsultieren die zentralen Behörden einander umgehend mit dem Ziel, ein beiderseitig annehmbares Ergebnis zu erreichen. Wenn innerhalb von vierzig Tagen ab dem Beginn dieser Konsultationen keine befriedigende Lösung gefunden wird, werden die vertraglichen Verpflichtungen der Vertragsparteien als erfüllt angesehen.

(6) Aus den Bestimmungen dieses Vertrags erwächst einer privaten Partei nicht das Recht, in einem Verfahren Maßnahmen zu ergreifen, um Beweismaterial zu beschaffen, zu unterdrücken oder auszuschließen oder die Erledigung eines Ersuchens zu behindern. Unabhängig von diesem Vertrag bestehende Rechte bleiben jedoch unberührt.

(7) Dieser Vertrag findet auf strafrechtliche Ermittlungsverfahren und auf Strafverfahren wegen Devisenstrafataten nur Anwendung, soweit dies von den Vertragsparteien durch Austausch von Noten auf diplomatischem Weg vereinbart worden ist.

Artikel 2

Zentrale Behörden

(1) Jede Vertragspartei bestimmt eine zentrale Behörde, die Ersuchen nach diesem Vertrag stellt und entgegennimmt.

(2) Für die Vereinigten Staaten von Amerika ist die zentrale Behörde der Justizminister und oberste Staatsanwalt (Attorney General) oder eine vom Justizminister und obersten Staatsanwalt bestimmte Person. Für die Bundesrepublik Deutschland ist die zentrale Behörde das Bundesministerium der Justiz.

(3) Für die Zwecke dieses Vertrags verkehren die zentralen Behörden unmittelbar miteinander.

(4) In dringenden Fällen können Ersuchen unmittelbar zwischen den Landesjustizverwaltungen oder dem Bundeskartellamt der Bundesrepublik Deutschland und der zentralen Behörde der Vereinigten Staaten von Amerika übermittelt werden.

Artikel 3

Ablehnung

Die Rechtshilfe kann verweigert werden, wenn die Erledigung des Ersuchens die Souveränität, die Sicherheit oder andere wesentliche Interessen des ersuchten Staates beeinträchtigen würde.

Artikel 4

Zustellung von Urkunden

(1) Der ersuchte Staat bewirkt die Zustellung von Urkunden, die ihm zu diesem Zweck vom ersuchenden Staat übermittelt werden.

(2) Abgesehen von dringenden Fällen wird ein Ersuchen um Zustellung einer Ladung nur ausgeführt, wenn es dem ersuchten Staat spätestens einen Monat vor dem für das Ersuchen des Zustellungsempfängers festgesetzten Zeitpunkt zugeht.

(3) Die Zustellung wird nachgewiesen durch eine datierte und vom Empfänger unterschriebene Empfangsbestätigung oder durch eine amtliche Erklärung, welche die Form und das Datum der Zustellung beurkundet.

(4) Eine Person, die nicht Staatsangehöriger des ersuchenden Staates und nicht dort ansässig ist und die einer aufgrund eines Ersuchens zugestellten Ladung in den ersuchenden Staat nicht Folge leistet, darf deswegen nicht bestraft oder Zwangsmaßnahmen unterworfen werden.

scope of this Treaty. Where denial of a request or undue delay of its execution may jeopardize the success of the criminal investigation or proceeding, the Central Authorities shall promptly consult with a view to achieving a mutually acceptable result. If, after 40 days from the commencement of such consultations, a satisfactory resolution is not reached, the Parties' obligations under the Treaty shall be deemed to have been fulfilled.

(6) The provisions of this Treaty shall not give rise to a right on the part of a private party to take any action in a proceeding to obtain, suppress, or exclude any evidence, or to impede the execution of a request. Rights existing independently of this Treaty, however, are not affected.

(7) This Treaty shall apply to criminal investigations and proceedings related to foreign exchange only insofar as agreed upon between the Parties by exchange of notes through the diplomatic channel.

Article 2

Central Authorities

(1) Each Party shall designate a Central Authority to make and receive requests pursuant to this Treaty.

(2) For the United States of America, the Central Authority shall be the Attorney General or a person designated by the Attorney General. For the Federal Republic of Germany, the Central Authority shall be the Federal Ministry of Justice.

(3) The Central Authorities shall communicate directly with one another for the purposes of this Treaty.

(4) In instances of urgency, requests may be directly communicated between the Ministries of Justice of the Länder or the Federal Cartel Office of the Federal Republic of Germany and the Central Authority for the United States.

Article 3

Refusal

Assistance may be denied if execution of the request would prejudice the sovereignty, security, or other essential interests of the Requested State.

Article 4

Serving Documents

(1) The Requested State shall effect service of any document transmitted to it for this purpose by the Requesting State.

(2) Except in instances of urgency, a request for the service of a document requiring the appearance of a person shall be executed only if it is received by the Requested State not later than one month before the scheduled appearance of the person to be served.

(3) Proof of service shall be by a receipt dated and signed by the person served or by an official declaration stating the form and date of such service.

(4) A person who is not a national or resident of the Requesting State and who does not answer a summons to appear in the Requesting State served pursuant to a request shall not by reason thereof be liable to any penalty or be subjected to any coercive measures.

Artikel 5**Zeugen und Sachverständige**

(1) Wird vom ersuchenden Staat um das Erscheinen einer sich im ersuchten Staat aufhaltenden Person außerhalb des ersuchten Staates ersucht, so fordert der ersuchte Staat diese Person auf, dementsprechend zu erscheinen. Die zentrale Behörde des ersuchten Staates unterrichtet die zentrale Behörde des ersuchenden Staates unverzüglich von der Antwort der betreffenden Person.

(2) Der ersuchende Staat gibt an, in welcher Höhe die Kosten der betreffenden Person gezahlt werden. Eine Person, die sich bereit erklärt zu erscheinen, kann vom ersuchenden Staat einen Vorschuss zur Deckung dieser Kosten erhalten.

Artikel 6**Sicheres Geleit**

(1) Soweit im Ersuchen nichts anderes angegeben ist, darf eine Person, die aufgrund eines Ersuchens als Zeuge oder Sachverständiger im ersuchenden Staat erscheint, wegen Handlungen oder Verurteilungen aus der Zeit vor ihrer Abreise aus dem ersuchten Staat weder verfolgt noch in Haft gehalten noch einer sonstigen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden.

(2) Eine Person, die aufgrund eines Ersuchens im ersuchenden Staat erscheint, um sich wegen einer ihr zur Last gelegten Handlung strafrechtlich zu verantworten, darf wegen nicht in der Ladung angeführter Handlungen oder Verurteilungen aus der Zeit vor ihrer Abreise aus dem ersuchten Staat weder verfolgt noch in Haft gehalten noch einer sonstigen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden.

(3) Das in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene sichere Geleit endet, wenn die Person während fünfzehn Tagen nach der Mitteilung, dass ihre Anwesenheit nicht mehr erforderlich ist, trotz der Möglichkeit, den ersuchenden Staat zu verlassen, diesen nicht verlassen hat oder, nachdem sie ihn verlassen hat, dorthin zurückgekehrt ist.

Artikel 7**Überstellung von Häftlingen**

(1) Eine im ersuchten Staat in Haft befindliche Person, deren Anwesenheit außerhalb dieses Staates für Zwecke der Rechts Hilfe nach diesem Vertrag begehrt wird, wird zu derartigen Zwecken überstellt.

(2) Eine im ersuchenden Staat in Haft befindliche Person, deren Anwesenheit im ersuchten Staat für Zwecke der Rechts Hilfe nach diesem Vertrag begehrt wird, wird vom ersuchenden Staat an den ersuchten Staat überstellt.

(3) Die Überstellung wird nicht bewilligt, wenn

1. die in Haft befindliche Person nicht zustimmt oder
2. zwingende Gründe der Überstellung dieser Person entgegenstehen.

(4) Für die Zwecke dieses Artikels

1. ist der übernehmende Staat befugt und verpflichtet, die überstellte Person in Haft zu halten, sofern nicht der übergebende Staat etwas anderes genehmigt;
2. überstellt der übernehmende Staat die überstellte Person in den Gewahrsam des übergebenden Staates zurück, sobald die Umstände es erlauben oder wie anderweitig vereinbart;
3. verlangt der übernehmende Staat nicht, dass der übergebende Staat für die Rücküberstellung der überstellten Person ein Auslieferungsverfahren oder irgendein anderes Verfahren einleitet;
4. wird die Zeit, welche die überstellte Person im übernehmenden Staat in Haft verbringt, auf die Verbüßung der im übergebenden Staat verhängten Strafe angerechnet; und

Article 5**Witnesses and Experts**

(1) When the Requesting State requests that a person located in the Requested State appear outside the Requested State, the Requested State shall invite the person to so appear. The Central Authority of the Requested State shall promptly inform the Central Authority of the Requesting State of the person's response.

(2) The Requesting State shall indicate the extent to which the person's expenses will be paid. A person who agrees to appear may obtain advance money from the Requesting State to cover these expenses.

Article 6**Safe Conduct**

(1) Unless otherwise specified in the request, a person appearing as a witness or expert in the Requesting State pursuant to a request shall not be subject to suit, or be detained or subjected to any other restriction of personal liberty, with respect to any act or conviction that preceded departure from the Requested State.

(2) A person appearing in the Requesting State pursuant to a request to answer for acts forming the subject of criminal proceedings against that person shall not be subject to suit, or be detained or subjected to any other restriction of personal liberty, for any act or conviction that preceded departure from the Requested State and was not specified in the summons.

(3) Safe conduct as provided for in paragraphs (1) and (2) shall cease if, 15 days after the person appearing has been notified that the person's presence is no longer required, that person, being free to leave, has not left the Requesting State or, having left, has returned.

Article 7**Transferring Persons in Custody**

(1) A person in custody in the Requested State whose presence outside that State is sought for purposes of assistance under this Treaty shall be transferred for such purposes.

(2) A person in custody in the Requesting State whose presence in the Requested State is sought for purposes of assistance under this Treaty shall be transferred from the Requesting State to the Requested State.

(3) Transfer shall not be granted if:

1. the person in custody does not consent; or
2. there are overriding grounds for not transferring the person.

(4) For purposes of this Article:

1. the receiving State shall have the authority and the obligation to keep the person transferred in custody unless otherwise authorized by the sending State;
2. the receiving State shall return the person transferred to the custody of the sending State as soon as circumstances permit or as otherwise agreed;
3. the receiving State shall not require the sending State to initiate extradition or any other proceedings for the return of the person transferred;
4. time served in the custody of the receiving State by the person transferred shall be credited toward the service of the sentence imposed in the sending State; and

5. trifft der ersuchende Staat, falls der übernehmende Staat ein Drittstaat ist, alle notwendigen Vorkehrungen zur Erfüllung der Anforderungen dieses Artikels, einschließlich der Einholung der Zustimmung des Drittstaats.

Artikel 8

Durchbeförderung von Häftlingen

(1) Der ersuchte Staat kann genehmigen, dass eine von dem ersuchenden Staat oder einem Drittstaat in Haft gehaltene Person, deren Anwesenheit vom ersuchenden Staat zur Leistung von Rechtshilfe in einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren oder in einem Strafverfahren begehrt wird, durch sein Hoheitsgebiet befördert wird.

(2) Der ersuchte Staat ist befugt und verpflichtet, diese Person während der Durchbeförderung in Haft zu halten.

Artikel 9

Überlassung amtlicher Unterlagen

(1) Der ersuchte Staat stellt öffentlich zugängliche Unterlagen, einschließlich Urkunden oder Informationen in jeglicher Form, die sich im Besitz einer Regierungsstelle oder Behörde befinden, zur Verfügung.

(2) Der ersuchte Staat kann Unterlagen, einschließlich Urkunden oder Informationen in jeglicher Form, die sich im Besitz einer Regierungsstelle oder Behörde befinden, aber nicht öffentlich zugänglich sind, in demselben Umfang und unter denselben Bedingungen zur Verfügung stellen, wie sie seinen eigenen entsprechenden Behörden zugänglich wären.

(3) Der ersuchte Staat kann beglaubigte Abschriften der angeforderten Unterlagen übermitteln, es sei denn, der ersuchende Staat ersucht ausdrücklich um Übermittlung von Urschriften; in diesem Fall gibt der ersuchte Staat dem Ersuchen soweit wie möglich statt.

(4) Artikel 11 Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Überlassung von Unterlagen oder Abschriften davon nach diesem Artikel.

(5) Nach diesem Artikel überlassene Unterlagen oder Abschriften werden auf Ersuchen nach dem Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 5. Oktober 1961 beglaubigt oder von dem zuständigen Verwahrer durch eine Bescheinigung der Echtheit der amtlichen Unterlagen entsprechend dem im Ersuchen angegebenen Verfahren bestätigt. Liegen solche Unterlagen nicht vor oder existieren sie nicht, so wird dies auf Ersuchen von dem zuständigen Verwahrer entsprechend dem im Ersuchen angegebenen Verfahren bestätigt. Nach diesem Absatz beglaubigte Unterlagen oder Abschriften oder eine Bestätigung, wonach solche Unterlagen nicht vorliegen oder nicht existieren, sind im ersuchenden Staat als Beweismittel im Sinne eines Nachweises der Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben zulässig.

Artikel 10

Zeugenvernehmung und Vorlage von Beweismitteln

(1) Falls erforderlich, werden Zwangsmittel zur Erledigung von Ersuchen um Zeugenvernehmung oder Vorlage von Urkunden, Unterlagen und anderen Gegenständen in der gleichen Weise angewendet wie in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren oder Strafverfahren im ersuchten Staat.

(2) Wünscht der ersuchende Staat, dass Zeugen oder Sachverständige unter Eid aussagen, ersucht er ausdrücklich darum. Wer in Erledigung eines Ersuchens unter Eid falsch aussagt, unterliegt der Strafverfolgung im ersuchten Staat nach dem Strafrecht dieses Staates.

(3) Der ersuchte Staat gestattet die Anwesenheit von im Ersuchen genannten Verfahrensbeteiligten bei der Erledigung des Ersuchens und erlaubt diesen, Fragen vorzuschlagen, die

5. where the receiving State is a third State, the Requesting State shall be responsible for all arrangements necessary to meet the requirements of this Article, including obtaining the third State's consent.

Article 8

Transit of Persons in Custody

(1) The Requested State may authorize the transit through its territory of a person held in custody by the Requesting State or by a third State whose presence has been requested by the Requesting State to provide assistance in a criminal investigation or proceeding.

(2) The Requested State shall have the authority and the obligation to keep the person in custody during transit.

Article 9

Providing Official Records

(1) The Requested State shall provide any publicly available record, including documents or information in any form, in the possession of a government office or agency.

(2) The Requested State may provide any record, including documents or information in any form in the possession of a government office or agency, but not publicly available, to the same extent and under the same conditions as such record would be available to its own corresponding authorities.

(3) The Requested State may transmit certified copies of records requested unless the Requesting State expressly requests the transmission of originals, in which instance the Requested State shall comply with the request to the extent possible.

(4) Article 11, paragraph (1), shall not apply to the provision of records or copies thereof under this Article.

(5) Records or copies provided pursuant to this Article shall, upon request, be authenticated under the provisions of the Convention Abolishing the Requirement of Legalization for Foreign Public Documents, dated 5 October 1961, or by the official responsible for maintaining them through the use of an attestation of authenticity of official records in accordance with the procedures specified in the request. The absence or nonexistence of such records shall, upon request, be certified by an official responsible for maintaining them in accordance with the procedures specified in the request. Records or copies authenticated under this paragraph, or a certification of the absence or nonexistence of such records, shall be admissible in evidence in the Requesting State as proof of the truth of the matters set forth therein.

Article 10

Taking Testimony and Producing Evidence

(1) If necessary, compulsory measures shall be applied to execute a request for taking testimony or producing documents, records, and other items in the same manner as in criminal investigations or proceedings in the Requested State.

(2) If the Requesting State desires witnesses or experts to give evidence under oath, it shall expressly so request. A person who gives false testimony in execution of a request shall be subject to prosecution in the Requested State in accordance with the criminal laws of that State.

(3) The Requested State shall permit the presence, during execution of a request, of persons concerned in the investigation or proceeding and specified in the request and shall allow

an die aussagende Person gerichtet werden. Den anwesenden Personen ist es gestattet, ein Wortprotokoll des Verfahrens anzufertigen.

(4) Audio-visuelle Mittel zur Aufzeichnung von Zeugenaussagen sind nur mit Zustimmung der aussagenden Person gestattet.

(5) Macht die betreffende Person einen Anspruch auf Immunität, Unfähigkeit oder ein Vorrecht nach dem Recht des ersuchenden Staates geltend, der nicht im Ersuchen erwähnt ist, kann der ersuchte Staat den ersuchenden Staat um eine Erklärung über das Bestehen des Anspruchs bitten. Wird das Bestehen des Anspruchs nicht vom ersuchenden Staat bestätigt, so wird die Beweiserhebung durchgeführt; die Entscheidung über das Bestehen des Anspruchs im ersuchenden Staat bleibt unberührt.

(6) Beweismitteln, die im ersuchten Staat nach diesem Artikel vorgelegt werden, oder dem Gegenstand der nach diesem Artikel durchgeführten Zeugenvernehmung wird auf Verlangen eine Bestätigung beigefügt. Liegen solche Beweismittel nicht vor oder existieren sie nicht, so wird dies auf Verlangen bestätigt. Diese Bestätigungen werden nach den im Ersuchen genannten Verfahren beglaubigt. Handelt es sich um Geschäftsunterlagen, so kann die Bestätigung durch eine Bescheinigung, ein Protokoll oder ein anderes Schriftstück erfolgen, worin die vom ersuchenden Staat verlangten wesentlichen Informationen enthalten sind. Derart beglaubigte Beweismittel, insbesondere Geschäftsunterlagen, oder Bestätigungen, wonach derartige Unterlagen nicht vorliegen oder nicht existieren, sind im ersuchenden Staat als Beweismittel im Sinne eines Nachweises der Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben zulässig.

Artikel 11

Durchsuchung und Beschlagnahme

(1) Der ersuchte Staat erledigt Ersuchen um Durchsuchung, Beschlagnahme und Herausgabe von Gegenständen an den ersuchenden Staat, wenn

1. die dem Ersuchen zugrunde liegende Handlung ihrer Art nach sowohl nach dem Recht des ersuchenden Staates als auch nach dem des ersuchten Staates strafbar oder nach deutschem Recht mit Bußgeld bewehrt ist,
2. das Ersuchen Angaben enthält, die eine solche Maßnahme nach dem Recht des ersuchten Staates rechtfertigen, und
3. ein Beschlagnahmebeschluss einer zuständigen Behörde oder eine Erklärung der zentralen Behörde des ersuchenden Staates beigefügt oder im Ersuchen enthalten ist, woraus hervorgeht, dass die Pflicht zur Herausgabe oder Beschlagnahme gegeben wäre, wenn sich der Gegenstand im ersuchenden Staat befände.

(2) Im Sinne von Absatz 1 wird eine Straftat ihrer Art nach als nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland strafbar angesehen, ohne dass dabei Tatbestandsmerkmale der Straftat beachtlich sind, die nach dem Recht der Vereinigten Staaten dazu bestimmt sind, die Zuständigkeit der Regierung der Vereinigten Staaten zu begründen, wie Beförderung von Personen und Sachen zwischen den Einzelstaaten und außerhalb der Vereinigten Staaten, Benutzung der Post oder anderer Nachrichtsmittel oder Benutzung anderer Mittel zur Durchführung des Handels zwischen den Einzelstaaten oder mit dem Ausland.

(3) Auf Ersuchen bestätigt jeder Amtsträger im ersuchten Staat, der einen beschlagnahmten Gegenstand verwahrt, unter Anwendung der im Ersuchen angegebenen Verfahren die Identität des Gegenstands, die lückenlose Dauer des Gewahrsams und jede Zustandsveränderung. Bestätigungen unter Anwendung der im Vertrag angegebenen Verfahren sind im ersuchenden Staat als Beweis der Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben zulässig.

such persons to propose questions to be asked of the person giving the testimony. The persons present shall be permitted to make a verbatim transcript of the proceedings.

(4) Audio-visual means shall be permitted to record testimony with the consent of the person giving testimony.

(5) If the person concerned asserts a claim of immunity, incapacity, or privilege under the law of the Requesting State that is not mentioned in the request, the Requested State may ask the Requesting State for a declaration as to the validity of the claim. If the Requesting State does not confirm the validity of the claim, the evidence shall be taken without prejudice to the resolution of the claim in the Requesting State.

(6) Evidence produced in the Requested State pursuant to this Article or the subject of testimony taken under this Article shall, upon request, be authenticated by an attestation. The absence or nonexistence of such evidence shall, upon request, be certified by an attestation. These attestations shall be certified in accordance with procedures specified in the request. Where such items are business records, the attestation may be by a certificate, a protocol or other document containing the essential information required by the Requesting State. Evidence, especially business records, so authenticated, or certifications of the absence or nonexistence of such records, shall be admissible in evidence in the Requesting State as proof of the truth of the matters set forth therein.

Article 11

Search and Seizure

(1) The Requested State shall execute a request for the search, seizure, and transfer of any item to the Requesting State if:

1. the type of offense upon which the request is based is punishable criminally (or by a regulatory fine under German law) under the laws of both the Requesting and the Requested State;
2. the request includes information justifying such action under the laws of the Requested State; and
3. an order for seizure by a competent authority or a statement by the Central Authority of the Requesting State is attached to or included as part of the request showing that compulsory production or seizure could be obtained if the item were located in the Requesting State.

(2) For the purpose of paragraph 1, an offense shall be considered to be a type punishable under the laws of the Federal Republic of Germany without regard to elements of the offense under the law of the United States designed for the purpose of granting jurisdiction to the United States Government, such as interstate or foreign transportation of persons and property, use of mails or other means of communication, or use of other means of carrying out interstate or foreign commerce.

(3) Upon request, every official in the Requested State who has custody of a seized item shall certify, through the use of procedures specified in the request, the identity of the item, the continuity of custody, and any changes in condition. Certifications using the procedures specified in the treaty shall be admissible in the Requesting State as proof of the truth of the matters set forth therein.

Artikel 12**Besondere Ermittlungsmethoden**

Jede Vertragspartei kann auf Ersuchen der anderen Vertragspartei im Rahmen ihrer Möglichkeiten und unter den nach ihrem innerstaatlichen Recht geltenden Bedingungen

1. die notwendigen Schritte für die Überwachung der Telekommunikation einleiten,
2. die Vornahme strafrechtlicher Ermittlungen durch unter verdeckter oder falscher Identität handelnder Strafverfolgungsbeamter der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet gestatten, und
3. im Zusammenhang mit strafrechtlichen Ermittlungen kontrollierte Lieferungen in ihrem Hoheitsgebiet gestatten.

Artikel 13**Rechtshilfe in Einziehungsverfahren**

(1) Erlangt die zentrale Behörde einer Vertragspartei Kenntnis von aus Straftaten stammenden Erträgen oder von Tatwerkzeugen, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden und nach dem Recht dieser Vertragspartei der Einziehung oder sonstigen Beschlagnahme unterliegen, kann sie die zentrale Behörde der anderen Vertragspartei davon unterrichten. Ist die andere Vertragspartei diesbezüglich zuständig, so kann sie diese Auskünfte an ihre Behörden weitergeben, um prüfen zu lassen, ob Maßnahmen zu ergreifen sind. Diese Behörden treffen ihre Entscheidung nach dem Recht ihres Staates und unterrichten über ihre zentrale Behörde die andere Vertragspartei von der getroffenen Maßnahme.

(2) Die Vertragsparteien unterstützen einander in dem nach ihrem jeweiligen Recht erlaubten Umfang in Verfahren bezüglich der Einziehung von aus Straftaten stammenden Erträgen und von Tatwerkzeugen, der Rückerstattung an die Opfer von Straftaten und der Beitreibung von Geldstrafen, die in einem Strafverfahren verhängt wurden. Dazu können Maßnahmen zur vorläufigen Sicherstellung von Erträgen oder Tatwerkzeugen bis zu einem weiteren Verfahren gehören.

(3) Die Vertragspartei, die aus Straftaten stammende Erträge oder Tatwerkzeuge in Gewahrsam hat, verfügt darüber in Übereinstimmung mit ihrem Recht, wobei die Möglichkeit eingeschlossen ist, derartige Vermögenswerte oder Erträge daraus ganz oder teilweise an die andere Vertragspartei zu übertragen.

Artikel 14**Vertraulichkeit**

(1) Der ersuchte Staat bemüht sich nach besten Kräften, ein Ersuchen und seinen Inhalt vertraulich zu behandeln, wenn die zentrale Behörde des ersuchenden Staates um Vertraulichkeit ersucht, weil die Offenbarung den Erfolg des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens oder des Strafverfahrens gefährden könnte. Kann das Ersuchen nicht ohne Aufhebung der Vertraulichkeit erledigt werden, so teilt die zentrale Behörde des ersuchten Staates dies der zentralen Behörde des ersuchenden Staates mit, die dann entscheidet, ob das Ersuchen dennoch erledigt werden soll.

(2) Die zentrale Behörde des ersuchten Staates kann darum ersuchen, dass die nach diesem Vertrag überlassenen Beweismittel oder Auskünfte vertraulich behandelt oder nur unter von ihr genannten Bedingungen verwertet werden. Nimmt der ersuchende Staat die an Bedingungen geknüpften Auskünfte oder Beweismittel an, so bemüht er sich nach besten Kräften, die Bedingungen zu erfüllen.

Artikel 15**Bedingungen**

(1) Wenn die Rechtshilfe nach Artikel 3 verweigert werden kann, konsultiert die zentrale Behörde des ersuchten Staates die

Article 12**Special Investigative Techniques**

Each Party may at the request of the other Party, within its possibilities and under the conditions prescribed by its domestic law,

1. take the necessary steps for the surveillance of telecommunications,
2. permit the operation in its territory of criminal investigations by law enforcement officers of the other Party acting under covert or false identity, and
3. permit controlled deliveries in its territory in connection with criminal investigations.

Article 13**Assistance in Forfeiture Proceedings**

(1) If the Central Authority of one Party becomes aware of proceeds or instrumentalities of offenses that are located in the territory of the other Party and may be forfeitable or otherwise subject to seizure under the laws of that Party, it may so inform the Central Authority of the other Party. If that other Party has jurisdiction in this regard, it may present this information to its authorities for a determination whether any action is appropriate. These authorities shall issue their decision in accordance with the laws of their country, and shall, through their Central Authority, report to the other Party on the action taken.

(2) The Parties shall assist each other to the extent permitted by their respective laws in proceedings relating to the forfeiture of the proceeds and instrumentalities of offenses, restitution to the victims of crime, and the collection of fines imposed as sentences in criminal prosecutions. This may include action to temporarily immobilize the proceeds or instrumentalities pending further proceedings.

(3) The Party that has custody over proceeds or instrumentalities of offenses shall dispose of them in accordance with its laws, including the possibility of transferring all or part of such assets or the proceeds thereof to the other Party.

Article 14**Confidentiality**

(1) The Requested State shall use its best efforts to keep confidential a request and its contents if such confidentiality is requested by the Central Authority of the Requesting State because disclosure is likely to jeopardize the success of the criminal investigation or proceeding. If the request cannot be executed without breaching such confidentiality, the Central Authority of the Requested State shall so inform the Central Authority of the Requesting State, which shall then determine whether the request should nevertheless be executed.

(2) The Central Authority of the Requested State may request that evidence or information furnished under this Treaty be kept confidential or be used only subject to terms and conditions it may specify. If the Requesting State accepts the evidence or information subject to such conditions, the Requesting State shall use its best efforts to comply with the conditions.

Article 15**Conditions**

(1) Where assistance could be refused under Article 3, the Central Authority of the Requested State shall consult with the

zentrale Behörde des ersuchenden Staates, um zu prüfen, ob Rechtshilfe unter von ihr für notwendig erachteten Bedingungen geleistet werden kann. Nimmt der ersuchende Staat die an Bedingungen geknüpfte Rechtshilfe an, so hat er diese Bedingungen zu erfüllen.

(2) Der ersuchende Staat darf ohne vorherige Zustimmung der zentralen Behörde des ersuchten Staates nach diesem Vertrag erlangte Beweismittel oder Auskünfte nicht zu einem anderen als dem in dem Ersuchen beschriebenen Zweck verwenden, mit Ausnahme der in Absatz 3 aufgeführten Zwecke.

(3) Der ersuchende Staat darf nach diesem Vertrag erlangte Beweismittel und Auskünfte ohne vorherige Zustimmung der zentralen Behörde des ersuchten Staates verwenden

1. für jeden anderen Zweck, für den Rechtshilfe nach diesem Vertrag gewährt werden würde;
2. zur Verhinderung der Begehung schwerer Straftaten,
3. in einem nicht strafgerichtlichen Verfahren oder Verwaltungsverfahren, das sich auf einen in den Nummern 1 und 2 genannten Zweck bezieht, und
4. zur Abwendung einer erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Die zentrale Behörde des ersuchten Staates kann jedoch diese Verwendung in einem bestimmten Fall zu dem Zeitpunkt, in dem der ersuchte Staat das Beweismittel oder die Auskünfte zur Verfügung stellt, untersagen. In diesem Falle darf der ersuchende Staat die Beweismittel oder Auskünfte, auf die sich die Untersagung bezieht, ohne vorherige Zustimmung der zentralen Behörde des ersuchten Staates in keinem anderen Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren als in dem im Rechtshilfeersuchen beschriebenen verwenden.

(4) Ungeachtet einer Beschränkung der Weitergabe von Informationen nach diesem Artikel oder nach Artikel 16 kann der ersuchende Staat ein Beweismittel oder eine Auskunft dem Angeklagten in einem Strafverfahren offen legen, wenn das Beweismittel oder die Information den Angeklagten entlasten kann oder die Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit eines Zeugen betrifft, der gegen den Angeklagten ausgesagt hat. Der ersuchende Staat unterrichtet den ersuchten Staat im Voraus über jede vorgesehene Weitergabe.

(5) Auskünfte oder Beweismittel, die im ersuchenden Staat im normalen Verlauf des Verfahrens, für das sie zur Verfügung gestellt wurden, öffentlich bekannt geworden sind, können danach für jeden Zweck verwertet werden.

(6) Ein Staat, der ein Beweismittel oder eine Auskunft vorbehaltlich einer Bedingung nach diesem Artikel zur Verfügung stellt, kann von dem anderen Staat verlangen, dass er im Hinblick auf diese Bedingung die Verwendung des Beweismittels oder der Auskunft darlegt.

Artikel 16

Auskünfte und Beweismittel in kartellrechtlichen Verfahren und Ermittlungen

Auskünfte oder Beweismittel, die der ersuchende Staat im Zusammenhang mit Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren nach Maßgabe des Kartellrechts erhält, für die nach diesem Vertrag Rechtshilfe geleistet werden kann, werden in der gleichen Weise wie nach innerstaatlichem Recht erlangte Beweismittel oder Auskünfte vertraulich behandelt und nur an Personen oder Behörden, einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden, weitergegeben, die für die Verfolgung solcher Verstöße zuständig sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die erlangten Beweismittel oder Auskünfte nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Beweismittel oder Auskünfte in öffentlichen Gerichtsverfahren oder für Gerichtsentscheidungen offenbaren, sofern nicht die zuständige Behörde des ersuchten Staates,

Central Authority of the Requesting State to consider whether assistance can be given subject to such conditions as it deems necessary. If the Requesting State accepts assistance subject to these conditions, it shall comply with the conditions.

(2) The Requesting State shall not use any evidence or information obtained under this Treaty for any other purpose than that described in the request without the prior consent of the Central Authority of the Requested State, except as specified in paragraph 3.

(3) The Requesting State may use any evidence or information obtained under this Treaty without the prior consent of the Central Authority of the Requested State:

1. for any other purpose for which assistance pursuant to this Treaty would be available;
2. for preventing the commission of serious criminal offenses;
3. in a non-criminal judicial or administrative proceeding related to a purpose specified in subparagraphs 1 and 2 above; and
4. for averting substantial danger to public security.

However, the Central Authority of the Requested State may prohibit such use in a specific instance at the time the Requested State provides the evidence or information. In that instance, the Requesting State shall not use any evidence or information to which the prohibition applies in any investigation or proceeding other than that described in the request without the prior consent of the Central Authority of the Requested State.

(4) Notwithstanding any limitation on disclosure contained in this Article or Article 16, the Requesting State may disclose evidence or information to a defendant in a criminal proceeding where the evidence or information may be exculpatory to the defendant or relate to the truth and veracity of a witness providing testimony against the defendant. The Requesting State shall notify the Requested State in advance of any such proposed disclosure.

(5) Information or evidence that has been made public in the Requesting State in the normal course of the proceeding for which it was provided may thereafter be used for any purpose.

(6) A State that furnishes evidence or information subject to a condition referred to in this Article may require the other State to explain, in relation to that condition, the use made of such evidence or information.

Article 16

Information and Evidence in Antitrust Proceedings and Investigations

Information or evidence received by the Requesting State in connection with an investigation or proceeding under the antitrust laws, assistance as to which may be provided under this treaty, shall be treated as confidential in the same way as information or evidence obtained under its domestic law and only may be disclosed to persons or authorities, including courts or administrative authorities, competent for the prosecution of antitrust offences. Such persons or authorities shall use the information or evidence only for these purposes. They may disclose the information or evidence in public court proceedings or in judicial decisions, unless the competent authority of the Requested State supplying the information or evidence raises an objection. Such objections shall be raised only in exceptional

welche die Auskunft oder das Beweismittel zur Verfügung gestellt hat, dem widerspricht. Ein Widerspruch wird nur in außergewöhnlichen Fällen erhoben. Diese Auskunft oder dieses Beweismittel darf ohne vorherige Zustimmung des ersuchten Staates nicht für andere Zwecke verwendet werden.

Artikel 17

Inhalt und Form der Ersuchen

- (1) Ein Ersuchen hat folgendes zu enthalten:
1. die Bezeichnung der das Ersuchen stellenden Behörde;
 2. die Bezeichnung der Behörde, die das dem Ersuchen zugrundeliegende strafrechtliche Ermittlungsverfahren oder Strafverfahren führt;
 3. die Beschreibung des Gegenstands und der Art des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens oder Strafverfahrens einschließlich
 - a) einer zusammenfassenden Darstellung des Sachverhalts,
 - b) des Wortlauts der anwendbaren strafrechtlichen Bestimmungen und
 - c) sofern bekannt, der Identität der Person, auf die sich das strafrechtliche Ermittlungsverfahren oder Strafverfahren bezieht;
 4. die Beschreibung der erbetenen Beweismittel oder Auskünfte oder der vorzunehmenden Handlungen sowie
 5. die Angabe des Zweckes, für den die Beweismittel, Auskünfte oder Handlungen erbeten werden.

(2) Gegebenenfalls und soweit möglich soll ein Ersuchen außerdem folgendes enthalten:

1. Angaben zur Identität oder Beschreibung und vermuteter Aufenthalts- beziehungsweise Fundort einer gesuchten Person beziehungsweise eines gesuchten Gegenstands;
2. Angaben zu Identität und Aufenthalt eines Zustellungsempfängers, zum Zusammenhang zwischen dieser Person und dem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren oder Strafverfahren und zur Art und Weise der Zustellung;
3. Identität und Aufenthalt der Personen, die vernommen werden sollen, eine Beschreibung, auf welche Weise eine Aussage oder Erklärung entgegen genommen und festgehalten werden soll, und eine Beschreibung der erbetenen Aussage oder Erklärung, möglicherweise einschließlich einer Liste von Fragen, die beantwortet werden sollen;
4. eine genaue Beschreibung der zu durchsuchenden Örtlichkeit oder Person und des zu beschlagnahmenden Gegenstands;
5. eine Beschreibung eines bestimmten, bei der Erledigung des Ersuchens anzuwendenden Verfahrens;
6. Angaben zu Vergütungen und Spesen, auf die eine im ersuchenden Staat erscheinende Person Anspruch hat, und
7. sonstige Angaben, die dem ersuchten Staat zur leichteren Erledigung des Ersuchens dienlich sein können.

(3) Ein Ersuchen ist schriftlich zu stellen, wobei in dringenden Fällen die zentrale Behörde eine andere Form verwenden darf. Wird das Ersuchen nicht schriftlich gestellt, so ist es innerhalb von zehn Tagen schriftlich zu bestätigen, es sei denn, die zentrale Behörde des ersuchten Staates stimmt einer anderen Regelung zu.

Artikel 18

Anzuwendende Sprache

Das Ersuchen kann in der Sprache des ersuchenden oder des ersuchten Staates gestellt werden. Einem Ersuchen in der Sprache des ersuchenden Staates ist eine Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates beizufügen. Dem Ersuchen beige-

cases. Such information or evidence shall not be used for other purposes without prior consent of the Requested State.

Article 17

Contents and Form of Requests

- (1) A request shall:
1. identify the authority making the request;
 2. identify the authority conducting the criminal investigation or proceeding to which the request relates;
 3. describe the subject matter and nature of the criminal investigation or proceeding, including:
 - a) a summary of the facts;
 - b) the text of the applicable criminal law provisions; and
 - c) if known, the identity of the person who is the subject of the criminal investigation or proceeding;
 4. describe the evidence or information sought or the acts to be performed; and
 5. state the purpose for which the evidence, information or action is sought.

(2) As appropriate, and to the extent possible, a request also should include:

1. information on the identity or description and suspected location of a person or item to be located;
2. information on the identity and location of a person to be served, that person's relationship to the criminal investigation or proceeding, and the manner to which service is to be made;
3. the identity and location of persons from whom evidence is sought, a description of the manner in which any testimony or statement is to be taken and recorded, and a description of the testimony or statement sought, which may include a list of questions to be answered;
4. a precise description of the place or person to be searched and the item to be seized;
5. a description of any particular procedure to be followed in executing the request;
6. information as to the allowances and expenses to which a person appearing in the requesting state will be entitled; and
7. any other information that may be brought to the attention of the Requested State to facilitate its execution of the request.

(3) A request shall be in writing except that in urgent situations the Central Authorities may utilize another form. If the request is not in writing, it shall be confirmed in writing within ten days unless the Central Authority of the Requested State agrees otherwise.

Article 18

Language to be Used

The request may be made in the language of either the Requesting or Requested State. A request in the language of the Requesting State shall be accompanied by a translation into the language of the Requested State. Any documents attached to

fügten Schriftstücken, die nicht in der Sprache des ersuchten Staates abgefasst sind, soll eine Übersetzung in die Sprache dieses Staates beigefügt werden, soweit nicht etwas anderes vereinbart wird.

Artikel 19

Erledigung von Ersuchen

(1) Bei der Erledigung von Ersuchen wird das auf strafrechtliche Ermittlungsverfahren oder Strafverfahren anwendbare Recht des ersuchten Staates angewendet, soweit nicht dieser Vertrag etwas anderes bestimmt. Dem Verlangen, nach einem bestimmten, im Vertrag nicht vorgesehenen Verfahren vorzugehen, wird vom ersuchten Staat entsprochen, sofern dieses Verfahren nicht nach dem Recht des ersuchten Staates unzulässig oder mit Verfahren dieses Staates unvereinbar ist.

(2) Ist die Behörde, bei der ein Ersuchen eingeht, nicht zu dessen Erledigung befugt, so stellt die zentrale Behörde sicher, dass das Ersuchen der zuständigen Behörde des ersuchten Staates übermittelt wird.

(3) Die zuständigen Behörden des ersuchten Staates unterstützen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten den ersuchenden Staat in jeder Weise vor den zuständigen Richtern und Beamten des ersuchten Staates. Die Gerichte des ersuchten Staates sind befugt, die für die Erledigung des Ersuchens erforderlichen Beschlüsse einschließlich Durchsuchungsbefehle zu erlassen.

(4) In den Fällen der Artikel 10 und 11 unterrichtet der ersuchte Staat den ersuchenden Staat auf Verlangen rechtzeitig über Zeitpunkt und Ort der Erledigung des Ersuchens.

(5) Der ersuchte Staat erledigt Ersuchen so bald wie möglich.

1. Ist der ersuchte Staat der Ansicht, dass die dem Ersuchen beigefügten Informationen für die Gewährung der Rechtshilfe nach diesem Vertrag nicht ausreichen, so ersucht er um die Vorlage der erforderlichen ergänzenden Informationen.
2. Stellt der ersuchte Staat fest, dass die Erledigung des Ersuchens ein laufendes strafrechtliches Ermittlungsverfahren oder Strafverfahren in diesem Staat beeinträchtigen würde, so kann er die Erledigung aufschieben oder sie an Bedingungen knüpfen, die nach Konsultationen mit der zentralen Behörde des ersuchenden Staates für notwendig erachtet werden. Nimmt der ersuchende Staat die an Bedingungen geknüpften Rechtshilfe an, so hat er diese Bedingungen zu erfüllen.

(6) Wird die Erledigung des Ersuchens ganz oder teilweise abgelehnt oder aufgeschoben oder kann sie nicht erfolgen, so unterrichtet die zentrale Behörde des ersuchten Staates umgehend die zentrale Behörde des ersuchenden Staates über die Gründe.

Artikel 20

Rückgabe von Gegenständen

(1) Der ersuchende Staat gibt jeden in Erledigung eines Ersuchens übergebenen Gegenstand so bald wie möglich zurück, sofern nicht der ersuchte Staat auf die Rückgabe verzichtet.

(2) Die zentrale Behörde des ersuchten Staates kann verlangen, dass der ersuchende Staat den Bedingungen, die zum Schutz der Interessen Dritter an dem zu übergebenden Gegenstand für notwendig erachtet werden, zustimmt.

Artikel 21

Kosten

(1) Der ersuchte Staat zahlt alle Kosten, Gebühren und Auslagen, die bei der Erledigung eines Ersuchens in diesem Staat entstehen, mit Ausnahme solcher für

the request, which are not in the language of the Requested State, should be accompanied by a translation into the language of that State, unless otherwise agreed.

Article 19

Execution of Requests

(1) The law of the Requested State governing criminal investigations or proceedings shall apply to the execution of a request except to the extent that this Treaty provides otherwise. The Requested State shall honor a request to follow a specific procedure not provided for by the Treaty unless such procedure is prohibited by the law or incompatible with the procedure of the Requested State.

(2) If the authority that receives a request lacks competence to comply therewith, the Central Authority shall assure that the request is transmitted to the appropriate authority of the Requested State.

(3) The appropriate authorities of the Requested State shall use all legal means within their power to assist the Requesting State before the competent judges and officers of the Requested State. The courts of the Requested State shall have authority to issue such orders, including search warrants, as are necessary to execute the request.

(4) With respect to Articles 10 and 11, the Requested State shall, on request, give the Requesting State reasonable notice of the date and place of the execution of the request.

(5) The Requested State shall execute a request as soon as possible.

1. If the Requested State considers that the information furnished in support of the request is insufficient to render assistance in accordance with this Treaty, it shall request the submission of the necessary additional information.
2. If the Requested State determines that execution of the request would interfere with an ongoing criminal investigation or proceeding in that State, it may postpone execution, or make execution subject to conditions determined to be necessary after consultations with the Central Authority of the Requesting State. If the Requesting State accepts the assistance subject to the conditions, it shall comply with the conditions.

(6) If execution of the request is completely or partially refused, postponed, or cannot be effected, the Central Authority of the Requested State shall promptly communicate the reasons to the Central Authority of the Requesting State.

Article 20

Return of Items

(1) The Requesting State shall return any item provided in response to a request as soon as possible unless the Requested State waives the return thereof.

(2) The Central Authority of the Requested State may require that the Requesting State agree to the terms and conditions deemed necessary to protect third party interests in the item to be transferred.

Article 21

Expenses

(1) The Requested State shall pay all expenses, fees and disbursements arising from the execution of a request in that State except for those related to:

1. die Dienste eines Sachverständigen;
2. Übersetzung, Dolmetschen und Niederschrift;
3. die Reise und das Erscheinen eines Zeugen oder Sachverständigen außerhalb des ersuchten Staates nach Artikel 5 oder im ersuchten Staat im Interesse des ersuchenden Staates nach Artikel 10 und
4. die Überstellung eines Häftlings außerhalb des ersuchten Staates nach Artikel 7.

(2) Wenn sich bei der Erledigung eines Ersuchens herausstellt, dass die vollständige Erledigung Kosten außergewöhnlicher Art verursacht, setzen sich die zentralen Behörden miteinander in Verbindung, um die Bedingungen festzulegen, unter denen die Erledigung fortgesetzt werden kann.

Artikel 22

Verweisung zum Zweck der Ermittlung oder Verfolgung

(1) Eine Vertragspartei kann eine Sache an die andere Vertragspartei zur Prüfung im Hinblick auf strafrechtliche Ermittlung und Verfolgung verweisen.

(2) Der Verweisung ist eine zusammenfassende Darstellung des Sachverhalts nebst Übersetzung in die Sprache der empfangenden Vertragspartei beizufügen.

(3) Die die Verweisung empfangende Vertragspartei unterrichtet die andere Vertragspartei über das bezüglich der Verweisung Veranlasste und die Gründe dafür.

Artikel 23

Bestätigung

Soweit dieser Vertrag nichts anderes vorsieht, bedürfen die nach diesem Vertrag übermittelten Schriftstücke und Aufzeichnungen keiner Bestätigung, Beglaubigung oder sonstigen Legalisation.

Artikel 24

Konsultationen

Die zentralen Behörden konsultieren einander zu gemeinsam vereinbarten Zeitpunkten, um die wirksamste Anwendung dieses Vertrags zu fördern. Die zentralen Behörden können sich ferner über praktische Maßnahmen einigen, die gegebenenfalls notwendig sind, um die Durchführung dieses Vertrags zu erleichtern.

Artikel 25

Andere Übereinkünfte

(1) Die in diesem Vertrag beschriebenen Rechtshilfehandlungen und Verfahren hindern die Vertragsparteien nicht daran, einander Rechtshilfe nach anderen anwendbaren internationalen Übereinkünften oder nach ihrem innerstaatlichen Recht zu leisten. Die Vertragsparteien können auch Rechtshilfe nach anwendbaren bilateralen Vereinbarungen, Abkommen oder Praktiken leisten.

(2) Die Rechtshilfe nach diesem Vertrag kann bei einer Steuerstrafat abgelehnt werden, wenn die Steuerstrafat nach Auffassung des ersuchten Staates

1. auf einer Besteuerung im ersuchenden Staat gründet, die den Bestimmungen einer Übereinkunft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, bei dem beide Staaten Vertragspartei sind, widerspricht, oder
2. bei nicht von einer solchen Übereinkunft erfassten Steuern auf einer Besteuerung im ersuchenden Staat gründet, die seinen wesentlichen Steuergrundsätzen widerspricht.

(3) Die Polizeibehörden einer Vertragspartei können im Zusammenhang mit strafrechtlichen Ermittlungen in ihrer Zuständigkeit die Polizeibehörden der anderen Vertragspartei unmittel-

1. the services of an expert;
2. translation, interpretation, and transcription;
3. the travel and appearance of a witness or expert outside the Requested State pursuant to Article 5 or inside the Requested State for the convenience of the Requesting State pursuant to Article 10; and
4. the transfer of a person in custody outside the Requested State pursuant to Article 7.

(2) If, during the execution of a request, it becomes apparent that complete execution will entail expenses of an extraordinary nature, the Central Authorities shall consult to determine the terms and conditions under which execution may continue.

Article 22

Referral for Investigation or Prosecution

(1) A Party may refer to the other Party matters for consideration for criminal investigation or prosecution.

(2) The referral shall be accompanied by a summary of facts and a translation thereof into the language of the Party receiving it.

(3) The Party receiving the referral shall notify the other Party of the disposition of the referral and the reasons therefor.

Article 23

Certification

Except where this Treaty otherwise provides, documents and records transmitted under this Treaty shall not require any certification, authentication, or other legalization.

Article 24

Consultations

The Central Authorities shall consult, at times mutually agreed to by them, to promote the most effective use of this Treaty. The Central Authorities may also agree on such practical measures as may be necessary to facilitate the implementation of this Treaty.

Article 25

Other Agreements

(1) Assistance and procedures set forth in this Treaty shall not prevent either Party from granting assistance to the other through the provisions of other applicable international agreements or through the provisions of its domestic laws. The Parties may also provide assistance pursuant to any bilateral arrangement, agreement, or practice that may be applicable.

(2) Assistance under this Treaty may be refused for a tax offense if the Requested State views the tax offense as being based

1. on taxation in the Requesting State that is contrary to the provisions of any Convention for the avoidance of double taxation to which both States are party, or
2. in the case of taxes not covered by any such Convention, on taxation in the Requesting State that is contrary to its fundamental principles of taxation.

(3) The police authorities of a Party, in connection with criminal investigations within their competence, may request assistance directly from the police authorities of the other Party

bar um Rechtshilfe ersuchen, wenn sich die Rechtshilfe nur auf die Erlangung von Auskünften, die Herausgabe polizeilicher Unterlagen, die Fahndung nach Personen oder die polizeiliche Vernehmung bezieht. Ersuchen der deutschen Polizeibehörden werden an die geeignete zuständige Behörde in den Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet; Ersuchen der Polizeibehörden der Vereinigten Staaten werden an das Bundeskriminalamt der Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Artikel 26
Ratifikation,
Inkrafttreten und Kündigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt 30 Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag bleibt bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tag wirksam, an dem er von einer der Vertragsparteien auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt wird. Maßgeblich ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei der anderen Vertragspartei.

Geschehen zu Washington am 14. Oktober 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

where such assistance relates merely to obtaining information, providing police documents or records, locating persons or questioning persons by police authorities. Requests by German police authorities shall be addressed to the appropriate competent authority in the United States of America; requests by United States police authorities shall be addressed to the Federal Criminal Police Office of the Federal Republic of Germany.

Article 26
Ratification,
Entry into Force and Termination

(1) This Treaty shall be subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force 30 days after the exchange of the instruments of ratification.

(3) This Treaty shall continue in force until the expiration of one year from the date on which written notice of termination is given by one Party to the other through the diplomatic channel. The date on which the other Party receives such notice shall be decisive.

Done at Washington on October 14, 2003 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Wolfgang Ischinger
Brigitte Zypries

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America

John Ashcroft

Anhang
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika
über die Rechtshilfe in Strafsachen

Appendix
to the Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the United States of America
on Mutual Legal Assistance in Criminal Matters

Das Justizministerium der Vereinigten Staaten fungiert als zentrale Behörde für die Stellung und Entgegennahme aller Ersuchen nach dem Vertrag über die Rechtshilfe in Strafsachen. Die folgenden Beamten der Vereinigten Staaten sind befugt, Ersuchen nach dem Vertrag in die Wege zu leiten und von den zuständigen Behörden in der Bundesrepublik Deutschland gestellte Ersuchen zu erledigen:

Bundesrichter der Vereinigten Staaten;

Richter an Gerichten der Einzelstaaten und Außengebiete der Vereinigten Staaten, des Freistaates Puerto Rico, der Jungferninseln und der Nördlichen Marianen mit allgemeiner strafrechtlicher Zuständigkeit;

Bundesanwälte der Vereinigten Staaten;

Anwälte in den Rechtsabteilungen des Justizministeriums der Vereinigten Staaten;

Justizminister der Einzelstaaten und Außengebiete der Vereinigten Staaten, des Freistaates Puerto Rico, der Jungferninseln und der Nördlichen Marianen;

Bezirksanwälte in den Einzelstaaten und Außengebieten der Vereinigten Staaten, des Freistaates Puerto Rico, der Jungferninseln und der Nördlichen Marianen; sowie

Bundesstaatliche, einzelstaatliche und örtliche Strafverfolgungsbehörden mit der Befugnis, Sachen zur strafrechtlichen Verfolgung an das U.S.-Justizministerium zu verweisen.

Zuständige deutsche Behörden im Sinne von Artikel 1 Absatz 3 des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen sind:

das Bundesministerium der Justiz;

das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit;

der Bundesgerichtshof, Karlsruhe;

der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Karlsruhe;

das Justizministerium des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart;

das Bayerische Staatsministerium der Justiz, München;

die Senatsverwaltung für Justiz von Berlin, Berlin;

das Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, Potsdam;

der Senator für Justiz und Verfassung der Freien Hansestadt Bremen, Bremen;

die Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg;

das Hessische Ministerium der Justiz, Wiesbaden;

The United States Department of Justice will act as the central authority for making and receiving all requests under the Treaty for Mutual Assistance in Criminal Matters. The following United States officials shall be competent to initiate Treaty requests, and to execute Treaty requests made by competent authorities in the Federal Republic of Germany:

United States federal judges;

Judges of courts of the states and territories of the United States, the Commonwealth of Puerto Rico, the Virgin Islands, and the Northern Marianas having general criminal jurisdiction;

United States Attorneys;

Attorneys in the legal divisions of the United States Department of Justice;

Attorneys General of the states and territories of the United States, the Commonwealth of Puerto Rico, the Virgin Islands, and the Northern Marianas;

District Attorneys in the states and territories of the United States and the Commonwealth of Puerto Rico, the Virgin Islands, and the Northern Marianas; and

Federal, state, and local law enforcement agencies having legal authority to refer matters to the U.S. Department of Justice for criminal prosecution.

Competent German authorities for the purposes of Article 1, paragraph 3 of the Treaty between the Federal Republic of Germany and the United States of America on Mutual Assistance in Criminal Matters are:

The Federal Ministry of Justice;

the Federal Ministry of Economics and Labour;

the Federal Court of Justice, Karlsruhe;

the Public Prosecutor General of the Federal Court of Justice, Karlsruhe;

the Ministry of Justice of Baden-Wuerttemberg, Stuttgart;

the Bavarian State Ministry of Justice, Munich;

the Senate Department for Justice, Berlin;

the Ministry of Justice and European Affairs of Land Brandenburg, Potsdam;

the Senator for Justice and Constitution of the Free Hanseatic City of Bremen, Bremen;

the Justice Authority of the Free and Hanseatic City of Hamburg, Hamburg;

the Hessian Ministry of Justice, Wiesbaden;

das Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin;	the Ministry of Justice of Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin;
das Niedersächsische Justizministerium, Hannover;	the Ministry of Justice of Lower-Saxony, Hannover;
das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf;	the Ministry of Justice of Land North-Rhine/Westphalia, Düsseldorf;
das Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz;	the Ministry of Justice of Land Rhineland-Palatinate, Mainz;
das Ministerium der Justiz des Saarlandes, Saarbrücken;	the Ministry of Justice of the Saarland, Saarbruecken;
das Sächsische Staatsministerium der Justiz, Dresden;	the Saxonian State Ministry of Justice, Dresden;
das Ministerium der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg;	the Ministry of Justice of Land Saxony-Anhalt, Magdeburg;
das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein, Kiel;	the Ministry of Justice and for Women, Youth and Family Affairs of Schleswig-Holstein, Kiel;
das Thüringer Justizministerium, Erfurt;	the Thuringian Ministry of Justice, Erfurt;
das Bayerische Oberste Landesgericht, München;	the Bavarian Supreme Court, Munich;
die Oberlandesgerichte;	the Higher Regional Courts;
die Landgerichte;	the Regional Courts;
die Amtsgerichte;	the Local Courts;
der Generalstaatsanwalt beim Bayerischen Obersten Landesgericht, München;	the Chief Public Prosecutor at the Bavarian Supreme Court, Munich;
die Generalstaatsanwälte bei den Oberlandesgerichten;	the Chief Public Prosecutor at the Higher Regional Courts;
die Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten;	the Directors of Public Prosecutions at the Regional Courts;
die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, Ludwigsburg;	the Central Office of the Land Judicial Administrations for the Investigation of National Socialist Crimes, Ludwigsburg;
das Bundeskriminalamt;	the Federal Criminal Police Office;
das Bundeskartellamt;	Federal Cartel Office;
das Zollkriminalamt.	the Central Office of the German Customs Investigations Service.

**Zweiter Zusatzvertrag
zum Auslieferungsvertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika**

**Second Supplementary Treaty
to the Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the United States of America
Concerning Extradition**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika –

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of the United States of America,

wie nach Artikel 3 Absatz 2 des am 25. Juni 2003 unterzeichneten Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Auslieferung (im Folgenden als „EU-US-Auslieferungsabkommen“ bezeichnet) vorgesehen,

As contemplated by Article 3, paragraph (2) of the Agreement on Extradition between the European Union and the United States of America signed 25 June 2003 (hereafter “the EU-U.S. Extradition Agreement”),

in Anerkennung dessen, dass nach diesem Zweiten Zusatzvertrag der am 20. Juni 1978 unterzeichnete bilaterale Auslieferungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika in der Fassung des am 21. Oktober 1986 unterzeichneten Zusatzvertrags zum Auslieferungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika (im Folgenden als „bilateraler Auslieferungsvertrag“ bezeichnet) in der in Artikel 3 des EU-US-Auslieferungsabkommens dargelegten Weise zur Anwendung gelangt –

Acknowledging that in accordance with the provisions of this Second Supplementary Treaty, the bilateral Treaty between the Federal Republic of Germany and the United States of America Concerning Extradition signed 20 June 1978 as amended by the Supplementary Treaty to the Treaty between the Federal Republic of Germany and the United States of America Concerning Extradition signed 21 October 1986 (hereafter referred to as “the bilateral extradition treaty”) is applied in the manner set forth in Article 3 of the EU-U.S. Extradition Agreement,

sind wie folgt übereingekommen:

Have agreed as follows:

Artikel 1

In Ausführung des Artikels 13 des EU-US-Auslieferungsabkommens erhält Artikel 12 des bilateralen Auslieferungsvertrags folgende Fassung:

„Artikel 12
Todesstrafe

Ist die Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, nach dem Recht des ersuchenden Staates mit der Todesstrafe bedroht, nach dem Recht des ersuchten Staates jedoch nicht, so kann der ersuchte Staat die Auslieferung unter der Bedingung bewilligen, dass die Todesstrafe gegen den Verfolgten nicht verhängt wird, oder – wenn eine derartige Bedingung vom ersuchenden Staat aus Verfahrensgründen nicht erfüllt werden kann – unter der Voraussetzung, dass die Todesstrafe, falls sie verhängt wird, nicht vollstreckt wird. Akzeptiert der ersuchende Staat die Auslieferung unter den in diesem Artikel genannten Bedingungen, so hat er diese Bedingungen zu erfüllen. Akzeptiert der ersuchende Staat die Bedingungen nicht, so darf das Auslieferungsersuchen abgelehnt werden.“

Artikel 2

In Ausführung des Artikels 14 des EU-US-Auslieferungsabkommens wird in den bilateralen Auslieferungsvertrag folgender Wortlaut als Artikel 15^{bis} eingefügt:

Article 1

Pursuant to Article 13 of the EU-U.S. Extradition Agreement, Article 12 of the bilateral extradition treaty is amended to read as follows:

“Article 12
Capital Punishment

Where the offense for which extradition is sought is punishable by death under the laws in the Requesting State and not punishable by death under the laws in the Requested State, the Requested State may grant extradition on the condition that the death penalty shall not be imposed on the person sought, or if for procedural reasons such condition cannot be complied with by the Requesting State, on condition that the death penalty if imposed shall not be carried out. If the Requesting State accepts extradition subject to conditions pursuant to this Article, it shall comply with the conditions. If the Requesting State does not accept the conditions, the request for extradition may be denied.”

Article 2

Pursuant to Article 14 of the EU-U.S. Extradition Agreement, the following text is inserted into the bilateral extradition treaty as Article 15^{bis}:

„Artikel 15^{bis}Sicherheitsempfindliche
Informationen im Rahmen eines Ersuchens

Erwägt der ersuchende Staat zu einem Auslieferungsersuchen besonders sicherheitsempfindliche Informationen zu übernehmen, so kann er beim ersuchten Staat Auskünfte darüber einholen, inwieweit diese Informationen vom ersuchten Staat geschützt werden können. Kann der ersuchte Staat die Informationen nicht in der vom ersuchenden Staat gewünschten Weise schützen, so entscheidet der ersuchende Staat, ob die Informationen dennoch vorgelegt werden.“

Artikel 3

In Ausführung des Artikels 6 des EU-US-Auslieferungsabkommens wird in Artikel 16 Absatz 1 des bilateralen Auslieferungsvertrags folgender Wortlaut als Satz 3 angefügt:

„Für die Übermittlung eines solchen Ersuchens können auch die Einrichtungen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) benutzt werden.“

Artikel 4

In Ausführung des Artikels 7 des EU-US-Auslieferungsabkommens wird in den bilateralen Auslieferungsvertrag folgender Wortlaut als Artikel 16 Absatz 5 eingefügt:

„(5) Der ersuchende Staat kann seiner Verpflichtung nach Artikel 14 Absatz 1, sein Auslieferungsersuchen und die dazugehörigen Unterlagen auf dem diplomatischen Weg zu übermitteln, dadurch nachkommen, dass er das Ersuchen und die Unterlagen der Botschaft des ersuchten Staates im ersuchenden Staat vorlegt. In diesem Fall gilt der Zeitpunkt des Eingangs des Ersuchens bei der Botschaft als Zeitpunkt des Eingangs beim ersuchten Staat zum Zweck der Anwendung der Fristen, die nach Absatz 4 des vorliegenden Artikels zu beachten sind, damit die betreffende Person in Haft gehalten werden kann.“

Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6.

Artikel 5

In Ausführung des Artikels 10 des EU-US-Auslieferungsabkommens erhält Artikel 17 des bilateralen Auslieferungsvertrags folgende Fassung:

„Artikel 17

Auslieferungs- und
Übergabeersuchen mehrerer Staaten

(1) Erhält der ersuchte Staat vom ersuchenden Staat und von einem anderen Staat oder anderen Staaten Ersuchen um Auslieferung derselben Person wegen derselben Straftat oder wegen verschiedener Straftaten oder erhält die Bundesrepublik Deutschland ein Auslieferungsersuchen der Vereinigten Staaten von Amerika und ein Übergabeersuchen nach dem Europäischen Haftbefehl für dieselbe Person wegen derselben Straftat oder wegen verschiedener Straftaten, so entscheidet die zuständige Regierungsbehörde des ersuchten Staates, welchem Staat die Person gegebenenfalls übergeben wird.

(2) Bei seiner Entscheidung nach Absatz 1 berücksichtigt der ersuchte Staat alle maßgeblichen Umstände, einschließlich unter anderem der folgenden Umstände:

- a) ob die Ersuchen aufgrund eines Vertrags erfolgten;
- b) Tatorte;
- c) jeweiliges Interesse der ersuchenden Staaten;
- d) Schwere der Straftaten;
- e) Staatsangehörigkeit des Opfers;
- f) Staatsangehörigkeit des Verfolgten;

“Article 15^{bis}

Sensitive information in a request

Where the Requesting State contemplates the submission of particularly sensitive information in support of its request for extradition, it may consult the Requested State to determine the extent to which the information can be protected by the Requested State. If the Requested State cannot protect the information in the manner sought by the Requesting State, the Requesting State shall determine whether the information shall nonetheless be submitted.”

Article 3

Pursuant to Article 6 of the EU-U.S. Extradition Agreement, the following text is added to the bilateral extradition treaty as the final sentence of Article 16, paragraph (1):

“The facilities of the International Criminal Police Organization (Interpol) may be used to transmit such a request.”

Article 4

Pursuant to Article 7 of the EU-U.S. Extradition Agreement, the following text is inserted into the bilateral extradition treaty as Article 16, paragraph (5):

“(5) The Requesting State may satisfy its obligation to transmit its request for extradition and supporting documents through the diplomatic channel pursuant to Article 14, paragraph (1), by submitting the request and documents to the Embassy of the Requested State located in the Requesting State. In that case, the date of receipt of such request by the Embassy shall be considered to be the date of receipt by the Requested State for purposes of applying the time limit that must be met under paragraph (4) of the present Article to enable the person’s continued detention.”

The current paragraph (5) is renumbered to become paragraph (6).

Article 5

Pursuant to Article 10 of the EU-U.S. Extradition Agreement, Article 17 of the bilateral extradition treaty is amended to read as follows:

“Article 17

Requests for Extradition
or Surrender Made by Several States

(1) If the Requested State receives requests from the Requesting State and from any other State or States for the extradition of the same person either for the same offense or for different offenses, or if the Federal Republic of Germany receives an extradition request from the United States of America and a request for surrender pursuant to the European arrest warrant for the same person, either for the same offense or for different offenses, the competent authority of the executive branch of the Requested State shall determine to which State, if any, it will surrender the person.

(2) In making its decision under paragraph (1) of this Article, the Requested State shall consider all of the relevant factors, including, but not limited to, the following:

- a) whether the requests were made pursuant to a treaty;
- b) the places where each of the offenses was committed;
- c) the respective interests of the Requesting States;
- d) the seriousness of the offenses;
- e) the nationality of the victim;
- f) the nationality of the person sought;

- g) Möglichkeit einer späteren Weiterlieferung zwischen den ersuchenden Staaten;
- h) zeitliche Reihenfolge des Eingangs der Ersuchen der ersuchenden Staaten.

(3) Trifft der ersuchte Staat gleichzeitig eine Entscheidung über die Auslieferung an einen der ersuchenden Staaten und über die Weiterlieferung an einen anderen ersuchenden Staat, so teilt er die Entscheidung über die Weiterlieferung jedem der ersuchenden Staaten mit.“

Artikel 6

In Ausführung des Artikels 5 Absatz 2 des EU-US-Auslieferungsabkommens erhält Artikel 29 des bilateralen Auslieferungsvertrags folgende Fassung:

„Artikel 29 Beglaubigung

Unterlagen, die einen Beglaubigungsvermerk oder das Siegel des Justizministeriums oder des für auswärtige Angelegenheiten zuständigen Ministeriums des ersuchenden Staates tragen, gelten in Auslieferungsverfahren im ersuchten Staat ohne weitere Beglaubigung, Bestätigung oder sonstige Legalisation. „Justizministerium“ bedeutet für die Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Justiz und für die Vereinigten Staaten von Amerika das Justizministerium der Vereinigten Staaten.“

Artikel 7

(1) Nach Maßgabe des Artikels 16 des EU-US-Auslieferungsabkommens findet dieser Zusatzvertrag auf die vor oder nach seinem Inkrafttreten begangenen Straftaten Anwendung.

(2) Dieser Zusatzvertrag findet nicht Anwendung auf die vor seinem Inkrafttreten gestellten Auslieferungsersuchen.

Artikel 8

(1) Dieser Zusatzvertrag ist Bestandteil des bilateralen Auslieferungsvertrags.

(2) Voraussetzung für das Inkrafttreten dieses Zusatzvertrags ist, dass die diesbezüglich geltenden innerstaatlichen Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossen sind. Die Vertragsparteien notifizieren einander den Abschluss der jeweiligen innerstaatlichen Verfahren.

(3) Dieser Zusatzvertrag tritt an dem Tag in Kraft, an dem das EU-US-Auslieferungsabkommen in Kraft tritt.

(4) Mit Außerkrafttreten des EU-US-Auslieferungsabkommens tritt gleichzeitig dieser Zusatzvertrag außer Kraft.

Geschehen zu Washington am 18. April 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Klaus Scharioth
Brigitte Zypries

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
For the Government of the United States of America

A. Gonzales

- g) the possibility of any subsequent re-extradition between the Requesting States; and

- h) the chronological order in which the requests were received from the requesting States.

(3) If the Requested State reaches a decision at the same time upon extradition to one of the Requesting States and on re-extradition to another Requesting State, it shall communicate that decision on re-extradition to each of the Requesting States.”

Article 6

Pursuant to Article 5, paragraph (2) of the EU-U.S. Extradition Agreement, Article 29 of the bilateral extradition treaty is amended to read as follows:

“Article 29 Certification

Documents that bear the certificate or seal of the Ministry of Justice, or Ministry or Department responsible for foreign affairs, of the Requesting State shall be admissible in extradition proceedings in the Requested State without further certification, authentication, or other legalization. “Ministry of Justice” shall, for the Federal Republic of Germany, mean the Federal Ministry of Justice; and, for the United States of America, the United States Department of Justice.”

Article 7

(1) In accordance with Article 16 of the EU-U.S. Extradition Agreement, this Supplementary Treaty shall apply to offenses committed before as well as after it enters into force.

(2) This Supplementary Treaty shall not apply to requests for extradition made prior to its entry into force.

Article 8

(1) This Supplementary Treaty shall form an integral part of the bilateral extradition treaty.

(2) This Supplementary Treaty shall be subject to the completion by the Federal Republic of Germany and the United States of America of their respective applicable internal procedures for entry into force. The Contracting Parties shall thereupon notify each other that such internal procedures have been completed.

(3) This Supplementary Treaty shall enter into force on the date of entry into force of the EU-U.S. Extradition Agreement.

(4) In the event of termination of the EU-U.S. Extradition Agreement, this Supplementary Treaty shall be terminated.

Done at Washington, this 18th day of April 2006, in duplicate, in the German and English languages, both texts being equally authentic.

**Zusatzvertrag
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika
über die Rechtshilfe in Strafsachen**

**Supplementary Treaty
to the Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the United States of America
on Mutual Legal Assistance in Criminal Matters**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika –

wie nach Artikel 3 Absatz 2 des am 25. Juni 2003 unterzeichneten Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Rechtshilfe (im Folgenden als „EU-US-Rechtshilfeabkommen“ bezeichnet) vorgesehen,

in Anerkennung dessen, dass nach diesem Zusatzvertrag der am 14. Oktober 2003 unterzeichnete Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen (im Folgenden als „bilateraler Rechtshilfevertrag“ bezeichnet) in der in Artikel 3 des EU-US-Rechtshilfeabkommens dargelegten Weise zur Anwendung gelangt –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

In Ausführung des Artikels 8 des EU-US-Rechtshilfeabkommens erhält Artikel 1 Absatz 1 des bilateralen Rechtshilfevertrags folgende Fassung:

„(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags einander durch ihre zuständigen Behörden soweit wie möglich Rechtshilfe in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren und in Strafverfahren, einschließlich solcher wegen Zoll-, Abgaben- und Steuerstraftaten, zu leisten. Strafrechtliche Ermittlungsverfahren oder Strafverfahren im Sinne dieses Vertrags schließen ferner Folgendes ein:

1. Ermittlungen und Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten nach dem deutschen Kartellrecht;
2. Ermittlungen und Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten, soweit sie im ersuchenden Staat zu Gerichts- oder Strafverfahren führen können und soweit sie im ersuchten Staat Straftaten darstellen würden;
3. Ermittlungen und Verfahren einer nationalen Verwaltungsbehörde, die Ermittlungen zu Handlungen mit Blick auf eine strafrechtliche Verfolgung oder Verweisung an die Ermittlungs- oder Strafverfolgungsbehörden führt und diese Ermittlungen aufgrund ihrer spezifischen verwaltungsrechtlichen oder gesetzlichen Befugnis führt. Unter solchen Umständen kann Rechtshilfe auch anderen Verwaltungsbehörden gewährt werden. Für Angelegenheiten, in denen die Verwaltungsbehörde davon ausgeht, dass es nicht zu einer Verfolgung beziehungsweise Verweisung kommt, wird keine Rechtshilfe nach dieser Nummer gewährt.“

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of the United States of America,

As contemplated by Article 3, paragraph (2) of the Agreement on Mutual Legal Assistance between the European Union and the United States of America signed 25 June 2003 (hereafter “the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement”),

Acknowledging that in accordance with the provisions of this Supplementary Treaty, the bilateral Treaty between the Federal Republic of Germany and the United States of America on Mutual Legal Assistance in Criminal Matters signed 14 October 2003 (hereafter “the bilateral Mutual Legal Assistance Treaty”), is applied in the manner set forth in Article 3 of the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement,

Have agreed as follows:

Article 1

Pursuant to Article 8 of the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement, Article 1, paragraph (1) of the bilateral Mutual Legal Assistance Treaty is amended to read as follows:

“(1) The Parties undertake to afford each other, through their competent authorities, the widest measure of mutual assistance in criminal investigations and proceedings, including those relating to customs, duties and taxes, in accordance with the provisions of this Treaty. Criminal investigations and proceedings for purposes of this Treaty also include:

1. investigations and proceedings relating to regulatory offenses (Ordnungswidrigkeiten) under German antitrust law;
2. investigations and proceedings relating to regulatory offenses to the extent that they may lead to court proceedings or be referred for criminal prosecution in the Requesting State and would constitute criminal offenses in the Requested State;
3. investigations and proceedings of a national administrative authority, investigating conduct with a view to a criminal prosecution of the conduct, or referral of the conduct to criminal investigation or prosecution authorities, pursuant to its specific administrative or regulatory authority to undertake such investigation. Mutual legal assistance may also be afforded to other administrative authorities under such circumstances. Assistance under this subparagraph shall not be available for matters in which the administrative authority anticipates that no prosecution or referral, as applicable, will take place.”

Artikel 2

In Ausführung des Artikels 8 des EU-US-Rechtshilfeabkommens wird in Artikel 2 des bilateralen Rechtshilfevertrags folgender neuer Absatz 5 angefügt:

„(5) Ersuchen um Rechtshilfe nach Artikel 1 Absatz 1 Nummer 3 erfolgen zwischen den Behörden, die nach dem vorliegenden Artikel bestimmt sind, oder zwischen anderen Stellen entsprechend einer Vereinbarung der zentralen Behörden.“

Artikel 3

In Ausführung des Artikels 4 des EU-US-Rechtshilfeabkommens wird in den bilateralen Rechtshilfevertrag folgender Wortlaut als Artikel 9^{bis} eingefügt:

„Artikel 9^{bis}

Ermittlung von Bankinformationen

(1)

1. Auf Ersuchen des ersuchenden Staates prüft der ersuchte Staat nach den Bestimmungen dieses Artikels unverzüglich nach, ob die in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Banken Aufschluss darüber geben können, ob eine bestimmte natürliche oder juristische Person, die einer Straftat verdächtigt wird oder wegen einer solchen angeklagt ist, Inhaber eines oder mehrerer Bankkonten ist. Der ersuchte Staat teilt die Ergebnisse seiner Nachforschungen unverzüglich dem ersuchenden Staat mit.
2. Die unter Nummer 1 genannten Schritte können auch erfolgen, um Aufschluss zu erhalten über
 - a) Informationen betreffend verurteilte oder in sonstiger Weise in Straftaten verwickelte natürliche oder juristische Personen;
 - b) Informationen im Besitz von nicht dem Bankwesen angehörenden Finanzeinrichtungen und
 - c) nicht mit Bankkonten verbundene finanzielle Transaktionen.

(2) Zusätzlich zu den Erfordernissen nach Artikel 17 Absatz 1 hat ein Ersuchen um Informationen nach Absatz 1 des vorliegenden Artikels Folgendes zu enthalten:

1. die Identität der natürlichen oder juristischen Person mit Bedeutung für die Identifikation solcher Konten oder Transaktionen sowie
2. ausreichende Angaben, um es der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zu ermöglichen,
 - a) begründeterweise anzunehmen, dass die betreffende natürliche oder juristische Person an einer Straftat beteiligt war und dass Banken oder nicht dem Bankwesen angehörende Finanzeinrichtungen im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates im Besitz der angeforderten Informationen sein könnten;
 - b) festzustellen, dass sich die erbetene Information auf das strafrechtliche Ermittlungsverfahren oder Strafverfahren bezieht;
3. so weit wie möglich Angaben darüber, welche Bank oder nicht dem Bankwesen angehörende Finanzeinrichtung betroffen sein kann, und andere Angaben, deren Verfügbarkeit helfen kann, den Umfang der Nachforschungen zu begrenzen.

(3) Sofern nicht später durch diplomatischen Notenwechsel zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika eine geänderte Regelung getroffen wird, erfolgen Rechtshilfeersuchen nach diesem Artikel zwischen

1. – für die Bundesrepublik Deutschland – dem Bundesministerium der Justiz und
2. – für die Vereinigten Staaten von Amerika – dem für die Bundesrepublik Deutschland zuständigen Attaché des

Article 2

Pursuant to Article 8 of the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement, the following new paragraph (5) is added to Article 2 of the bilateral Mutual Legal Assistance Treaty:

“(5) Requests for assistance under Article 1, paragraph (1), subparagraph 3, shall be transmitted between the authorities designated pursuant to the present Article, or between such other authorities as may be agreed by the Central Authorities.”

Article 3

Pursuant to Article 4 of the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement, the following text is inserted into the bilateral Mutual Legal Assistance Treaty as Article 9^{bis}:

“Article 9^{bis}

Identification of bank information

(1)

1. Upon request of the Requesting State, the Requested State shall, in accordance with the terms of this Article, promptly ascertain if the banks located in its territory possess information on whether an identified natural or legal person suspected of or charged with a criminal offense is the holder of a bank account or accounts. The Requested State shall promptly communicate the results of its enquiries to the Requesting State.
2. The actions described in subparagraph 1 may also be taken for the purpose of identifying:
 - a) information regarding natural or legal persons convicted of or otherwise involved in a criminal offense;
 - b) information in the possession of non-bank financial institutions, or
 - c) financial transactions unrelated to accounts.

(2) In addition to the requirements of Article 17, paragraph (1), a request for information described in paragraph (1) above shall include:

1. the identity of the natural or legal person relevant to locating such accounts or transactions; and
2. sufficient information to enable the competent authority of the Requested State to:
 - a) reasonably suspect that the natural or legal person concerned has engaged in a criminal offense and that banks or non-bank financial institutions in the territory of the Requested State may have the information requested; and
 - b) conclude that the information sought relates to the criminal investigation or proceeding; and
3. to the extent possible, information concerning which bank or non-bank financial institution may be involved, and other information the availability of which may aid in reducing the breadth of the enquiry.

(3) Unless subsequently modified by exchange of diplomatic notes between the European Union and the United States of America, requests for assistance under this Article shall be transmitted between:

1. For the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Justice; and
2. For the United States of America, the attaché responsible for the Federal Republic of Germany of the:

- a) US-Justizministeriums, Drogenbehörde, in Bezug auf Angelegenheiten in diesem Zuständigkeitsbereich;
- b) US-Ministeriums für innere Sicherheit, Einwanderungs- und Zollbehörde, in Bezug auf Angelegenheiten in diesem Zuständigkeitsbereich;
- c) US-Justizministeriums, Bundesermittlungsbehörde (FBI), in Bezug auf alle anderen Angelegenheiten.

(4) Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika leisten Rechtshilfe nach diesem Artikel in Bezug auf Geldwäsche und terroristische Handlungen, die nach dem Recht des ersuchenden wie auch des ersuchten Staates strafbar sind, sowie in Bezug auf andere kriminelle Handlungen, die sie einander gegebenenfalls notifizieren.

(5) Der ersuchte Staat beantwortet ein Ersuchen um Vorlage von Unterlagen über die nach diesem Artikel ermittelten Konten oder Transaktionen entsprechend den sonstigen Bestimmungen dieses Vertrags.“

Artikel 4

In Ausführung des Artikels 6 des EU-US-Rechtshilfeabkommens wird in den bilateralen Rechtshilfevertrag folgender Wortlaut als Artikel 10^{bis} eingefügt:

„Artikel 10^{bis}

Vernehmung per Videokonferenz

(1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika treffen die erforderlichen Vorkehrungen, damit für die Vernehmung eines Zeugen oder eines Sachverständigen im ersuchten Staat der Einsatz der Video-Übertragungstechnik möglich ist. Soweit dieser Artikel keine spezifischen Bestimmungen enthält, entsprechen die Modalitäten denen gemäß diesem Vertrag. Artikel 10 Absatz 4 gilt in Bezug auf den Einsatz der Video-Übertragungstechnik für die Vernehmung unabhängig davon, ob die betreffende Aussage aufgezeichnet wird oder nicht.

(2) Der ersuchende und der ersuchte Staat können Konsultationen aufnehmen, um die Lösung rechtlicher, technischer und logistischer Fragen, die bei der Ausführung des Ersuchens auftreten können, zu erleichtern.

(3) Unbeschadet einer Zuständigkeit nach dem Recht des ersuchenden Staates ist die Abgabe einer absichtlich falschen Erklärung oder eine andere Verfehlung eines Zeugen oder Sachverständigen während der Videokonferenz im ersuchten Staat in derselben Weise strafbar, wie dies in einem innerstaatlichen Verfahren der Fall wäre.

(4) Dieser Artikel gilt unbeschadet des Einsatzes sonstiger Mittel zur Vernehmung im ersuchten Staat, die nach einem anwendbaren völkerrechtlichen Vertrag oder dem innerstaatlichem Recht verfügbar sind.

(5) Der ersuchte Staat kann den Einsatz der Video-Übertragungstechnik für andere als die in Absatz 1 genannten Zwecke gestatten, beispielsweise für Zwecke der Identifizierung von Personen oder Gegenständen oder der Festhaltung von Ermittlungsergebnissen.“

Artikel 5

In Ausführung des Artikels 5 des EU-US-Rechtshilfeabkommens wird in den bilateralen Rechtshilfevertrag folgender Wortlaut als Artikel 12^{bis} eingefügt:

„Artikel 12^{bis}

Gemeinsame Ermittlungsgruppen

(1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, damit gemeinsame Ermittlungsgruppen gebildet und im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten von Amerika eingesetzt werden können, so dass

- a) U.S. Department of Justice, Drug Enforcement Administration, with respect to matters within its jurisdiction;
- b) U.S. Department of Homeland Security, Bureau of Immigration and Customs Enforcement, with respect to matters within its jurisdiction;
- c) U.S. Department of Justice, Federal Bureau of Investigation, with respect to all other matters.

(4) The Federal Republic of Germany and the United States of America shall provide assistance under this Article with respect to money laundering and terrorist activity punishable under the laws of both the Requesting and Requested States, and with respect to such other criminal activity as they may notify each other.

(5) The Requested State shall respond to a request for production of the records concerning the accounts or transactions identified pursuant to this Article in accordance with the other provisions of this Treaty.”

Article 4

Pursuant to Article 6 of the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement, the following text is inserted into the bilateral Mutual Legal Assistance Treaty as Article 10^{bis}:

“Article 10^{bis}

Video conferencing

(1) The Federal Republic of Germany and the United States of America shall take such measures as may be necessary to enable the use of video transmission technology for taking testimony of a witness or expert located in the Requested State. To the extent not specifically set forth in this Article, the modalities governing such procedure shall be as otherwise provided under this Treaty. Article 10, paragraph (4) shall apply to the use of video transmission technology in taking of testimony irrespective of whether or not the testimony taken is recorded.

(2) The Requesting and Requested States may consult in order to facilitate resolution of legal, technical or logistical issues that may arise in the execution of the request.

(3) Without prejudice to any jurisdiction under the laws of the Requesting State, making an intentionally false statement or other misconduct of the witness or expert during the course of the video conference shall be punishable in the Requested State in the same manner as if it had been committed in the course of its domestic proceedings.

(4) This Article is without prejudice to the use of other means for obtaining of testimony in the Requested State available under applicable international treaty or under internal law.

(5) The Requested State may permit the use of video conferencing technology for purposes other than those described in paragraph (1) of this Article, including for purposes of identification of persons or objects, or taking of investigative statements.”

Article 5

Pursuant to Article 5 of the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement, the following text is inserted into the bilateral Mutual Legal Assistance Treaty as Article 12^{bis}:

“Article 12^{bis}

Joint investigative teams

(1) The Federal Republic of Germany and the United States of America shall take such measures as may be necessary to enable joint investigative teams to be established and operated in the respective territories of the Federal Republic of Germany and the United States of America, for the purpose of facilitating

strafrechtliche Ermittlungsverfahren und eine Strafverfolgung, an denen einer oder mehrere der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Vereinigten Staaten von Amerika beteiligt sind, erleichtert werden, wenn die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika dies für zweckmäßig erachten.

(2) Die für die jeweilige Ermittlungsgruppe maßgeblichen Modalitäten wie Zusammensetzung, Bestandsdauer, Standort, Organisation, Funktionen, Zweck und Umfang der Beteiligung von Gruppenmitgliedern aus einem Staat an Ermittlungen im Hoheitsgebiet eines anderen Staates werden im Einvernehmen zwischen den betreffenden für die Ermittlung und Verfolgung von Straftaten und von den jeweiligen Staaten bestimmten zuständigen Behörden festgelegt.

(3) Die betreffenden von den jeweiligen Staaten bestimmten Behörden treten zum Zwecke der Bildung und des Einsatzes solcher Ermittlungsgruppen in unmittelbarem Kontakt. Ein Ersuchen einer Polizeibehörde der Vereinigten Staaten um Bildung einer Gemeinsamen Ermittlungsgruppe ist an das Bundeskriminalamt der Bundesrepublik Deutschland zu richten. Die Staaten können sich jedoch diesbezüglich auf andere geeignete Kommunikationswege einigen, wenn außergewöhnliche Komplexität, große Tragweite oder andere Umstände in Bezug auf einige oder auf alle Aspekte eine zentralere Koordinierung erforderlich erscheinen lassen.

(4) Verlangt die Arbeit einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe Ermittlungsmaßnahmen in einem der Staaten, von denen sie gebildet wurde, so kann ein von diesem Staat in die Gruppe entsandtes Mitglied die Behörden seines Staates ersuchen, diese Maßnahmen zu ergreifen, ohne dass der andere Staat ein Rechtshilfeersuchen einreichen muss. Die erforderliche Rechtsnorm für die Ergreifung der Maßnahme in diesem Staat ist die für innerstaatliche Ermittlungen erforderliche Rechtsnorm.“

Artikel 6

In Ausführung des Artikels 9 des EU-US-Rechtshilfeabkommens erhält Artikel 15 des bilateralen Rechtshilfevertrags folgende Fassung:

„Artikel 15

Bedingungen
und begrenzte Verwendung zum
Schutz personenbezogener und sonstiger Daten

(1) Wenn die Rechtshilfe nach Artikel 3 verweigert werden kann, konsultiert die zentrale Behörde des ersuchten Staates die zentrale Behörde des ersuchenden Staates, um zu prüfen, ob Rechtshilfe unter von ihr für notwendig erachteten Bedingungen geleistet werden kann. Nimmt der ersuchende Staat die an Bedingungen geknüpften Rechtshilfe an, so hat er diese Bedingungen zu erfüllen. Der ersuchte Staat darf als eine Bedingung im Sinne dieses Absatzes für die Bereitstellung von Beweismitteln und Auskünften keine allgemeinen Einschränkungen mit Blick auf die Rechtsnormen des ersuchenden Staates für den Umgang mit personenbezogenen Daten auferlegen.

(2) Der ersuchende Staat darf ohne vorherige Zustimmung der zentralen Behörde des ersuchten Staates nach diesem Vertrag erlangte Beweismittel oder Auskünfte nicht zu einem anderen als dem in dem Ersuchen beschriebenen Zweck verwenden, mit Ausnahme der in Absatz 3 aufgeführten Zwecke.

(3) Der ersuchende Staat darf nach diesem Vertrag erlangte Beweismittel und Auskünfte ohne vorherige Zustimmung der zentralen Behörde des ersuchten Staates verwenden

1. für Zwecke seiner strafrechtlichen Ermittlungsverfahren und Strafverfahren;
2. zur Abwendung einer unmittelbaren und ernsthaften Bedrohung seiner öffentlichen Sicherheit, wobei dies, für die Zwecke dieses Vertrags, die Verhinderung der Begehung schwerer Straftaten einschließt;

criminal investigations or prosecutions involving one or more Member States of the European Union and the United States of America, where deemed appropriate by the Federal Republic of Germany and the United States of America.

(2) The procedures under which the team is to operate, such as its composition, duration, location, organization, functions, purpose, and terms of participation of team members of a State in investigative activities taking place in another State's territory shall be as agreed between the authorities responsible for the investigation or prosecution of criminal offenses, as determined by the respective States concerned.

(3) The authorities determined by the respective States concerned shall communicate directly for the purposes of the establishment and operation of such team. A request by a United States police authority for the establishment of a joint investigative team shall be addressed to the Federal Criminal Police Office of the Federal Republic of Germany. Where the exceptional complexity, broad scope, or other circumstances involved are deemed to require more central coordination as to some or all aspects, the States nonetheless may agree upon other appropriate channels of communications to that end.

(4) Where the joint investigative team needs investigative measures to be taken in one of the States setting up the team, a member of the team of that State may request its own authorities to take those measures without the other State having to submit a request for mutual legal assistance. The required legal standard for obtaining the measure in that State shall be the standard applicable to its domestic investigative activities.”

Article 6

Pursuant to Article 9 of the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement, Article 15 of the bilateral Mutual Legal Assistance Treaty is amended to read as follows:

“Article 15

Conditions and
limitations on use to
protect personal and other data

(1) Where assistance could be refused under Article 3, the Central Authority of the Requested State shall consult with the Central Authority of the Requesting State to consider whether assistance can be given subject to such conditions as it deems necessary. If the Requesting State accepts assistance subject to these conditions, it shall comply with the conditions. Generic restrictions with respect to the legal standards of the Requesting State for processing personal data may not be imposed by the Requested State as a condition under this paragraph to providing evidence or information.

(2) The Requesting State shall not use any evidence or information obtained under this Treaty for any other purpose than that described in the request without the prior consent of the Central Authority of the Requested State, except as specified in paragraph (3).

(3) The Requesting State may use any evidence or information obtained under this Treaty without prior consent of the Central Authority of the Requested State:

1. for the purpose of its criminal investigations and proceedings;
2. for preventing an immediate and serious threat to its public security, which, for the purposes of this Treaty, includes preventing the commission of serious criminal offenses;

3. in seinen nicht strafrechtlichen Gerichts- und Verwaltungsverfahren, die sich unmittelbar auf einen unter Nummer 1 genannten Zweck beziehen;
4. für jeden anderen Zweck, wenn die Auskünfte oder Beweismittel im Rahmen der Verfahren, für die sie übermittelt wurden, oder in einem der unter den Nummern 1, 2 und 3 genannten Fälle öffentlich bekannt wurden.

(4) Stellt der ersuchte Staat nach der Weitergabe an den ersuchenden Staat Umstände fest, die ihn veranlassen können, in einem bestimmten Fall eine zusätzliche Bedingung zu stellen, so kann der ersuchte Staat sich mit dem ersuchenden Staat ins Benehmen setzen, um festzulegen, inwieweit die Beweismittel und die Auskunft geschützt werden können.

(5) Ein Staat, der ein Beweismittel oder eine Auskunft vorbehaltlich einer Bedingung nach diesem Artikel zur Verfügung stellt, kann von dem anderen Staat verlangen, dass er im Hinblick auf diese Bedingung die Verwendung des Beweismittels oder der Auskunft darlegt.“

Artikel 7

In Ausführung des Artikels 9 des EU-US-Rechtshilfeabkommens erhält Artikel 16 des bilateralen Rechtshilfevertrags folgende Fassung:

„Artikel 16

Auskünfte und Beweismittel in kartellrechtlichen Verfahren und Ermittlungen

Auskünfte oder Beweismittel, die der ersuchende Staat im Zusammenhang mit Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren nach Maßgabe des Kartellrechts erhält, für die nach diesem Vertrag Rechtshilfe geleistet werden kann, werden in der gleichen Weise wie nach innerstaatlichem Recht erlangte Auskünfte oder Beweismittel vertraulich behandelt und nur an Personen oder Behörden, einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden, weitergegeben, die für die Verfolgung solcher Verstöße zuständig sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die erlangten Auskünfte oder Beweismittel nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Auskünfte oder Beweismittel in öffentlichen Gerichtsverfahren oder für Gerichtsentscheidungen offenbaren, sofern nicht die zuständige Behörde des ersuchten Staates, welche die Auskunft oder das Beweismittel zur Verfügung gestellt hat, dem widerspricht. Ein Widerspruch wird nur in außergewöhnlichen Fällen erhoben. Sie dürfen die Auskünfte oder Beweismittel ferner für die in Artikel 15 Absatz 3 Nummern 1 und 2 genannten Zwecke offenbaren. Nach dem vorliegenden Artikel offenbarte Auskünfte oder Beweismittel dürfen ohne vorherige Zustimmung des ersuchten Staates nicht für andere Zwecke verwendet werden.“

Artikel 8

In Ausführung des Artikels 7 des EU-US-Rechtshilfeabkommens erhält Artikel 17 Absatz 3 des bilateralen Rechtshilfevertrags folgende Fassung:

„(3) Ersuchen um Rechtshilfe und diesbezügliche Mitteilungen können mithilfe beschleunigter Kommunikationsmittel wie Fax oder elektronische Post erfolgen, mit nachfolgender formeller Bestätigung, wenn dies vom ersuchten Staat verlangt wird. Der ersuchte Staat kann das Ersuchen mit einem dieser beschleunigten Kommunikationsmittel beantworten. In dringenden Fällen dürfen Ersuchen mündlich gestellt werden; sie sind jedoch innerhalb von zehn Tagen schriftlich zu bestätigen, es sei denn, die zentrale Behörde des ersuchten Staates stimmt einer anderen Regelung zu.“

Artikel 9

In Ausführung des Artikels 6 Absatz 2 des EU-US-Rechtshilfeabkommens erhält Artikel 21 Absatz 1 des bilateralen Rechtshilfevertrags folgende Fassung:

3. in its non-criminal judicial or administrative proceedings directly related to a purpose set forth in subparagraph 1;

4. for any other purpose, if the information or evidence has been made public within the framework of proceedings for which they were transmitted, or in any of the situations described in subparagraphs 1, 2 and 3 of this paragraph.

(4) Where, following disclosure to the Requesting State, the Requested State becomes aware of circumstances that may cause it to seek an additional condition in a particular case, the Requested State may consult with the Requesting State to determine the extent to which the evidence and information can be protected.

(5) A State that furnishes evidence or information subject to a condition referred to in this Article may require the other State to explain, in relation to that condition, the use made of such evidence or information.”

Article 7

Pursuant to Article 9 of the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement, Article 16 of the bilateral Mutual Legal Assistance Treaty is amended to read as follows:

“Article 16

Evidence and Information in Antitrust Proceedings and Investigations

Information or evidence received by the Requesting State in connection with an investigation or proceeding under antitrust laws, assistance as to which may be provided under this Treaty, shall be treated as confidential in the same way as information or evidence obtained under its domestic law and only may be disclosed to persons or authorities, including courts or administrative authorities, competent for the prosecution of antitrust offenses. Such persons or authorities shall use the information or evidence only for these purposes. They may disclose the information or evidence in public court proceedings or in judicial decisions, unless the competent authority of the Requested State supplying the information or evidence raises an objection. Such objections shall be raised only in exceptional cases. They may also disclose the information or evidence for the purposes set forth in Article 15, paragraph (3), subparagraphs 1 and 2. Information or evidence disclosed pursuant to the present Article shall not be used for other purposes without prior consent of the Requested State.”

Article 8

Pursuant to Article 7 of the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement, Article 17, paragraph (3) of the bilateral Mutual Legal Assistance Treaty is amended to read as follows:

“(3) Requests for mutual legal assistance, and communications related thereto, may be made by expedited means of communications, including fax or e-mail, with formal confirmation to follow where required by the Requested State. The Requested State may respond by any such expedited means of communication. In urgent cases, requests may be made orally but shall be confirmed in writing within ten days unless the Central Authority of the Requested State agrees otherwise.”

Article 9

Pursuant to Article 6, paragraph (2), of the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement, Article 21, paragraph (1) of the bilateral Mutual Legal Assistance Treaty is amended to read as follows:

„(1) Der ersuchte Staat zahlt alle Kosten, Gebühren und Auslagen, die bei der Erledigung eines Ersuchens in diesem Staat entstehen, mit Ausnahme solcher für

1. die Dienste eines Sachverständigen;
2. Übersetzung, Dolmetschen und Niederschrift;
3. die Reise und das Erscheinen eines Zeugen oder Sachverständigen außerhalb des ersuchten Staates nach Artikel 5 oder im ersuchten Staat im Interesse des ersuchenden Staates nach Artikel 10;
4. die Überstellung eines Häftlings außerhalb des ersuchten Staates nach Artikel 7 und
5. die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb der Videoübertragung bei Ersuchen nach Artikel 10^{bis}, es sei denn, der ersuchende und der ersuchte Staat treffen eine andere Vereinbarung; sonstige Kosten im Zusammenhang mit der Leistung dieser Hilfe (unter anderem Reisekosten der beteiligten Personen im ersuchten Staat) werden entsprechend den sonstigen Bestimmungen dieses Artikels getragen.“

Artikel 10

(1) Dieser Zusatzvertrag gilt für vor oder nach seinem Inkrafttreten begangene Straftaten.

(2) Dieser Zusatzvertrag gilt nicht für vor seinem Inkrafttreten gestellte Ersuchen, mit der Ausnahme, dass in Übereinstimmung mit Artikel 12 Absatz 2 des EU-US-Rechtshilfeabkommens die Artikel 4, 8 und 9 dieses Zusatzvertrags für vor diesem Inkrafttreten gestellte Ersuchen gelten.

Artikel 11

(1) Dieser Zusatzvertrag ist Bestandteil des bilateralen Rechtshilfevertrags.

(2) Voraussetzung für das Inkrafttreten dieses Zusatzvertrags ist, dass die diesbezüglich geltenden innerstaatlichen Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossen sind. Die Vertragsparteien notifizieren einander den Abschluss dieser innerstaatlichen Verfahren.

(3) Dieser Zusatzvertrag tritt an dem Tag in Kraft, an dem der bilaterale Rechtshilfevertrag in Kraft tritt.

(4) Tritt der bilaterale Rechtshilfevertrag außer Kraft, so treten die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika im Hinblick auf die Verpflichtungen aus Artikel 3 Absatz 3 des EU-US-Rechtshilfeabkommens in Konsultationen ein, um die Art und Weise festzulegen, wie die Bestimmungen dieses Zusatzvertrages weiterhin Anwendung finden.

(5) Tritt das EU-US-Rechtshilfeabkommen außer Kraft, so tritt auch dieser Zusatzvertrag außer Kraft.

Geschehen zu Washington am 18. April 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Klaus Scharioth
Brigitte Zypries

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
For the Government of the United States of America

A. Gonzales

“(1) The Requested State shall pay all expenses, fees and disbursements arising from the execution of a request in that State except for those related to:

1. the services of an expert;
2. translation, interpretation, and transcription;
3. the travel and appearance of a witness or expert outside the Requested State pursuant to Article 5 or inside the Requested State for the convenience of the Requesting State pursuant to Article 10;
4. the transfer of a person in custody outside the Requested State pursuant to Article 7; and
5. the costs associated with establishing and servicing the video transmission in case of requests under Article 10^{bis}, unless otherwise agreed by the Requesting and Requested States; other costs arising in the course of providing such assistance (including costs associated with travel of participants in the Requested State) shall be borne in accordance with the other provisions of this Article.”

Article 10

(1) This Supplementary Treaty shall apply to offenses committed before as well as after it enters into force.

(2) This Supplementary Treaty shall not apply to requests made prior to its entry into force; except that, in accordance with Article 12, paragraph (2), of the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement, Articles 4, 8 and 9 of this Supplementary Treaty shall be applicable to requests made prior to such entry into force.

Article 11

(1) This Supplementary Treaty shall form an integral part of the bilateral Mutual Legal Assistance Treaty.

(2) This Supplementary Treaty shall be subject to the completion by the Federal Republic of Germany and the United States of America of their respective applicable internal procedures for entry into force. The Parties shall thereupon notify each other that such internal procedures have been completed.

(3) This Supplementary Treaty shall enter into force on the date of entry into force of the Bilateral Mutual Legal Assistance Treaty.

(4) In the event of termination of the bilateral Mutual Legal Assistance Treaty, the Federal Republic of Germany and the United States of America, in view of the responsibilities under Article 3, paragraph (3) of the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement, shall consult for the purpose of determining the manner in which the provisions of this Supplementary Treaty shall continue to apply.

(5) In the event of termination of the EU-U.S. Mutual Legal Assistance Agreement, this Supplementary Treaty shall be terminated.

Done at Washington, this 18th day of April 2006, in duplicate, in the German and English languages, both texts being equally authentic.

**Abkommen
zwischen der Europäischen Union
und den Vereinigten Staaten von Amerika
über Auslieferung**

**Agreement
on Extradition
between the European Union
and the United States of America**

Inhalt

Präambel	
Artikel 1	Gegenstand und Zweck
Artikel 2	Begriffsbestimmungen
Artikel 3	Anwendungsbereich dieses Abkommens im Verhältnis zu bilateralen Auslieferungsverträgen mit den Mitgliedstaaten
Artikel 4	Auslieferungsfähige Straftaten
Artikel 5	Übermittlung und Beglaubigung von Unterlagen
Artikel 6	Übermittlung von Ersuchen um vorläufige Verhaftung
Artikel 7	Übermittlung von Unterlagen im Anschluss an die vorläufige Verhaftung
Artikel 8	Ergänzende Angaben
Artikel 9	Zeitweilige Überstellung
Artikel 10	Auslieferungs- und Überstellungsersuchen von Seiten mehrerer Staaten
Artikel 11	Vereinfachte Auslieferungsverfahren
Artikel 12	Durchlieferung
Artikel 13	Todesstrafe
Artikel 14	Vertrauliche Angaben im Rahmen eines Ersuchens
Artikel 15	Konsultationen
Artikel 16	Zeitliche Geltung
Artikel 17	Nichtabweichung
Artikel 18	Künftige bilaterale Auslieferungsverträge mit Mitgliedstaaten
Artikel 19	Benennung und Notifizierung
Artikel 20	Räumliche Geltung
Artikel 21	Überprüfung
Artikel 22	Inkrafttreten und Beendigung
Erläuternde Note	

Contents

Preamble	
Article 1	Object and purpose
Article 2	Definitions
Article 3	Scope of application of this Agreement in relation to bilateral extradition treaties with Member States
Article 4	Extraditable offences
Article 5	Transmission and authentication of documents
Article 6	Transmission of requests for provisional arrest
Article 7	Transmission of documents following provisional arrest
Article 8	Supplemental information
Article 9	Temporary surrender
Article 10	Requests for extradition or surrender made by several States
Article 11	Simplified extradition procedures
Article 12	Transit
Article 13	Capital punishment
Article 14	Sensitive information in a request
Article 15	Consultations
Article 16	Temporal application
Article 17	Non-derogation
Article 18	Future bilateral extradition treaties with Member States
Article 19	Designation and notification
Article 20	Territorial application
Article 21	Review
Article 22	Entry into force and termination
Explanatory Note	

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika –

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika weiter zu erleichtern;

in dem Wunsch, zum Schutz ihrer demokratischen Gesellschaften und ihrer gemeinsamen Werte Verbrechen effizienter zu bekämpfen;

The European Union and the United States of America,

desiring further to facilitate cooperation between the European Union Member States and the United States of America,

desiring to combat crime in a more effective way as a means of protecting their respective democratic societies and common values,

unter gebührender Beachtung der Rechte des Einzelnen und des Grundsatzes der Rechtsstaatlichkeit;

unter Berücksichtigung der in ihren jeweiligen Rechtsordnungen verankerten Garantien, die für ausgelieferte Personen das Recht auf ein gerechtes Verfahren einschließlich des Rechts auf ein Urteil durch ein unparteiisches und ordentlich eingesetztes Gericht vorsehen;

in dem Wunsch, ein Abkommen über die Auslieferung von Straftätern zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand und Zweck

Die Vertragsparteien verpflichten sich gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens Maßnahmen zur Verstärkung der Zusammenarbeit im Rahmen der für die Auslieferung von Straftätern geltenden Auslieferungsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika zu treffen.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

1. Der Begriff „Vertragsparteien“ bezeichnet die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika.
2. Der Begriff „Mitgliedstaat“ bezeichnet einen Mitgliedstaat der Europäischen Union.
3. Der Begriff „Justizministerium“ bezeichnet im Falle der Vereinigten Staaten von Amerika das Justizministerium der Vereinigten Staaten; im Falle eines Mitgliedstaats dessen Justizministerium, mit der Ausnahme, dass im Falle eines Mitgliedstaats, in dem die in den Artikeln 3, 5, 6, 8 und 12 beschriebenen Aufgaben vom Generalstaatsanwalt wahrgenommen werden, dieser nach Artikel 19 benannt werden kann, um die Rolle des Justizministeriums zu übernehmen, es sei denn, die Vereinigten Staaten und der betreffende Mitgliedstaat vereinbaren, eine andere Stelle zu benennen.

Artikel 3

Anwendungsbereich dieses Abkommens im Verhältnis zu bilateralen Auslieferungsverträgen mit den Mitgliedstaaten

(1) Die Europäische Union entsprechend dem Vertrag über die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika tragen dafür Sorge, dass die Bestimmungen dieses Abkommens wie folgt Anwendung in Bezug auf bilaterale Auslieferungsverträge finden, die zwischen den Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens in Kraft sind:

- a) Artikel 4 gilt anstelle von Bestimmungen bilateraler Verträge, welche die Auslieferung ausschließlich für eine Liste von bestimmten Straftaten gestatten.
- b) Artikel 5 gilt anstelle von Bestimmungen bilateraler Verträge über die Übermittlung, Bestätigung, Beglaubigung oder Legalisierung eines Auslieferungsersuchens der vom ersuchenden Staat dazu übermittelten Unterlagen.
- c) Artikel 6 gilt in Ermangelung von Bestimmungen bilateraler Verträge über die unmittelbare Übermittlung von Ersuchen um vorläufige Verhaftung zwischen dem Justizministerium der Vereinigten Staaten und dem Justizministerium des betreffenden Mitgliedstaats.
- d) Artikel 7 gilt in Ergänzung zu Bestimmungen bilateraler Verträge über die Übermittlung von Auslieferungsersuchen.
- e) Artikel 8 gilt in Ermangelung von Bestimmungen bilateraler Verträge über die Vorlage ergänzender Angaben; ist in den Bestimmungen bilateraler Verträge der anzuwendende

having due regard for rights of individuals and the rule of law,

mindful of the guarantees under their respective legal systems which provide for the right to a fair trial to an extradited person, including the right to adjudication by an impartial tribunal established pursuant to law,

desiring to conclude an Agreement relating to the extradition of offenders,

have agreed as follows:

Article 1

Object and Purpose

The Contracting Parties undertake, in accordance with the provisions of this Agreement, to provide for enhancements to cooperation in the context of applicable extradition relations between the Member States and the United States of America governing extradition of offenders.

Article 2

Definitions

1. ‘Contracting Parties’ shall mean the European Union and the United States of America.
2. ‘Member State’ shall mean a Member State of the European Union.
3. ‘Ministry of Justice’ shall, for the United States of America, mean the United States Department of Justice; and for a Member State, its Ministry of Justice, except that with respect to a Member State in which functions described in Articles 3, 5, 6, 8 or 12 are carried out by its Prosecutor General, that body may be designated to carry out such function in lieu of the Ministry of Justice in accordance with Article 19, unless the United States and the Member State concerned agree to designate another body.

Article 3

Scope of application of this Agreement in relation to bilateral extradition treaties with Member States

1. The European Union, pursuant to the Treaty on European Union, and the United States of America shall ensure that the provisions of this Agreement are applied in relation to bilateral extradition treaties between the Member States and the United States of America, in force at the time of the entry into force of this Agreement, under the following terms:
 - (a) Article 4 shall be applied in place of bilateral treaty provisions that authorise extradition exclusively with respect to a list of specified criminal offences;
 - (b) Article 5 shall be applied in place of bilateral treaty provisions governing transmission, certification, authentication or legalisation of an extradition request and supporting documents transmitted by the requesting State;
 - (c) Article 6 shall be applied in the absence of bilateral treaty provisions authorising direct transmission of provisional arrest requests between the United States Department of Justice and the Ministry of Justice of the Member State concerned;
 - (d) Article 7 shall be applied in addition to bilateral treaty provisions governing transmission of extradition requests;
 - (e) Article 8 shall be applied in the absence of bilateral treaty provisions governing the submission of supplementary information; where bilateral treaty provisions do not specify the

Übermittlungsweg nicht näher bestimmt, so findet auch Absatz 2 jenes Artikels Anwendung.

- f) Artikel 9 gilt in Ermangelung von Bestimmungen bilateraler Verträge über die zeitweilige Überstellung von Personen, gegen die im ersuchten Staat ein Verfahren anhängig ist oder die dort eine Strafe verbüßen.
- g) Artikel 10 gilt, sofern darin nichts anderes bestimmt ist, anstelle oder in Ermangelung von Bestimmungen bilateraler Verträge betreffend die Entscheidung über mehrere Ersuchen um Auslieferung ein und derselben Person.
- h) Artikel 11 gilt in Ermangelung von Bestimmungen bilateraler Verträge über den Verzicht auf Durchführung des förmlichen Auslieferungsverfahrens oder über vereinfachte Auslieferungsverfahren.
- i) Artikel 12 gilt in Ermangelung von Bestimmungen bilateraler Verträge über die Durchlieferung; ist in den Bestimmungen bilateraler Verträge das Verfahren bei einer außerplanmäßigen Landung von Luftfahrzeugen nicht näher bestimmt, so findet auch Absatz 3 jenes Artikels Anwendung.
- j) Artikel 13 kann vom ersuchten Staat anstelle oder in Ermangelung von Bestimmungen bilateraler Verträge über die Todesstrafe zur Anwendung gebracht werden.
- k) Artikel 14 gilt in Ermangelung von Bestimmungen bilateraler Verträge über die Behandlung vertraulicher Angaben im Rahmen eines Ersuchens.

(2)

- a) Die Europäische Union trägt entsprechend dem Vertrag über die Europäische Union dafür Sorge, dass jeder Mitgliedstaat in einer zwischen ihm und den Vereinigten Staaten von Amerika erstellten Urkunde anerkennt, dass sein geltender Auslieferungsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika in der in diesem Artikel dargelegten Weise zur Anwendung gelangt.
- b) Die Europäische Union trägt entsprechend dem Vertrag über die Europäische Union dafür Sorge, dass neue Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union nach Inkrafttreten dieses Abkommens beitreten und bilaterale Auslieferungsverträge mit den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossen haben, die in Buchstabe a) genannten Maßnahmen treffen.
- c) Die Vertragsparteien bemühen sich, den in Buchstabe b) beschriebenen Vorgang vor dem vorgesehenen Beitritt eines neuen Mitgliedstaats oder so rasch wie möglich danach abzuschließen. Die Europäische Union teilt den Vereinigten Staaten von Amerika das Datum des Beitritts neuer Mitgliedstaaten mit.

(3) Ist der in Absatz 2 Buchstabe b) genannte Vorgang am Tag des Beitritts nicht abgeschlossen, so gelten die Bestimmungen dieses Abkommens im Rahmen der Beziehungen zwischen dem betreffenden neuen Mitgliedstaat und den Vereinigten Staaten von Amerika ab dem Datum, an dem sie sich gegenseitig und die Europäische Union davon unterrichtet haben, dass ihre diesbezüglichen internen Verfahren abgeschlossen sind.

Artikel 4

Auslieferungsfähige Straftaten

(1) Ausgeliefert wird wegen Straftaten, die nach dem Recht des ersuchenden und des ersuchten Staates mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens einem Jahr oder einer strengeren Strafe bedroht sind. Ausgeliefert wird auch wegen des Versuchs oder der Verabredung einer auslieferungsfähigen Straftat oder der Beteiligung an einer solchen. Bezieht sich das Ersuchen auf die Vollstreckung einer Strafe, die gegen eine Person wegen einer auslieferungsfähigen Straftat verhängt wurde, so muss die noch zu verbüßende Freiheitsstrafe mindestens vier Monate betragen.

(2) Wird die Auslieferung für eine auslieferungsfähige Straftat bewilligt, so gilt sie auch für jede andere in dem Ersuchen

channel to be used, paragraph 2 of that Article shall also be applied;

- (f) Article 9 shall be applied in the absence of bilateral treaty provisions authorising temporary surrender of persons being proceeded against or serving a sentence in the requested State;
- (g) Article 10 shall be applied, except as otherwise specified therein, in place of, or in the absence of, bilateral treaty provisions pertaining to decision on several requests for extradition of the same person;
- (h) Article 11 shall be applied in the absence of bilateral treaty provisions authorising waiver of extradition or simplified extradition procedures;
- (i) Article 12 shall be applied in the absence of bilateral treaty provisions governing transit; where bilateral treaty provisions do not specify the procedure governing unscheduled landing of aircraft, paragraph 3 of that Article shall also be applied;
- (j) Article 13 may be applied by the requested State in place of, or in the absence of, bilateral treaty provisions governing capital punishment;
- (k) Article 14 shall be applied in the absence of bilateral treaty provisions governing treatment of sensitive information in a request.

2.

- (a) The European Union, pursuant to the Treaty on European Union, shall ensure that each Member State acknowledges, in a written instrument between such Member State and the United States of America, the application, in the manner set forth in this Article, of its bilateral extradition treaty in force with the United States of America.
- (b) The European Union, pursuant to the Treaty on European Union, shall ensure that new Member States acceding to the European Union after the entry into force of this Agreement and having bilateral extradition treaties with the United States of America, take the measures referred to in subparagraph (a).
- (c) The Contracting Parties shall endeavour to complete the process described in subparagraph (b) prior to the scheduled accession of a new Member State, or as soon as possible thereafter. The European Union shall notify the United States of America of the date of accession of new Member States.

3. If the process described in paragraph 2(b) is not completed by the date of accession, the provisions of this Agreement shall apply in the relations between that new Member State and the United States of America as from the date on which they have notified each other and the European Union of the completion of their internal procedures for that purpose.

Article 4

Extraditable offences

1. An offence shall be an extraditable offence if it is punishable under the laws of the requesting and requested States by deprivation of liberty for a maximum period of more than one year or by a more severe penalty. An offence shall also be an extraditable offence if it consists of an attempt or conspiracy to commit, or participation in the commission of, an extraditable offence. Where the request is for enforcement of the sentence of a person convicted of an extraditable offence, the deprivation of liberty remaining to be served must be at least four months.

2. If extradition is granted for an extraditable offence, it shall also be granted for any other offence specified in the request if

genannte Straftat, die mit Freiheitsstrafe von einem Jahr oder weniger bedroht ist, wenn alle anderen Auslieferungsbedingungen erfüllt sind.

(3) Für die Zwecke dieses Artikels gilt eine Straftat unabhängig davon als auslieferungsfähig,

- a) ob sie im Recht des ersuchenden und dem des ersuchten Staates in die gleiche Kategorie von Straftaten eingeordnet oder mit gleichen Begriffen beschrieben wird;
- b) ob es sich um eine Straftat handelt, für die das Bundesrecht der Vereinigten Staaten lediglich zur Begründung der Zuständigkeit eines Bundesgerichts der Vereinigten Staaten Tatbestandsmerkmale wie die Beförderung von Personen und Sachen zwischen den Bundesstaaten oder den Gebrauch der Post oder anderer Mittel zur Durchführung des Handels zwischen den Bundesstaaten oder des Außenhandels erfordert;
- c) ob in Abgaben-, Steuer-, Zoll-, Devisen- und Außenhandelsstrafsachen das Recht des ersuchenden und das des ersuchten Staates dieselbe Art von Abgaben, Steuern, Zöllen oder von Devisenbeschränkungen oder Außenhandelsbeschränkungen hinsichtlich derselben Art von Waren vorsehen.

(4) Wurde die Straftat außerhalb des Hoheitsgebiets des ersuchenden Staates begangen, so wird die Auslieferung unter den übrigen für sie geltenden Bedingungen bewilligt, wenn nach dem Recht des ersuchten Staates eine unter derartigen Umständen außerhalb seines Hoheitsgebiet begangene Tat strafbar ist. Ist eine unter derartigen Umständen außerhalb seines Hoheitsgebiet begangene Tat nach dem Recht des ersuchten Staates nicht strafbar, so liegt es im Ermessen der zuständigen Behörde des ersuchten Staates, die Auslieferung zu bewilligen, sofern alle sonstigen Auslieferungsbedingungen erfüllt sind.

Artikel 5

Übermittlung und Beglaubigung von Unterlagen

(1) Auslieferungsersuchen und die dazugehörigen Unterlagen werden auf dem diplomatischen Weg übermittelt, wozu auch die Übermittlung gemäß Artikel 7 gehört.

(2) Unterlagen, die den Stempel oder das Siegel des Justizministeriums oder des für auswärtige Angelegenheiten zuständigen Ministeriums des ersuchenden Staates tragen, gelten in Auslieferungsverfahren im ersuchten Staat ohne weitere Bestätigung, Beglaubigung oder sonstige Legalisierung.

Artikel 6

Übermittlung von Ersuchen um vorläufige Verhaftung

Ersuchen um vorläufige Verhaftung können, wenn nicht auf diplomatischem Weg, auch unmittelbar zwischen den Justizministerien des ersuchenden und des ersuchten Staates übermittelt werden. Für die Übermittlung eines solchen Ersuchens können auch die Kanäle der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) benutzt werden.

Artikel 7

Übermittlung von Unterlagen im Anschluss an die vorläufige Verhaftung

(1) Wird die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, vom ersuchten Staat in vorläufiger Haft gehalten, so kann der ersuchende Staat seiner Verpflichtung nach Artikel 5 Absatz 1, sein Auslieferungsersuchen und die dazugehörigen Unterlagen auf dem diplomatischen Weg zu übermitteln, dadurch nachkommen, dass er das Ersuchen und die Unterlagen der Botschaft des ersuchten Staates im ersuchenden Staat vorlegt. In diesem Fall gilt der Zeitpunkt des Eingangs des Ersuchens bei der Botschaft als Zeitpunkt des Eingangs beim ersuchten Staat zum

the latter offence is punishable by one year's deprivation of liberty or less, provided that all other requirements for extradition are met.

3. For the purposes of this Article, an offence shall be considered an extraditable offence:

- (a) regardless of whether the laws in the requesting and requested States place the offence within the same category of offences or describe the offence by the same terminology;
- (b) regardless of whether the offence is one for which United States federal law requires the showing of such matters as interstate transportation, or use of the mails or of other facilities affecting interstate or foreign commerce, such matters being merely for the purpose of establishing jurisdiction in a United States federal court; and
- (c) in criminal cases relating to taxes, customs duties, currency control and the import or export of commodities, regardless of whether the laws of the requesting and requested States provide for the same kinds of taxes, customs duties, or controls on currency or on the import or export of the same kinds of commodities.

4. If the offence has been committed outside the territory of the requesting State, extradition shall be granted, subject to the other applicable requirements for extradition, if the laws of the requested State provide for the punishment of an offence committed outside its territory in similar circumstances. If the laws of the requested State do not provide for the punishment of an offence committed outside its territory in similar circumstances, the executive authority of the requested State, at its discretion, may grant extradition provided that all other applicable requirements for extradition are met.

Article 5

Transmission and authentication of documents

1. Requests for extradition and supporting documents shall be transmitted through the diplomatic channel, which shall include transmission as provided for in Article 7.

2. Documents that bear the certificate or seal of the Ministry of Justice, or Ministry or Department responsible for foreign affairs, of the requesting State shall be admissible in extradition proceedings in the requested State without further certification, authentication, or other legalisation.

Article 6

Transmission of requests for provisional arrest

Requests for provisional arrest may be made directly between the Ministries of Justice of the requesting and requested States, as an alternative to the diplomatic channel. The facilities of the International Criminal Police Organisation (Interpol) may also be used to transmit such a request.

Article 7

Transmission of documents following provisional arrest

1. If the person whose extradition is sought is held under provisional arrest by the requested State, the requesting State may satisfy its obligation to transmit its request for extradition and supporting documents through the diplomatic channel pursuant to Article 5(1), by submitting the request and documents to the Embassy of the requested State located in the requesting State. In that case, the date of receipt of such request by the Embassy shall be considered to be the date of receipt by the requested State for purposes of applying the time limit that must be met

Zwecke der Anwendung der Fristen, die nach dem geltenden Auslieferungsvertrag zu beachten sind, damit die betreffende Person in Haft gehalten werden kann.

(2) Kann ein Mitgliedstaat am Tag der Unterzeichnung dieses Abkommens aufgrund der an diesem Tag in seiner innerstaatlichen Rechtsordnung geltenden ständigen Rechtsprechung die in Absatz 1 genannten Maßnahmen nicht treffen, so findet dieser Artikel auf diesen Mitgliedstaat so lange keine Anwendung, bis dieser Mitgliedstaat und die Vereinigten Staaten von Amerika durch diplomatischen Notenwechsel eine andere Vereinbarung treffen.

Artikel 8

Ergänzende Angaben

(1) Der ersuchte Staat kann den ersuchenden Staat bitten, binnen einer von ihm gesetzten angemessenen Frist ergänzende Angaben vorzulegen, wenn seines Erachtens die zur Begründung des Auslieferungsersuchens zur Verfügung gestellten Unterlagen die Anforderungen des geltenden Auslieferungsvertrags nicht hinreichend erfüllen.

(2) Solche ergänzenden Angaben können unmittelbar zwischen den Justizministerien der betreffenden Staaten erbeten und übermittelt werden.

Artikel 9

Vorübergehende Überstellung

(1) Wird ein Auslieferungsersuchen im Falle einer Person bewilligt, gegen die im ersuchten Staat ein Verfahren anhängig ist oder die dort eine Strafe verbüßt, so kann der ersuchte Staat die betreffende Person an den ersuchenden Staat zum Zwecke der Strafverfolgung vorübergehend überstellen.

(2) Die so überstellte Person wird im ersuchenden Staat in Haft gehalten und nach Abschluss des Verfahrens gegen sie unter Bedingungen, die vom ersuchenden und ersuchten Staat einvernehmlich festzulegen sind, an den ersuchten Staat zurücküberstellt. Die Zeit der Haft im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates im Zuge der Strafverfolgung in diesem Staat kann von der im ersuchten Staat noch zu verbüßenden Haftdauer abgezogen werden.

Artikel 10

Auslieferungs- und Überstellungsersuchen von Seiten mehrerer Staaten

(1) Erhält der ersuchte Staat vom ersuchenden Staat und von einem anderen Staat oder anderen Staaten Ersuchen um Auslieferung derselben Person entweder wegen derselben Straftat oder wegen verschiedener Straftaten, so entscheidet die ausführende Behörde des ersuchten Staates, welchem Staat die Person gegebenenfalls überstellt wird.

(2) Erhält ein ersuchter Mitgliedstaat ein Auslieferungsersuchen der Vereinigten Staaten von Amerika und ein Übergabeersuchen nach dem Europäischen Haftbefehl für dieselbe Person entweder wegen derselben Straftat oder wegen verschiedener Straftaten, so entscheidet die zuständige Behörde des ersuchten Mitgliedstaats, welchem Staat die Person gegebenenfalls übergeben wird. Zu diesem Zweck ist die zuständige Behörde die ausführende Behörde des ersuchten Mitgliedstaats, wenn nach dem zwischen den Vereinigten Staaten und dem Mitgliedstaat geltenden bilateralen Auslieferungsvertrag die Entscheidungen über konkurrierende Ersuchen von jener Behörde getroffen werden; ist dies nicht in dem bilateralen Auslieferungsvertrag geregelt, so wird die zuständige Behörde von dem betroffenen Mitgliedstaat nach Artikel 19 benannt.

(3) Bei seiner Entscheidung nach den Absätzen 1 und 2 berücksichtigt der ersuchte Staat alle maßgeblichen Umstände, einschließlich unter anderem solcher, die bereits im geltenden Auslieferungsvertrag genannt sind, und in Ermangelung solcher Angaben der folgenden Umstände:

under the applicable extradition treaty to enable the person's continued detention.

2. Where a Member State on the date of signature of this Agreement, due to the established jurisprudence of its domestic legal system applicable at such date, cannot apply the measures referred to in paragraph 1, this Article shall not apply to it, until such time as that Member State and the United States of America, by exchange of diplomatic note, agree otherwise.

Article 8

Supplemental information

1. The requested State may require the requesting State to furnish additional information within such reasonable length of time as it specifies, if it considers that the information furnished in support of the request for extradition is not sufficient to fulfil the requirements of the applicable extradition treaty.

2. Such supplementary information may be requested and furnished directly between the Ministries of Justice of the States concerned.

Article 9

Temporary surrender

1. If a request for extradition is granted in the case of a person who is being proceeded against or is serving a sentence in the requested State, the requested State may temporarily surrender the person sought to the requesting State for the purpose of prosecution.

2. The person so surrendered shall be kept in custody in the requesting State and shall be returned to the requested State at the conclusion of the proceedings against that person, in accordance with the conditions to be determined by mutual agreement of the requesting and requested States. The time spent in custody in the territory of the requesting State pending prosecution in that State may be deducted from the time remaining to be served in the requested State.

Article 10

Requests for extradition or surrender made by several States

1. If the requested State receives requests from the requesting State and from any other State or States for the extradition of the same person, either for the same offence or for different offences, the executive authority of the requested State shall determine to which State, if any, it will surrender the person.

2. If a requested Member State receives an extradition request from the United States of America and a request for surrender pursuant to the European arrest warrant for the same person, either for the same offence or for different offences, the competent authority of the requested Member State shall determine to which State, if any, it will surrender the person. For this purpose, the competent authority shall be the requested Member State's executive authority if, under the bilateral extradition treaty in force between the United States and the Member State, decisions on competing requests are made by that authority; if not so provided in the bilateral extradition treaty, the competent authority shall be designated by the Member State concerned pursuant to Article 19.

3. In making its decision under paragraphs 1 and 2, the requested State shall consider all of the relevant factors, including, but not limited to, factors already set forth in the applicable extradition treaty, and, where not already so set forth, the following:

- a) vertragliche Grundlage der Ersuchen;
- b) Orte der Begehung der Straftaten;
- c) jeweiliges Interesse der ersuchenden Staaten;
- d) Schwere der Straftaten;
- e) Staatsangehörigkeit des Opfers;
- f) Möglichkeit einer Weiterlieferung zwischen den ersuchenden Staaten;
- g) zeitliche Reihenfolge des Eingangs der Ersuchen der ersuchenden Staaten.

Artikel 11

Vereinfachte Auslieferungsverfahren

Stimmt die auszuliefernde Person ihrer Überstellung an den ersuchenden Staat zu, so kann der ersuchte Staat unter Einhaltung der nach seiner Rechtsordnung geltenden Grundsätze und Verfahren diese Person ohne weitere Verfahren auf schnellstmöglichem Weg überstellen. Die Zustimmung der auszuliefernden Person kann auch den Verzicht auf den Schutz des Grundsatzes der Spezialität umfassen.

Artikel 12

Durchlieferung

(1) Ein Mitgliedstaat kann gestatten, dass eine Person, die von einem Drittstaat an die Vereinigten Staaten von Amerika oder von den Vereinigten Staaten von Amerika an einen Drittstaat überstellt wird, durch sein Hoheitsgebiet befördert wird. Die Vereinigten Staaten von Amerika können genehmigen, dass eine Person, die von einem Drittstaat an einen Mitgliedstaat oder von einem Mitgliedstaat an einen Drittstaat überstellt wird, durch ihr Hoheitsgebiet befördert wird.

(2) Ein Durchlieferungsersuchen wird auf diplomatischem Weg oder unmittelbar zwischen dem Justizministerium der Vereinigten Staaten und dem Justizministerium des betreffenden Mitgliedstaats gestellt. Für die Übermittlung eines solchen Ersuchens können auch die Kanäle von Interpol benutzt werden. Das Ersuchen enthält eine Beschreibung der durchzuliefernden Person und eine kurze Zusammenfassung des Sachverhalts des Falles. Eine durchzuliefernde Person wird während der Dauer der Durchlieferung in Haft gehalten.

(3) Eine Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn der Luftweg benutzt wird und keine Zwischenlandung im Hoheitsgebiet des Durchlieferungsstaates vorgesehen ist. Im Falle einer außerplanmäßigen Landung kann der Staat, in dem diese erfolgt, verlangen, dass ein Durchlieferungsersuchen nach Absatz 2 gestellt wird. Es sind alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die betreffende Person an der Flucht zu hindern, bis die Durchlieferung durchgeführt ist, sofern das Durchlieferungsersuchen binnen 96 Stunden nach der außerplanmäßigen Landung eingeht.

Artikel 13

Todesstrafe

Ist die Straftat, wegen der um Auslieferung ersucht wird, nach den Gesetzen des ersuchenden Staates mit der Todesstrafe bedroht, nach den Gesetzen des ersuchten Staates jedoch nicht, so kann der ersuchte Staat die Auslieferung unter der Bedingung gewähren, dass die Todesstrafe gegen die gesuchte Person nicht verhängt wird, oder – wenn eine derartige Bedingung vom ersuchenden Staat aus Verfahrensgründen nicht erfüllt werden kann – unter der Voraussetzung, dass die Todesstrafe, falls sie verhängt wird, nicht vollstreckt wird. Akzeptiert der ersuchende Staat die Auslieferung unter den in diesem Artikel genannten Bedingungen, so hat er diese Bedingungen zu erfüllen. Akzeptiert der ersuchende Staat die Bedingungen nicht, so darf das Auslieferungsersuchen abgelehnt werden.

- (a) whether the requests were made pursuant to a treaty;
- (b) the places where each of the offences was committed;
- (c) the respective interests of the requesting States;
- (d) the seriousness of the offences;
- (e) the nationality of the victim;
- (f) the possibility of any subsequent extradition between the requesting States; and
- (g) the chronological order in which the requests were received from the requesting States.

Article 11

Simplified extradition procedures

If the person sought consents to be surrendered to the requesting State, the requested State may, in accordance with the principles and procedures provided for under its legal system, surrender the person as expeditiously as possible without further proceedings. The consent of the person sought may include agreement to waiver of protection of the rule of speciality.

Article 12

Transit

1. A Member State may authorise transportation through its territory of a person surrendered to the United States of America by a third State, or by the United States of America to a third State. The United States of America may authorise transportation through its territory of a person surrendered to a Member State by a third State, or by a Member State to a third State.

2. A request for transit shall be made through the diplomatic channel or directly between the United States Department of Justice and the Ministry of Justice of the Member State concerned. The facilities of Interpol may also be used to transmit such a request. The request shall contain a description of the person being transported and a brief statement of the facts of the case. A person in transit shall be detained in custody during the period of transit.

3. Authorisation is not required when air transportation is used and no landing is scheduled on the territory of the transit State. If an unscheduled landing does occur, the State in which the unscheduled landing occurs may require a request for transit pursuant to paragraph 2. All measures necessary to prevent the person from absconding shall be taken until transit is effected, as long as the request for transit is received within 96 hours of the unscheduled landing.

Article 13

Capital punishment

Where the offence for which extradition is sought is punishable by death under the laws in the requesting State and not punishable by death under the laws in the requested State, the requested State may grant extradition on the condition that the death penalty shall not be imposed on the person sought, or if for procedural reasons such condition cannot be complied with by the requesting State, on condition that the death penalty if imposed shall not be carried out. If the requesting State accepts extradition subject to conditions pursuant to this Article, it shall comply with the conditions. If the requesting State does not accept the conditions, the request for extradition may be denied.

Artikel 14**Vertrauliche Angaben im Rahmen eines Ersuchens**

Erwägt der ersuchende Staat zu seinem Auslieferungsersuchen besonders sicherheitsempfindliche Informationen zu übermitteln, so kann er beim ersuchten Staat Auskünfte darüber einholen, inwieweit diese Informationen vom ersuchten Staat geschützt werden können. Kann der ersuchte Staat die Informationen nicht in der vom ersuchenden Staat gewünschten Weise schützen, so entscheidet der ersuchende Staat, ob die Informationen dennoch vorgelegt werden.

Artikel 15**Konsultationen**

Die Vertragsparteien konsultieren sich im geeigneten Maße zum Zwecke einer möglichst effektiven Nutzung dieses Abkommens sowie zum Zwecke einer leichteren Beilegung etwaiger Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung dieses Abkommens.

Artikel 16**Zeitliche Geltung**

(1) Dieses Abkommen gilt für vor oder nach seinem Inkrafttreten begangene Straftaten.

(2) Dieses Abkommen gilt für nach seinem Inkrafttreten gestellte Auslieferungsersuchen. Die Artikel 4 und 9 gelten allerdings auch für Ersuchen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens in einem ersuchten Staat anhängig sind.

Artikel 17**Nichtabweichung**

(1) Dieses Abkommen schließt nicht aus, dass der ersuchte Staat Gründe für eine Ablehnung aufgrund eines Umstandes geltend macht, der durch dieses Abkommen nicht geregelt ist, sich jedoch aus einem geltenden bilateralen Auslieferungsvertrag zwischen einem Mitgliedstaat und den Vereinigten Staaten von Amerika ergibt.

(2) In den Fällen, in denen die Verfassungsgrundsätze des ersuchten Staates oder die für diesen verbindlichen endgültigen richterlichen Entscheidungen ein Hindernis für die Erfüllung seiner Auslieferungspflicht darstellen können und dieses Abkommen oder der geltende bilaterale Vertrag keine Regelung dieser Angelegenheit vorsehen, konsultieren sich der ersuchte und der ersuchende Staat.

Artikel 18**Künftige bilaterale Auslieferungsverträge mit Mitgliedstaaten**

Dieses Abkommen schließt nicht aus, dass nach seinem Inkrafttreten bilaterale Abkommen zwischen einem Mitgliedstaat und den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossen werden, die mit diesem Abkommen in Einklang stehen.

Artikel 19**Benennung und Notifizierung**

Die Europäische Union notifiziert den Vereinigten Staaten von Amerika jede nach Artikel 2 Absatz 3 und Artikel 10 Absatz 2 erfolgende Benennung vor Austausch der in Artikel 3 Absatz 2 genannten Urkunden zwischen den Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Artikel 20**Räumliche Geltung**

(1) Dieses Abkommen gilt für:

a) die Vereinigten Staaten von Amerika;

Article 14**Sensitive information in a request**

Where the requesting State contemplates the submission of particularly sensitive information in support of its request for extradition, it may consult the requested State to determine the extent to which the information can be protected by the requested State. If the requested State cannot protect the information in the manner sought by the requesting State, the requesting State shall determine whether the information shall nonetheless be submitted.

Article 15**Consultations**

The Contracting Parties shall, as appropriate, consult to enable the most effective use to be made of this Agreement, including to facilitate the resolution of any dispute regarding the interpretation or application of this Agreement.

Article 16**Temporal application**

1. This Agreement shall apply to offences committed before as well as after it enters into force.

2. This Agreement shall apply to requests for extradition made after its entry into force. Nevertheless, Articles 4 and 9 shall apply to requests pending in a requested State at the time this Agreement enters into force.

Article 17**Non-derogation**

1. This Agreement is without prejudice to the invocation by the requested State of grounds for refusal relating to a matter not governed by this Agreement that is available pursuant to a bilateral extradition treaty in force between a Member State and the United States of America.

2. Where the constitutional principles of, or final judicial decisions binding upon, the requested State may pose an impediment to fulfilment of its obligation to extradite, and resolution of the matter is not provided for in this Agreement or the applicable bilateral treaty, consultations shall take place between the requested and requesting States.

Article 18**Future bilateral extradition treaties with Member States**

This Agreement shall not preclude the conclusion, after its entry into force, of bilateral Agreements between a Member State and the United States of America consistent with this Agreement.

Article 19**Designation and notification**

The European Union shall notify the United States of America of any designation pursuant to Article 2(3) and Article 10(2), prior to the exchange of written instruments described in Article 3(2) between the Member States and the United States of America.

Article 20**Territorial application**

1. This Agreement shall apply:

(a) to the United States of America;

b) die Europäische Union, und zwar für:

- die Mitgliedstaaten;
- Gebiete, deren Außenbeziehungen in den Zuständigkeitsbereich eines Mitgliedstaates fallen, bzw. für Länder, die nicht Mitgliedstaaten sind, für die ein Mitgliedstaat hinsichtlich der Außenbeziehungen andere Verpflichtungen hat, sofern die Vertragsparteien im Wege des Austauschs einer von dem betreffenden Mitgliedstaat ordnungsgemäß bestätigten diplomatischen Note eine Vereinbarung getroffen haben.

(2) Die Anwendung dieses Abkommens auf Gebiete oder Länder, für die eine Ausdehnung der Geltung in Einklang mit Absatz 1 Buchstabe b) vorgesehen wurde, kann von jeder der Vertragsparteien gegenüber der anderen Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege vorbehaltlich einer ordnungsgemäßen Bestätigung zwischen dem betreffenden Mitgliedstaat und den Vereinigten Staaten von Amerika gekündigt werden.

Artikel 21 Überprüfung

Die Vertragsparteien kommen überein, eine gemeinsame Überprüfung dieses Abkommens vorzunehmen, sobald dies erforderlich ist, spätestens jedoch fünf Jahre nach seinem Inkrafttreten. Die Überprüfung bezieht sich insbesondere auf die praktische Durchführung des Abkommens und kann auch Aspekte wie die Auswirkungen einer Weiterentwicklung der Europäischen Union auf den Gegenstand dieses Abkommens, einschließlich des Artikels 10, umfassen.

Artikel 22 Inkrafttreten und Beendigung

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag nach Ablauf des dritten Monats nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Vertragsparteien die Urkunden über den Abschluss ihrer diesbezüglichen internen Verfahren ausgetauscht haben. Aus diesen Urkunden geht auch hervor, dass die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Schritte unternommen wurden.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit durch schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei kündigen, und diese Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt der Mitteilung wirksam.

Unterzeichnet von den nachstehend aufgeführten Bevollmächtigten.

Geschehen zu Washington D. C. am fünfundzwanzigsten Juni zweitausendunddrei in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, finnischer, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, schwedischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Europäische Union
For the European Union
Philippos Petzalnikos

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America

John Ashcroft

(b) in relation to the European Union to:

- Member States,
- territories for whose external relations a Member State has responsibility, or countries that are not Member States for whom a Member State has other duties with respect to external relations, where agreed upon by exchange of diplomatic note between the Contracting Parties, duly confirmed by the relevant Member State.

2. The application of this Agreement to any territory or country in respect of which extension has been made in accordance with subparagraph (b) of paragraph 1 may be terminated by either Contracting Party giving six months' written notice to the other Contracting Party through the diplomatic channel, where duly confirmed between the relevant Member State and the United States of America.

Article 21 Review

The Contracting Parties agree to carry out a common review of this Agreement as necessary, and in any event no later than five years after its entry into force. The review shall address in particular the practical implementation of the Agreement and may also include issues such as the consequences of further development of the European Union relating to the subject matter of this Agreement, including Article 10.

Article 22 Entry into force and termination

1. This Agreement shall enter into force on the first day following the third month after the date on which the Contracting Parties have exchanged instruments indicating that they have completed their internal procedures for this purpose. These instruments shall also indicate that the steps specified in Article 3(2) have been completed.

2. Either Contracting Party may terminate this Agreement at any time by giving written notice to the other Party, and such termination shall be effective six months after the date of such notice.

In witness whereof the undersigned Plenipotentiaries have signed this Agreement.

Done at Washington DC on the twenty-fifth day of June in the year two thousand and three in duplicate in the Danish, Dutch, English, Finnish, French, German, Greek, Italian, Portuguese, Spanish and Swedish languages, each text being equally authentic.

Erläuternde Note
zu dem Abkommen
zwischen der Europäischen Union
und den Vereinigten Staaten von Amerika
über Auslieferung

Explanatory Note
on the Agreement on Extradition
between the European Union
and the United States of America

Diese Erläuternde Note enthält eine von den Vertragsparteien erzielte Vereinbarung darüber, wie bestimmte Vorschriften des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Auslieferung (nachstehend „Abkommen“ genannt) anzuwenden sind.

Zu Artikel 10

Artikel 10 lässt die Verpflichtungen der Staaten, die Partei des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs sind, sowie die Rechte der Vereinigten Staaten von Amerika, die nicht Partei dieses Statuts sind, hinsichtlich des Internationalen Strafgerichtshofs unberührt.

Zu Artikel 18

Nach Artikel 18 schließt das Abkommen nicht aus, dass nach seinem Inkrafttreten bilaterale Auslieferungsabkommen zwischen einem Mitgliedstaat und den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossen werden, die mit dem Abkommen in Einklang stehen.

Sofern eine in dem Abkommen vorgesehene Maßnahme in der Praxis zu Schwierigkeiten für einen oder mehrere Mitgliedstaaten oder die Vereinigten Staaten von Amerika führt, so sollten derartige Schwierigkeiten zunächst nach Möglichkeit im Wege von Konsultationen zwischen dem betreffenden Mitgliedstaat oder den betreffenden Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika oder gegebenenfalls im Wege der in diesem Abkommen vorgesehenen Konsultationsverfahren behoben werden. In Fällen, in denen es nicht möglich ist, derartige in der Praxis auftretende Schwierigkeiten nur durch Konsultationen zu beheben, können in weiteren bilateralen Abkommen zwischen dem Mitgliedstaat oder den Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika praktikable Alternativmechanismen vorgesehen werden, die dann als mit diesem Abkommen im Einklang stehend gelten, wenn sie die Ziele der speziellen Bestimmung, bei der die Schwierigkeit aufgetreten ist, wahren.

This Explanatory Note reflects understandings regarding the application of certain provisions of the Agreement on Extradition between the European Union and the United States of America (hereinafter ‘the Agreement’) agreed between the Contracting Parties.

On Article 10

Article 10 is not intended to affect the obligations of States Parties to the Rome Statute of the International Criminal Court, nor to affect the rights of the United States of America as a non-Party with regard to the International Criminal Court.

On Article 18

Article 18 provides that the Agreement shall not preclude the conclusion, after its entry into force, of bilateral agreements on extradition between a Member State and the United States of America consistent with the Agreement.

Should any measures set forth in the Agreement create an operational difficulty for either one or more Member States or the United States of America, such difficulty should in the first place be resolved, if possible, through consultations between the Member State or Member States concerned and the United States of America, or, if appropriate, through the consultation procedures set out in this Agreement. Where it is not possible to address such operational difficulty through consultations alone, it would be consistent with the Agreement for future bilateral agreements between the Member State or Member States and the United States of America to provide an operationally feasible alternative mechanism that would satisfy the objectives of the specific provision with respect to which the difficulty has arisen.

**Abkommen
zwischen der Europäischen Union
und den Vereinigten Staaten von Amerika
über Rechtshilfe**

**Agreement
on Mutual Legal Assistance
between the European Union
and the United States of America**

Inhalt	Contents
Präambel	Preamble
Artikel 1 Gegenstand und Zweck	Article 1 Object and purpose
Artikel 2 Begriffsbestimmungen	Article 2 Definitions
Artikel 3 Anwendungsbereich dieses Abkommens im Verhältnis zu bilateralen Verträgen mit den Mitgliedstaaten über Rechtshilfe und in Ermangelung solcher Verträge	Article 3 Scope of application of this Agreement in relation to bilateral mutual legal assistance treaties with Member States and in the absence thereof
Artikel 4 Ermittlung von Bankinformationen	Article 4 Identification of bank information
Artikel 5 Gemeinsame Ermittlungsteams	Article 5 Joint investigative teams
Artikel 6 Vernehmung per Video-Konferenz	Article 6 Video conferencing
Artikel 7 Beschleunigte Übermittlung von Ersuchen	Article 7 Expedited transmission of requests
Artikel 8 Rechtshilfe für Verwaltungsbehörden	Article 8 Mutual legal assistance to administrative authorities
Artikel 9 Begrenzte Verwendung zum Schutz personenbezogener und sonstiger Daten	Article 9 Limitations on use to protect personal and other data
Artikel 10 Vertraulichkeitswunsch des ersuchenden Staates	Article 10 Requesting State's request for confidentiality
Artikel 11 Konsultationen	Article 11 Consultations
Artikel 12 Zeitliche Geltung	Article 12 Temporal application
Artikel 13 Nichtabweichung	Article 13 Non-derogation
Artikel 14 Künftige bilaterale Verträge mit Mitgliedstaaten über Rechtshilfe	Article 14 Future bilateral mutual legal assistance treaties with Member States
Artikel 15 Benennungen und Notifizierungen	Article 15 Designations and notifications
Artikel 16 Räumliche Geltung	Article 16 Territorial application
Artikel 17 Überprüfung	Article 17 Review
Artikel 18 Inkrafttreten und Beendigung	Article 18 Entry into force and termination
Erläuternde Note	Explanatory Note

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika –

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika weiter zu erleichtern;

in dem Wunsch, zum Schutz ihrer demokratischen Gesellschaften und ihrer gemeinsamen Werte Verbrechen effizienter zu bekämpfen;

unter gebührender Beachtung der Rechte des Einzelnen und des Grundsatzes der Rechtsstaatlichkeit;

unter Berücksichtigung der in ihren jeweiligen Rechtsordnungen verankerten Garantien, die für Angeklagte das Recht auf ein gerechtes Verfahren einschließlich des Rechts auf ein Urteil durch ein unparteiisches und ordentlich eingesetztes Gericht vorsehen;

in dem Wunsch, ein Abkommen über Rechtshilfe in Strafsachen zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand und Zweck

Die Vertragsparteien verpflichten sich, gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens Maßnahmen zur Verstärkung der Zusammenarbeit und der Rechtshilfe zu treffen.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

1. Der Begriff „Vertragsparteien“ bezeichnet die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika,
2. Der Begriff „Mitgliedstaat“ bezeichnet einen Mitgliedstaat der Europäischen Union.

Artikel 3

Anwendungsbereich dieses Abkommens im Verhältnis zu bilateralen Verträgen mit den Mitgliedstaaten über Rechtshilfe und in Ermangelung solcher Verträge

(1) Die Europäische Union entsprechend dem Vertrag über die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika tragen dafür Sorge, dass dieses Abkommen wie folgt Anwendung in Bezug auf bilaterale Verträge über Rechtshilfe findet, die zwischen den Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens in Kraft sind:

- a) Artikel 4 findet Anwendung, damit zusätzlich zu einer bereits aufgrund der Bestimmungen bilateraler Verträge bestehenden Befugnis die Ermittlung von Bankguthaben und Transaktionen möglich ist.
- b) Artikel 5 findet Anwendung, damit zusätzlich zu einer bereits aufgrund der Bestimmungen bilateraler Verträge bestehenden Befugnis die Bildung und die Tätigkeit von gemeinsamen Ermittlungsteams möglich ist.
- c) Artikel 6 findet Anwendung, damit zusätzlich zu einer bereits aufgrund der Bestimmungen bilateraler Verträge bestehenden Befugnis die Vernehmung einer Person im ersuchten Staat unter Einsatz von Video-Übertragungstechnik zwischen dem ersuchenden und dem ersuchten Staat möglich ist.
- d) Artikel 7 findet Anwendung, damit zusätzlich zu einer bereits aufgrund der Bestimmungen bilateraler Verträge bestehenden Befugnis die Verwendung beschleunigter Kommunikationsmittel möglich ist.

The European Union and the United States of America,

desiring further to facilitate cooperation between the European Union Member States and the United States of America,

desiring to combat crime in a more effective way as a means of protecting their respective democratic societies and common values,

having due regard for rights of individuals and the rule of law,

mindful of the guarantees under their respective legal systems which provide an accused person with the right to a fair trial, including the right to adjudication by an impartial tribunal established pursuant to law,

desiring to conclude an Agreement relating to mutual legal assistance in criminal matters,

have agreed as follows:

Article 1

Object and purpose

The Contracting Parties undertake, in accordance with the provisions of this Agreement, to provide for enhancements to cooperation and mutual legal assistance.

Article 2

Definitions

1. ‘Contracting Parties’ shall mean the European Union and the United States of America.
2. ‘Member State’ shall mean a Member State of the European Union.

Article 3

Scope of application of this Agreement in relation to bilateral mutual legal assistance treaties with Member States and in the absence thereof

1. The European Union, pursuant to the Treaty on European Union, and the United States of America shall ensure that the provisions of this Agreement are applied in relation to bilateral mutual legal assistance treaties between the Member States and the United States of America, in force at the time of the entry into force of this Agreement, under the following terms:

- (a) Article 4 shall be applied to provide for identification of financial accounts and transactions in addition to any authority already provided under bilateral treaty provisions;
- (b) Article 5 shall be applied to authorise the formation and activities of joint investigative teams in addition to any authority already provided under bilateral treaty provisions;
- (c) Article 6 shall be applied to authorise the taking of testimony of a person located in the requested State by use of video transmission technology between the requesting and requested States in addition to any authority already provided under bilateral treaty provisions;
- (d) Article 7 shall be applied to provide for the use of expedited means of communication in addition to any authority already provided under bilateral treaty provisions;

- e) Artikel 8 findet Anwendung, damit zusätzlich zu einer bereits aufgrund der Bestimmungen bilateraler Verträge bestehenden Befugnis Rechtshilfe für die betreffenden Verwaltungsbehörden möglich ist.
- f) Vorbehaltlich von Artikel 9 Absätze 4 und 5 findet Artikel 9 Anwendung anstelle oder in Ermangelung von Bestimmungen bilateraler Verträge über Begrenzungen für die Verwendung von dem ersuchenden Staat zugänglich gemachten Informationen oder Beweismitteln und über Auflagen bei Rechtshilfe oder deren Verweigerung aus Gründen des Datenschutzes.
- g) Artikel 10 findet Anwendung in Ermangelung von Bestimmungen bilateraler Verträge betreffend die Umstände, unter denen ein ersuchender Staat verlangen kann, dass sein Ersuchen vertraulich behandelt wird.
- (2)
- a) Die Europäische Union trägt entsprechend dem Vertrag über die Europäische Union dafür Sorge, dass jeder Mitgliedstaat in einer zwischen ihm und den Vereinigten Staaten von Amerika erstellten Urkunde anerkennt, dass sein geltender bilateraler Vertrag über Rechtshilfe mit den Vereinigten Staaten von Amerika in der in diesem Artikel dargelegten Weise zur Anwendung gelangt.
- b) Die Europäische Union trägt entsprechend dem Vertrag über die Europäische Union dafür Sorge, dass neue Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens beitreten und bilaterale Verträge über Rechtshilfe mit den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossen haben, die unter Buchstabe a) genannten Maßnahmen treffen.
- c) Die Vertragsparteien bemühen sich, den unter Buchstabe b) beschriebenen Vorgang vor dem geplanten Termin des Beitritts eines neuen Mitgliedstaats oder so rasch wie möglich danach abzuschließen. Die Europäische Union teilt den Vereinigten Staaten von Amerika das Datum des Beitritts neuer Mitgliedstaaten mit.
- (3)
- a) Die Europäische Union entsprechend dem Vertrag über die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika tragen auch dafür Sorge, dass die Bestimmungen dieses Abkommens zur Anwendung gelangen, wenn zwischen einem Mitgliedstaat und den Vereinigten Staaten von Amerika kein bilateraler Vertrag über Rechtshilfe in Kraft ist.
- b) Die Europäische Union trägt entsprechend dem Vertrag über die Europäische Union dafür Sorge, dass jeder Mitgliedstaat in einer zwischen ihm und den Vereinigten Staaten von Amerika erstellten Urkunde anerkennt, dass die Bestimmungen dieses Abkommens zur Anwendung gelangen.
- c) Die Europäische Union trägt entsprechend dem Vertrag über die Europäische Union dafür Sorge, dass neue Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens beitreten und keine bilateralen Verträge über Rechtshilfe mit den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossen haben, die unter Buchstabe b) genannten Maßnahmen treffen.
- (4) Ist der in Absatz 2 Buchstabe b) und Absatz 3 Buchstabe c) genannte Vorgang am Tag des Beitritts nicht abgeschlossen, so gelten die Bestimmungen dieses Abkommens im Rahmen der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem betreffenden neuen Mitgliedstaat ab dem Datum, an dem sie sich gegenseitig und die Europäische Union davon unterrichtet haben, dass ihre diesbezüglichen internen Verfahren abgeschlossen sind.
- (5) Die Vertragsparteien kommen überein, dass dieses Abkommen nur die Rechtshilfe zwischen den betreffenden Staaten regelt. Die Bestimmungen dieses Abkommens begründen keine Rechte einer Privatperson, Beweismittel zu erlangen, zu beseitigen oder auszuschließen oder die Vollstreckung eines Ersuchen
- e) Article 8 shall be applied to authorise the providing of mutual legal assistance to the administrative authorities concerned, in addition to any authority already provided under bilateral treaty provisions;
- f) subject to Article 9(4) and (5), Article 9 shall be applied in place of, or in the absence of bilateral treaty provisions governing limitations on use of information or evidence provided to the requesting State, and governing the conditioning or refusal of assistance on data protection grounds;
- g) Article 10 shall be applied in the absence of bilateral treaty provisions pertaining to the circumstances under which a requesting State may seek the confidentiality of its request.
- 2.
- a) The European Union, pursuant to the Treaty on European Union, shall ensure that each Member State acknowledges, in a written instrument between such Member State and the United States of America, the application, in the manner set forth in this Article, of its bilateral mutual legal assistance treaty in force with the United States of America.
- b) The European Union, pursuant to the Treaty on European Union, shall ensure that new Member States acceding to the European Union after the entry into force of this Agreement, and having bilateral mutual legal assistance treaties with the United States of America, take the measures referred to in subparagraph (a).
- c) The Contracting Parties shall endeavour to complete the process described in subparagraph (b) prior to the scheduled accession of a new Member State, or as soon as possible thereafter. The European Union shall notify the United States of America of the date of accession of new Member States.
- 3.
- a) The European Union, pursuant to the Treaty on European Union, and the United States of America shall also ensure that the provisions of this Agreement are applied in the absence of a bilateral mutual legal assistance treaty in force between a Member State and the United States of America.
- b) The European Union, pursuant to the Treaty on European Union, shall ensure that such Member State acknowledges, in a written instrument between such Member State and the United States of America, the application of the provisions of this Agreement.
- c) The European Union, pursuant to the Treaty on European Union, shall ensure that new Member States acceding to the European Union after the entry into force of this Agreement, which do not have bilateral mutual legal assistance treaties with the United States of America, take the measures referred to in subparagraph (b).
4. If the process described in paragraph 2(b) and 3(c) is not completed by the date of accession, the provisions of this Agreement shall apply in the relations between the United States of America and that new Member State as from the date on which they have notified each other and the European Union of the completion of their internal procedures for that purpose.
5. The Contracting Parties agree that this Agreement is intended solely for mutual legal assistance between the States concerned. The provisions of this Agreement shall not give rise to a right on the part of any private person to obtain, suppress, or exclude any evidence, or to impede the execution of a re-

chens zu verhindern, und bewirken keine Ausweitung oder Einschränkung sonstigen innerstaatlichen Rechts.

quest, nor expand or limit rights otherwise available under domestic law.

Artikel 4

Ermittlung von Bankinformationen

(1)

- a) Auf Ersuchen des ersuchenden Staates prüft der ersuchte Staat nach den Bestimmungen dieses Artikels unverzüglich nach, ob die in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Banken Aufschluss darüber geben können, ob eine bestimmte natürliche oder juristische Person, die einer Straftat verdächtigt wird oder wegen einer solchen angeklagt ist, Inhaber eines oder mehrerer Bankkonten ist. Der ersuchte Staat teilt die Ergebnisse seiner Nachforschungen unverzüglich dem ersuchenden Staat mit.
- b) Die unter Buchstabe a) genannten Schritte können auch erfolgen, um Aufschluss zu erhalten über:
 - i) Informationen betreffend verurteilte oder in sonstiger Weise in Straftaten verwickelte natürliche oder juristische Personen;
 - ii) Informationen im Besitz von nicht dem Bankenwesen angehörenden Finanzeinrichtungen und
 - iii) nicht mit Bankkonten verbundene finanzielle Transaktionen.

(2) Ein Ersuchen um Informationen nach Absatz 1 umfasst

- a) die Identität der natürlichen oder juristischen Person mit Bedeutung für die Ortung solcher Konten sowie
- b) ausreichende Angaben, um es der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zu ermöglichen:
 - i) begründeterweise anzunehmen, dass die betreffende natürliche oder juristische Person an einer Straftat beteiligt war und dass Banken oder nicht dem Bankenwesen angehörende Finanzeinrichtungen im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates im Besitz der angeforderten Informationen sind,
 - ii) festzustellen, dass sich die erbetene Information auf kriminalpolizeiliche Ermittlungen oder auf Strafverfahren bezieht;
- c) so weit wie möglich Angaben darüber, welche Bank oder nicht dem Bankenwesen angehörige Finanzeinrichtung betroffen sein kann, und andere Angaben, deren Verfügbarkeit helfen kann, den Umfang der Ermittlungen zu begrenzen.

(3) Rechtshilfeersuchen nach diesem Artikel erfolgen zwischen:

- a) den nach Artikel 15 Absatz 2 benannten zentralen Behörden in den Mitgliedstaaten mit Zuständigkeit für Rechtshilfe oder den nationalen Behörden der Mitgliedstaaten mit Zuständigkeit für die Ermittlung und Verfolgung von Straftaten und
- b) den nach Artikel 15 Absatz 2 benannten nationalen Behörden der Vereinigten Staaten mit Zuständigkeit für die Ermittlung und Verfolgung von Straftaten.

Die Vertragsparteien können nach Inkrafttreten dieses Abkommens durch diplomatischen Notenwechsel eine Änderung der Kommunikationswege vereinbaren, über die Ersuchen nach diesem Artikel erfolgen.

(4)

- a) Vorbehaltlich des Buchstabens b) kann ein Staat nach Artikel 15 seine Verpflichtung zur Leistung von Rechtshilfe nach diesem Artikel begrenzen auf
 - i) Taten, die nach dem Recht des ersuchten wie auch des ersuchenden Staates strafbar sind,
 - ii) Taten, die mit einer Strafe bedroht sind, zu der Freiheitsentzug oder Haft im Höchstmaß von mindestens vier

Article 4

Identification of bank information

1.

- (a) Upon request of the requesting State, the requested State shall, in accordance with the terms of this Article, promptly ascertain if the banks located in its territory possess information on whether an identified natural or legal person suspected of or charged with a criminal offence is the holder of a bank account or accounts. The requested State shall promptly communicate the results of its enquiries to the requesting State.
- (b) The actions described in subparagraph (a) may also be taken for the purpose of identifying:
 - (i) information regarding natural or legal persons convicted of or otherwise involved in a criminal offence;
 - (ii) information in the possession of non-bank financial institutions; or
 - (iii) financial transactions unrelated to accounts.

2. A request for information described in paragraph 1 shall include:

- (a) the identity of the natural or legal person relevant to locating such accounts or transactions; and
- (b) sufficient information to enable the competent authority of the requested State to:
 - (i) reasonably suspect that the natural or legal person concerned has engaged in a criminal offence and that banks or non-bank financial institutions in the territory of the requested State may have the information requested; and
 - (ii) conclude that the information sought relates to the criminal investigation or proceeding;

(c) to the extent possible, information concerning which bank or non-bank financial institution may be involved, and other information the availability of which may aid in reducing the breadth of the enquiry.

3. Requests for assistance under this Article shall be transmitted between:

- (a) central authorities responsible for mutual legal assistance in Member States, or national authorities of Member States responsible for investigation or prosecution of criminal offences as designated pursuant to Article 15(2); and
- (b) national authorities of the United States responsible for investigation or prosecution of criminal offences, as designated pursuant to Article 15(2).

The Contracting Parties may, following the entry into force of this Agreement, agree by Exchange of Diplomatic Note to modify the channels through which requests under this Article are made.

4.

- (a) Subject to subparagraph (b), a State may, pursuant to Article 15, limit its obligation to provide assistance under this Article to:
 - (i) offences punishable under the laws of both the requested and requesting States;
 - (ii) offences punishable by a penalty involving deprivation of liberty or a detention order of a maximum period of at

Jahren im ersuchenden Staat und von mindestens zwei Jahren im ersuchten Staat gehört, oder

- iii) bestimmte schwere Straftaten, die nach dem Recht des ersuchten wie auch des ersuchenden Staates strafbar sind.

b) Ein Staat, der seine Verpflichtung nach Buchstabe a) Ziffern ii) und iii) begrenzt, gestattet zumindest die Ermittlung von Bankkonten mit Bezug zu terroristischen Aktivitäten und zum Waschen von Erlösen aus einem breiten Spektrum von schweren Straftaten nach dem Recht sowohl des ersuchenden als auch des ersuchten Staates.

(5) Die Rechtshilfe darf im Rahmen dieses Artikels nicht aus Gründen des Bankgeheimnisses verweigert werden.

(6) Der ersuchte Staat beantwortet Ersuchen um Vorlage von Aufzeichnungen über die nach diesem Artikel ermittelten Bankguthaben oder Transaktionen entsprechend den Bestimmungen des zwischen den betreffenden Staaten geltenden Vertrags über Rechtshilfe oder in Ermangelung eines solchen Vertrags entsprechend den Anforderungen seines internen Rechts.

(7) Die Vertragsparteien ergreifen Maßnahmen, damit sich für die ersuchten Staaten aufgrund der Anwendung dieses Artikels keine außergewöhnliche Belastung ergibt. Ergibt sich für einen ersuchten Staat – einschließlich für Banken oder durch die Bereitstellung der in diesem Artikel vorgesehenen Kommunikationswege – dennoch eine außergewöhnliche Belastung, so nehmen die Vertragsparteien unverzüglich Konsultationen auf, um die Anwendung dieses Artikels auch durch Maßnahmen zur Reduzierung der bestehenden und der künftigen Belastung zu erleichtern.

Artikel 5

Gemeinsame Ermittlungsteams

(1) Soweit die Vertragsparteien dies noch nicht getan haben, ergreifen sie die erforderlichen Maßnahmen, damit gemeinsame Ermittlungsteams gebildet und im Hoheitsgebiet jedes Mitgliedstaats und der Vereinigten Staaten von Amerika eingesetzt werden können, so dass kriminalpolizeiliche Ermittlungen und eine Strafverfolgung, an der einer oder mehrere der Mitgliedstaaten und die Vereinigten Staaten von Amerika beteiligt sind, erleichtert werden, wenn der betreffende Mitgliedstaat und die Vereinigten Staaten von Amerika dies für zweckmäßig erachten.

(2) Die für das jeweilige Team maßgeblichen Modalitäten wie Zusammensetzung, Bestandsdauer, Standort, Organisation, Funktionen, Zweck und Umfang der Beteiligung von Teammitgliedern aus einem Staat an Ermittlungen im Gebiet eines anderen Staates werden im Einvernehmen zwischen den betreffenden für die Ermittlung und Verfolgung von Straftaten und von den jeweiligen Staaten bestimmten zuständigen Behörden festgelegt.

(3) Die betreffenden von den jeweiligen Staaten bestimmten zuständigen Behörden treten zum Zwecke der Bildung und des Einsatzes solcher Ermittlungsteams in unmittelbarem Kontakt, außer wenn sich die Staaten diesbezüglich auf andere geeignete Kommunikationsmittel einigen, weil außergewöhnliche Komplexität, große Tragweite oder andere Umstände in Bezug auf einige oder auf alle Aspekte eine zentralere Koordinierung erforderlich erscheinen lassen.

(4) Verlangt die Arbeit eines gemeinsamen Ermittlungsteams Ermittlungsmaßnahmen in einem der Staaten, von denen es gebildet wurde, so kann ein von diesem Staat in das Team entsandtes Mitglied die zuständigen Behörden seines Staates ersuchen, diese Maßnahmen zu ergreifen, ohne dass die übrigen Staaten ein Rechtshilfeersuchen einreichen müssen. Die erforderliche Rechtsnorm für die Ergreifung der Maßnahme in diesem Staat ist die für innerstaatliche Ermittlungen erforderliche Rechtsnorm.

least four years in the requesting State and at least two years in the requested State; or

- (iii) designated serious offences punishable under the laws of both the requested and requesting States.

(b) A State which limits its obligation pursuant to subparagraph (a)(ii) or (iii) shall, at a minimum, enable identification of accounts associated with terrorist activity and the laundering of proceeds generated from a comprehensive range of serious criminal activities, punishable under the laws of both the requesting and requested States.

5. Assistance may not be refused under this Article on grounds of bank secrecy.

6. The requested State shall respond to a request for production of the records concerning the accounts or transactions identified pursuant to this Article, in accordance with the provisions of the applicable mutual legal assistance treaty in force between the States concerned, or in the absence thereof, in accordance with the requirements of its domestic law.

7. The Contracting Parties shall take measures to avoid the imposition of extraordinary burdens on requested States through application of this Article. Where extraordinary burdens on a requested State nonetheless result, including on banks or by operation of the channels of communications foreseen in this Article, the Contracting Parties shall immediately consult with a view to facilitating the application of this Article, including the taking of such measures as may be required to reduce pending and future burdens.

Article 5

Joint investigative teams

1. The Contracting Parties shall, to the extent they have not already done so, take such measures as may be necessary to enable joint investigative teams to be established and operated in the respective territories of each Member State and the United States of America for the purpose of facilitating criminal investigations or prosecutions involving one or more Member States and the United States of America where deemed appropriate by the Member State concerned and the United States of America.

2. The procedures under which the team is to operate, such as its composition, duration, location, organisation, functions, purpose, and terms of participation of team members of a State in investigative activities taking place in another State's territory shall be as agreed between the competent authorities responsible for the investigation or prosecution of criminal offences, as determined by the respective States concerned.

3. The competent authorities determined by the respective States concerned shall communicate directly for the purposes of the establishment and operation of such team except that where the exceptional complexity, broad scope, or other circumstances involved are deemed to require more central coordination as to some or all aspects, the States may agree upon other appropriate channels of communications to that end.

4. Where the joint investigative team needs investigative measures to be taken in one of the States setting up the team, a member of the team of that State may request its own competent authorities to take those measures without the other States having to submit a request for mutual legal assistance. The required legal standard for obtaining the measure in that State shall be the standard applicable to its domestic investigative activities.

Artikel 6**Vernehmung per Video-Konferenz**

(1) Die Vertragsparteien treffen die erforderlichen Vorkehrungen, damit zwischen jedem Mitgliedstaat und den Vereinigten Staaten von Amerika für die Vernehmung eines Zeugen oder eines Sachverständigen in einem Strafverfahren, in dem Rechtshilfe gewährt wird, in einem ersuchten Staat der Einsatz der Video-Übertragungstechnik möglich ist, sofern diese Möglichkeit derzeit noch nicht besteht. Soweit dieser Artikel keine spezifischen Bestimmungen enthält, entsprechen die Modalitäten denen gemäß dem geltenden Vertrag über Rechtshilfe zwischen den betreffenden Staaten oder gegebenenfalls gemäß dem Recht des ersuchten Staates.

(2) Sofern zwischen dem ersuchenden und dem ersuchten Staat nichts anderes vereinbart wird, trägt der ersuchende Staat die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb der Video-Übertragung. Sonstige Kosten im Zusammenhang mit der Leistung dieser Hilfe (unter anderem Reisekosten der beteiligten Personen im ersuchten Staat) werden entsprechend den anwendbaren Bestimmungen des geltenden Vertrags über Rechtshilfe zwischen den betreffenden Staaten oder in Ermangelung eines solchen Vertrags entsprechend der zwischen dem ersuchenden und dem ersuchten Staat getroffenen Absprache getragen.

(3) Der ersuchende und der ersuchte Staat können Konsultationen aufnehmen, um die Lösung rechtlicher, technischer und logistischer Fragen, die bei der Ausführung des Ersuchens auftreten können, zu erleichtern.

(4) Unbeschadet der Rechtsprechung des ersuchenden Staates ist die Abgabe einer absichtlich falschen Erklärung oder eine andere Verfehlung eines Zeugen oder Sachverständigen während der Video-Konferenz im ersuchten Staat in derselben Weise strafbar, wie dies in einem innerstaatlichen Verfahren der Fall wäre.

(5) Dieser Artikel gilt unbeschadet des Einsatzes sonstiger Mittel zur Vernehmung im ersuchten Staat gemäß dem anwendbaren Vertrags- oder Gesetzesrecht.

(6) Dieser Artikel gilt unbeschadet der Anwendung der Bestimmungen der bilateralen Abkommen über Rechtshilfe zwischen den Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika, die den Einsatz der Video-Übertragungstechnik für andere als die in Absatz 1 genannten Zwecke vorschreiben oder gestatten, wie beispielsweise für Zwecke der Identifizierung von Personen oder Gegenständen oder der Festhaltung von Ermittlungsfeststellungen. Ein Staat kann den Einsatz der Video-Übertragungstechnik in solchen Fällen auch genehmigen, wenn dies nicht bereits im anwendbaren Vertrags- oder Gesetzesrecht vorgesehen ist.

Artikel 7**Beschleunigte Übermittlung von Ersuchen**

Ersuchen um Rechtshilfe und diesbezügliche Mitteilungen können mithilfe beschleunigter Kommunikationsmittel wie Fax oder elektronische Post erfolgen, mit nachfolgender formeller Bestätigung, wenn dies vom ersuchten Staat verlangt wird. Der ersuchte Staat beantwortet das Ersuchen mit einem dieser beschleunigten Kommunikationsmittel.

Artikel 8**Rechtshilfe für Verwaltungsbehörden**

(1) Rechtshilfe wird auch einer nationalen Verwaltungsbehörde gewährt, die Ermittlungen zu Handlungen mit Blick auf deren strafrechtliche Verfolgung oder Verweisung an die Ermittlungs- oder Strafverfolgungsbehörden führt und diese Ermittlungen aufgrund ihrer spezifischen verwaltungsrechtlichen oder gesetzlichen Befugnis führt. Unter solchen Umständen kann Rechtshilfe auch anderen Verwaltungsbehörden gewährt werden. Für Angelegenheiten, in denen die Verwaltungsbehörde davon aus-

Article 6**Video conferencing**

1. The Contracting Parties shall take such measures as may be necessary to enable the use of video transmission technology between each Member State and the United States of America for taking testimony in a proceeding for which mutual legal assistance is available of a witness or expert located in a requested State, to the extent such assistance is not currently available. To the extent not specifically set forth in this Article, the modalities governing such procedure shall be as provided under the applicable mutual legal assistance treaty in force between the States concerned, or the law of the requested State, as applicable.

2. Unless otherwise agreed by the requesting and requested States, the requesting State shall bear the costs associated with establishing and servicing the video transmission. Other costs arising in the course of providing assistance (including costs associated with travel of participants in the requested State) shall be borne in accordance with the applicable provisions of the mutual legal assistance treaty in force between the States concerned, or where there is no such treaty, as agreed upon by the requesting and requested States.

3. The requesting and requested States may consult in order to facilitate resolution of legal, technical or logistical issues that may arise in the execution of the request.

4. Without prejudice to any jurisdiction under the law of the requesting State, making an intentionally false statement or other misconduct of the witness or expert during the course of the video conference shall be punishable in the requested State in the same manner as if it had been committed in the course of its domestic proceedings.

5. This Article is without prejudice to the use of other means for obtaining of testimony in the requested State available under applicable treaty or law.

6. This Article is without prejudice to application of provisions of bilateral mutual legal assistance agreements between Member States and the United States of America that require or permit the use of video conferencing technology for purposes other than those described in paragraph 1, including for purposes of identification of persons or objects, or taking of investigative statements. Where not already provided for under applicable treaty or law, a State may permit the use of video conferencing technology in such instances.

Article 7**Expedited transmission of requests**

Requests for mutual legal assistance, and communications related thereto, may be made by expedited means of communications, including fax or e-mail, with formal confirmation to follow where required by the requested State. The requested State may respond to the request by any such expedited means of communication.

Article 8**Mutual legal assistance to administrative authorities**

1. Mutual legal assistance shall also be afforded to a national administrative authority, investigating conduct with a view to a criminal prosecution of the conduct, or referral of the conduct to criminal investigation or prosecution authorities, pursuant to its specific administrative or regulatory authority to undertake such investigation. Mutual legal assistance may also be afforded to other administrative authorities under such circumstances. Assistance shall not be available for matters in which the admin-

geht, dass es nicht zu einer Verfolgung bzw. Verweisung kommt, wird keine Rechtshilfe gewährt.

(2)

- a) Ersuchen um Rechtshilfe nach diesem Artikel erfolgen zwischen den zentralen Behörden, die nach dem zwischen den betreffenden Staaten geltenden bilateralen Vertrag über Rechtshilfe benannt sind, oder zwischen anderen Stellen entsprechend einer Vereinbarung der zentralen Behörden.
- b) Besteht kein Vertrag, so erfolgen die Ersuchen zwischen dem Justizministerium der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Justizministerium des betreffenden Mitgliedstaats oder einem nach Artikel 15 Absatz 1 vergleichbaren Ministerium mit Zuständigkeit für die Übermittlung von Rechtshilfeersuchen oder zwischen anderen, von diesen Ministerien beider Seiten benannten Behörden.

(3) Die Vertragsparteien ergreifen Maßnahmen, damit sich für die ersuchten Staaten aufgrund der Anwendung dieses Artikels keine außergewöhnliche Belastung ergibt. Ergibt sich für einen ersuchten Staat dennoch eine außergewöhnliche Belastung, so nehmen die Vertragsparteien unverzüglich Konsultationen auf, um die Anwendung dieses Artikels auch durch Maßnahmen zur Reduzierung der bestehenden und der künftigen Belastung zu erleichtern.

Artikel 9

Begrenzte Verwendung zum Schutz personenbezogener und sonstiger Daten

(1) Der ersuchende Staat kann alle vom ersuchten Staat erlangten Beweismittel oder Informationen verwenden

- a) für Zwecke seiner kriminalpolizeilichen Ermittlungen und Strafverfahren,
- b) zur Abwendung einer unmittelbaren und ernsthaften Bedrohung seiner öffentlichen Sicherheit,
- c) in seinen nicht strafrechtlichen justiziellen und administrativen Verfahren, die in unmittelbarem Zusammenhang stehen mit Ermittlungen und Verfahren,
 - i) die unter Buchstabe a) genannt sind oder
 - ii) für die Rechtshilfe gemäß Artikel 8 gewährt wurde,
- d) für jeden anderen Zweck, wenn die Informationen oder Beweismittel im Rahmen der Verfahren, für die sie übermittelt wurden, oder in einem der unter den Buchstaben a), b) und c) genannten Fälle öffentlich bekannt wurden, und
- e) für jeden anderen Zweck ausschließlich mit vorheriger Zustimmung des ersuchten Staates.

(2)

- a) Dieser Artikel schließt nicht aus, dass der ersuchte Staat in einem besonderen Fall zusätzliche Bedingungen aufstellen kann, wenn das spezifische Rechtshilfeersuchen ohne solche Bedingungen nicht erledigt werden könnte. Wurden zusätzliche Bedingungen nach Maßgabe dieses Buchstabens aufgestellt, so kann der ersuchte Staat vom ersuchenden Staat Auskünfte über die Verwendung der Beweismittel und der Informationen verlangen.
- b) Der ersuchte Staat darf als eine Bedingung im Sinne von Buchstabe a) für die Bereitstellung von Beweismitteln und Informationen keine allgemeinen Einschränkungen mit Blick auf die Rechtsnormen des ersuchenden Staates für den Umgang mit personenbezogenen Daten auferlegen.

(3) Stellt der ersuchte Staat nach der Weitergabe an den ersuchenden Staat Umstände fest, die ihn veranlassen können, in einem bestimmten Fall eine zusätzliche Bedingung zu stellen, so kann der ersuchte Staat sich mit dem ersuchenden Staat ins Benehmen setzen, um festzulegen, inwieweit die Beweismittel und die Informationen geschützt werden können.

istrative authority anticipates that no prosecution or referral, as applicable, will take place.

2.

- (a) Requests for assistance under this Article shall be transmitted between the central authorities designated pursuant to the bilateral mutual legal assistance treaty in force between the States concerned, or between such other authorities as may be agreed by the central authorities.
- (b) In the absence of a treaty, requests shall be transmitted between the United States Department of Justice and the Ministry of Justice or, pursuant to Article 15(1), comparable Ministry of the Member State concerned responsible for transmission of mutual legal assistance requests, or between such other authorities as may be agreed by the Department of Justice and such Ministry.

3. The Contracting Parties shall take measures to avoid the imposition of extraordinary burdens on requested States through application of this Article. Where extraordinary burdens on a requested State nonetheless result, the Contracting Parties shall immediately consult with a view to facilitating the application of this Article, including the taking of such measures as may be required to reduce pending and future burdens.

Article 9

Limitations on use to protect personal and other data

1. The requesting State may use any evidence or information obtained from the requested State:

- (a) for the purpose of its criminal investigations and proceedings;
- (b) for preventing an immediate and serious threat to its public security;
- (c) in its non-criminal judicial or administrative proceedings directly related to investigations or proceedings:
 - (i) set forth in subparagraph (a); or
 - (ii) for which mutual legal assistance was rendered under Article 8;
- (d) for any other purpose, if the information or evidence has been made public within the framework of proceedings for which they were transmitted, or in any of the situations described in subparagraphs (a), (b) and (c); and
- (e) for any other purpose, only with the prior consent of the requested State.

2.

- (a) This Article shall not prejudice the ability of the requested State to impose additional conditions in a particular case where the particular request for assistance could not be complied with in the absence of such conditions. Where additional conditions have been imposed in accordance with this subparagraph, the requested State may require the requesting State to give information on the use made of the evidence or information.
- (b) Generic restrictions with respect to the legal standards of the requesting State for processing personal data may not be imposed by the requested State as a condition under subparagraph (a) to providing evidence or information.

3. Where, following disclosure to the requesting State, the requested State becomes aware of circumstances that may cause it to seek an additional condition in a particular case, the requested State may consult with the requesting State to determine the extent to which the evidence and information can be protected.

(4) Ein ersuchter Staat kann anstelle dieses Artikels die in dem geltenden bilateralen Vertrag über Rechtshilfe enthaltene Bestimmung über die begrenzte Verwendung von Daten anwenden, wenn dies zu einer weniger starken Begrenzung der Verwendung von Informationen und Beweismitteln als nach den Bestimmungen dieses Artikels führt.

(5) Ist nach einem zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens geltenden bilateralen Vertrag über Rechtshilfe zwischen einem Mitgliedstaat und den Vereinigten Staaten von Amerika die Einschränkung der Verpflichtung zur Leistung von Rechtshilfe in Bezug auf bestimmte Steuerzuwiderhandlungen zulässig, so kann der betreffende Mitgliedstaat in seinem Austausch von Urkunden mit den Vereinigten Staaten von Amerika nach Artikel 3 Absatz 2 angeben, dass er in Bezug auf solche Zuwiderhandlungen weiterhin die in diesem Vertrag enthaltene Bestimmung über die begrenzte Verwendung von Daten anwendet.

Artikel 10

Vertraulichkeitswunsch des ersuchenden Staates

Der ersuchte Staat bemüht sich nach besten Kräften darum, ein Ersuchen und dessen Inhalt vertraulich zu behandeln, wenn der ersuchende Staat um eine solche Vertraulichkeit nachsucht. Kann das Ersuchen nicht erledigt werden, ohne die gewünschte Vertraulichkeit zu verletzen, so teilt die zentrale Behörde des ersuchten Staates dies dem ersuchenden Staat mit, der dann zu entscheiden hat, ob dem Ersuchen dennoch Folge geleistet werden soll.

Artikel 11

Konsultationen

Die Vertragsparteien konsultieren sich im geeigneten Maße zum Zweck einer möglichst effektiven Nutzung dieses Abkommens sowie zum Zweck einer leichteren Beilegung eines etwaigen Streits über die Auslegung und Anwendung dieses Abkommens.

Artikel 12

Zeitliche Geltung

(1) Dieses Abkommen gilt für vor oder nach seinem Inkrafttreten begangene Straftaten.

(2) Dieses Abkommen gilt für nach seinem Inkrafttreten gestellte Rechtshilfeersuchen. Die Artikel 6 und 7 gelten jedoch auch für Ersuchen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens in einem ersuchten Staat anhängig sind.

Artikel 13

Nichtabweichung

Vorbehaltlich des Artikels 4 Absatz 5 und des Artikels 9 Absatz 2 Buchstabe b) schließt dieses Abkommen nicht aus, dass der ersuchte Staat Gründe für die Ablehnung der Rechtshilfe geltend macht, die sich aus einem bilateralen Vertrag über Rechtshilfe oder, wenn ein solcher nicht besteht, aus seinen anwendbaren Rechtsgrundsätzen ergeben; dies gilt auch für den Fall, dass durch die Erledigung des Ersuchens die Souveränität, die Sicherheit, die öffentliche Ordnung und andere grundlegenden Interessen dieses Staates beeinträchtigt würden.

Artikel 14

Künftige bilaterale Verträge mit Mitgliedstaaten über Rechtshilfe

Dieses Abkommen ist kein Hindernis dafür, dass nach seinem Inkrafttreten bilaterale Abkommen zwischen einem Mitgliedstaat und den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossen werden, die mit diesem Abkommen in Einklang stehen.

4. A requested State may apply the use limitation provision of the applicable bilateral mutual legal assistance treaty in lieu of this Article, where doing so will result in less restriction on the use of information and evidence than provided for in this Article.

5. Where a bilateral mutual legal assistance treaty in force between a Member State and the United States of America on the date of signature of this Agreement, permits limitation of the obligation to provide assistance with respect to certain tax offences, the Member State concerned may indicate, in its exchange of written instruments with the United States of America described in Article 3(2), that, with respect to such offences, it will continue to apply the use limitation provision of that treaty.

Article 10

Requesting State's request for confidentiality

The requested State shall use its best efforts to keep confidential a request and its contents if such confidentiality is requested by the requesting State. If the request cannot be executed without breaching the requested confidentiality, the central authority of the requested State shall so inform the requesting State, which shall then determine whether the request should nevertheless be executed.

Article 11

Consultations

The Contracting Parties shall, as appropriate, consult to enable the most effective use to be made of this Agreement, including to facilitate the resolution of any dispute regarding the interpretation or application of this Agreement.

Article 12

Temporal application

1. This Agreement shall apply to offences committed before as well as after it enters into force.

2. This Agreement shall apply to requests for mutual legal assistance made after its entry into force. Nevertheless, Articles 6 and 7 shall apply to requests pending in a requested State at the time this Agreement enters into force.

Article 13

Non-derogation

Subject to Article 4(5) and Article 9(2)(b), this Agreement is without prejudice to the invocation by the requested State of grounds for refusal of assistance available pursuant to a bilateral mutual legal assistance treaty, or, in the absence of a treaty, its applicable legal principles, including where execution of the request would prejudice its sovereignty, security, ordre public or other essential interests.

Article 14

Future bilateral mutual legal assistance treaties with Member States

This Agreement shall not preclude the conclusion, after its entry into force, of bilateral Agreements between a Member State and the United States of America consistent with this Agreement.

Artikel 15**Benennungen und Notifizierungen**

(1) Wurde im Rahmen von Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b) ein anderes Ministerium als das Justizministerium benannt, so notifiziert die Europäische Union den Vereinigten Staaten von Amerika eine solche Benennung vor Austausch der Urkunden zwischen den Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Artikel 3 Absatz 3.

(2) Vor Austausch der Urkunden zwischen den Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Artikel 3 Absätze 2 und 3 notifizieren sich die Vertragsparteien nach gegenseitigen Konsultationen darüber, welche nationalen Behörden mit Zuständigkeit für die Ermittlung und Verfolgung von Straftaten nach Artikel 4 Absatz 3 zu benennen sind, welche die benannten nationalen Behörden sind. Für die Mitgliedstaaten, bei denen kein Vertrag über Rechtshilfe mit den Vereinigten Staaten von Amerika besteht, notifiziert die Europäische Union den Vereinigten Staaten von Amerika vor diesem Austausch, welche die zentralen Behörden nach Artikel 4 Absatz 3 sind.

(3) Die Vertragsparteien notifizieren einander vor Austausch der Urkunden zwischen den Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Artikel 3 Absätze 2 und 3 jede nach Artikel 4 Absatz 4 geltend gemachte Begrenzung der Verwendung von Daten.

Artikel 16**Räumliche Geltung**

(1) Dieses Abkommen gilt für:

- a) die Vereinigten Staaten von Amerika;
- b) die Europäische Union, und zwar für:
 - die Mitgliedstaaten;
 - Gebiete, deren Außenbeziehungen in den Zuständigkeitsbereich eines Mitgliedstaates fallen, bzw. für Länder, die nicht Mitgliedstaaten sind, für die ein Mitgliedstaat hinsichtlich der Außenbeziehungen andere Verpflichtungen hat, sofern die Vertragsparteien im Wege des Austauschs einer von dem betreffenden Mitgliedstaat ordnungsgemäß bestätigten diplomatischen Note eine Vereinbarung getroffen haben.

(2) Die Anwendung dieses Abkommens auf Gebiete oder Länder, für die eine Ausdehnung der Geltung in Einklang mit Buchstabe b) vorgesehen wurde, kann von jeder der Parteien gegenüber der anderen Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege vorbehaltlich einer ordnungsgemäßen Bestätigung zwischen dem betreffenden Mitgliedstaat und den Vereinigten Staaten von Amerika gekündigt werden.

Artikel 17**Überprüfung**

Die Vertragsparteien kommen überein, eine gemeinsame Überprüfung dieses Abkommens spätestens fünf Jahre nach seinem Inkrafttreten vorzunehmen. Die Überprüfung bezieht sich insbesondere auf die praktische Durchführung des Abkommens und kann auch Aspekte wie die Auswirkungen der Weiterentwicklung der Europäischen Union auf den Gegenstand dieses Abkommens umfassen.

Artikel 18**Inkrafttreten und Beendigung**

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag nach Ablauf des dritten Monats nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Vertragsparteien untereinander die Urkunden über den Abschluss ihrer diesbezüglichen internen Verfahren ausgetauscht haben. Aus diesen Urkunden geht auch hervor, dass die in Artikel 3 Absätze 2 und 3 genannten Schritte unternommen wurden.

Article 15**Designations and notifications**

1. Where a Ministry other than the Ministry of Justice has been designated under Article 8(2)(b), the European Union shall notify the United States of America of such designation prior to the exchange of written instruments described in Article 3(3) between the Member States and the United States of America.

2. The Contracting Parties, on the basis of consultations between them on which national authorities responsible for the investigation and prosecution of offences to designate pursuant to Article 4(3), shall notify each other of the national authorities so designated prior to the exchange of written instruments described in Article 3(2) and (3) between the Member States and the United States of America. The European Union shall, for Member States having no mutual legal assistance treaty with the United States of America, notify the United States of America prior to such exchange of the identity of the central authorities under Article 4(3).

3. The Contracting Parties shall notify each other of any limitations invoked under Article 4(4) prior to the exchange of written instruments described in Article 3(2) and (3) between the Member States and the United States of America.

Article 16**Territorial application**

1. This Agreement shall apply:

- (a) to the United States of America;
- (b) in relation to the European Union, to:
 - Member States,
 - territories for whose external relations a Member State has responsibility, or countries that are not Member States for whom a Member State has other duties with respect to external relations, where agreed upon by exchange of diplomatic note between the Contracting Parties, duly confirmed by the relevant Member State.

2. The application of this Agreement to any territory or country in respect of which extension has been made in accordance with subparagraph (b) of paragraph 1 may be terminated by either Contracting Party giving six months' written notice to the other Contracting Party through the diplomatic channel, where duly confirmed between the relevant Member State and the United States of America.

Article 17**Review**

The Contracting Parties agree to carry out a common review of this Agreement no later than five years after its entry into force. The review shall address in particular the practical implementation of the Agreement and may also include issues such as the consequences of further development of the European Union relating to the subject matter of this Agreement.

Article 18**Entry into force and termination**

1. This Agreement shall enter into force on the first day following the third month after the date on which the Contracting Parties have exchanged instruments indicating that they have completed their internal procedures for this purpose. These instruments shall also indicate that the steps specified in Article 3(2) and (3) have been completed.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit durch schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei kündigen, und diese Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt der Mitteilung wirksam.

2. Either Contracting Party may terminate this Agreement at any time by giving written notice to the other Party, and such termination shall be effective six months after the date of such notice.

Unterzeichnet von den nachstehend aufgeführten Bevollmächtigten.

In witness whereof the undersigned Plenipotentiaries have signed this Agreement.

Geschehen zu Washington D. C. am fündundzwanzigsten Juni zweitausendunddrei in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, finnischer, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, schwedischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at Washington D.C. on the twenty-fifth day of June in the year two thousand and three in duplicate in the Danish, Dutch, English, Finnish, French, German, Greek, Italian, Portuguese, Spanish and Swedish languages, each text being equally authentic.

Für die Europäische Union
For the European Union
Philippos Petzalnikos

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
John Ashcroft

Erläuternde Note
zu dem Abkommen
zwischen der Europäischen Union
und den Vereinigten Staaten von Amerika
über Rechtshilfe

Explanatory Note
on the Agreement on Mutual Legal Assistance
between the European Union
and the United States of America

Diese Erläuternde Note enthält eine von den Vertragsparteien erzielte Vereinbarung darüber, wie bestimmte Vorschriften des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Rechtshilfe (nachstehend „Abkommen“ genannt) anzuwenden sind.

This note reflects understandings regarding the application of certain provisions of the Agreement on Mutual Legal Assistance between the European Union and the United States of America (hereinafter ‘the Agreement’) agreed between the Contracting Parties.

Zu Artikel 8

Im Hinblick auf die Rechtshilfe für Verwaltungsbehörden nach Artikel 8 Absatz 1 ergibt sich aus Artikel 8 Absatz 1 Satz 1 die Pflicht, um Rechtshilfe ersuchenden Verwaltungsbehörden auf Bundesebene der Vereinigten Staaten von Amerika und um Rechtshilfe ersuchenden Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene Rechtshilfe zu gewähren. Nach Satz 2 jenes Absatzes kann Rechtshilfe auch anderen Verwaltungsbehörden – nämlich Verwaltungsbehörden auf Nichtbundesebene bzw. auf lokaler Ebene – gewährt werden. Die Anwendung dieser Bestimmung liegt jedoch im Ermessen des ersuchten Staates.

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass Rechtshilfe aufgrund von Artikel 8 Absatz 1 Satz 1 einer ersuchenden Verwaltungsbehörde gewährt wird, wenn die betreffende Verwaltungsbehörde zum Zeitpunkt der Antragsstellung im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags Ermittlungen oder ein Verfahren durchführt, das auf eine strafrechtliche Verfolgung oder die Befassung der zuständigen Strafverfolgungsbehörden mit den Handlungen, wegen deren ermittelt wurde, abzielt, wie dies nachstehend dargelegt wird. Die Tatsache, dass zum Zeitpunkt der Antragsstellung eine Befassung der Strafverfolgungsbehörden zu Strafverfolgungszwecken in Erwägung gezogen wird, schließt nicht aus, dass die Verwaltungsbehörde Ermittlungen im Hinblick auf die Verhängung von Sanktionen nicht strafrechtlicher Art durchführt. So kann die ersuchende Verwaltungsbehörde infolge der nach Artikel 8 Absatz 1 erhaltenen Rechtshilfe zu dem Schluss gelangen, dass eine strafrechtliche Verfolgung oder die Befassung der Strafverfolgungsbehörden nicht sinnvoll wäre. Unbeschadet solcher möglichen Folgen sind die Vertragsparteien verpflichtet, im Rahmen dieses Artikels Rechtshilfe zu gewähren.

Die ersuchende Verwaltungsbehörde darf jedoch nicht um Rechtshilfe auf der Grundlage von Artikel 8 Absatz 1 ersuchen, wenn eine strafrechtliche Verfolgung oder die Befassung der Strafverfolgungsbehörden nicht in Erwägung gezogen wird oder wenn die Handlungen, wegen der ermittelt wird, nach dem Recht des ersuchenden Staates nicht strafrechtlich geahndet werden bzw. nicht in den Zuständigkeitsbereich der Strafverfolgungsbehörden fallen.

Die Europäische Union weist darauf hin, dass der Regelungsbe-
reich des Abkommens unter die Bestimmungen über die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen nach Titel VI des Vertrags über die Europäische Union fällt und dass das Abkommen im Rahmen dieser Bestimmungen geschlossen wurde.

On Article 8

With respect to the mutual legal assistance to administrative authorities under Article 8(1), the first sentence of Article 8(1) imposes an obligation to afford mutual legal assistance to requesting United States of America federal administrative authorities and to requesting national administrative authorities of Member States. Under the second sentence of that paragraph mutual legal assistance may also be made available to other, that is non-federal or local, administrative authorities. This provision however, is available at the discretion of the requested State.

The Contracting Parties agree that under the first sentence of Article 8(1) mutual legal assistance will be made available to a requesting administrative authority that is, at the time of making the request, conducting investigations or proceedings in contemplation of criminal prosecution or referral of the investigated conduct to the competent prosecuting authorities, within the terms of its statutory mandate, as further described immediately below. The fact that at the time of making the request referral for criminal prosecution is being contemplated does not exclude that other sanctions than criminal ones may be pursued by that authority. Thus, mutual legal assistance obtained under Article 8(1) may lead the requesting administrative authority to the conclusion that pursuance of criminal proceedings or criminal referral would not be appropriate. These possible consequences do not affect the obligation upon the Contracting Parties to provide assistance under this Article.

However, the requesting administrative authority may not use Article 8(1) to request assistance where criminal prosecution or referral is not being contemplated, or for matters in which the conduct under investigation is not subject to criminal sanction or referral under the laws of the requesting State.

The European Union recalls that the subject matter of the Agreement for its part falls under the provisions on police and judicial cooperation in criminal matters set out in Title VI of the Treaty on European Union and that the Agreement has been concluded within the scope of these provisions.

Zu Artikel 9

Mit Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b) soll sichergestellt werden, dass für die Ablehnung der Rechtshilfe Datenschutzgründe nur in Ausnahmefällen geltend gemacht werden dürfen. Eine derartige Situation könnte sich ergeben, wenn nach Abwägung der in einem gegebenen Fall zu berücksichtigenden wichtigen Interessen (zum einen des öffentlichen Interesses, wozu auch eine ordnungsgemäße Rechtspflege gehört, und zum anderen des Interesses des Schutzes der Privatsphäre) der ersuchte Staat zu der Auffassung gelangt, dass die Übermittlung der vom ersuchenden Staat erbetenen spezifischen Daten Schwierigkeiten grundsätzlicher Art bereitet, so dass eine Übermittlung aus Gründen seiner wesentlichen Interessen abzulehnen ist. Auszuschließen ist somit, dass der ersuchte Staat aufgrund einer extensiven Auslegung der Datenschutzgrundsätze die Zusammenarbeit kategorisch oder systematisch ablehnt. Die alleinige Tatsache, dass der ersuchende und der ersuchte Staat unterschiedliche Datenschutzsysteme haben (dass z. B. der ersuchende Staat nicht über eine einer Datenschutzbehörde entsprechende Stelle verfügt) oder unterschiedliche Methoden des Schutzes von personenbezogenen Daten anwenden (dass z. B. der ersuchende Staat andere Methoden zum Schutz der Vertraulichkeit oder der Richtigkeit der bei den Strafverfolgungsbehörden eingegangenen personenbezogenen Daten anwendet), darf nicht als zusätzliche Bedingung im Sinne von Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a) aufgestellt werden.

Zu Artikel 14

Nach Artikel 14 schließt das Abkommen nicht aus, dass nach seinem Inkrafttreten bilaterale Rechtshilfeabkommen zwischen einem Mitgliedstaat und den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossen werden, die mit dem Abkommen in Einklang stehen.

Sofern eine in dem Abkommen vorgesehene Maßnahme in der Praxis zu Schwierigkeiten für die Vereinigten Staaten von Amerika und einen oder mehrere Mitgliedstaaten führt, so sollten derartige Schwierigkeiten zunächst nach Möglichkeit im Wege von Konsultationen zwischen dem betreffenden Mitgliedstaat und den Vereinigten Staaten von Amerika oder gegebenenfalls im Wege der in diesem Abkommen vorgesehenen Konsultationsverfahren behoben werden. In Fällen, in denen es nicht möglich ist, derartige in der Praxis auftretende Schwierigkeiten nur durch Konsultationen zu beheben, können in weiteren bilateralen Abkommen zwischen dem Mitgliedstaat und den Vereinigten Staaten von Amerika praktikable Alternativmechanismen vorgesehen werden, die dann als mit diesem Abkommen als im Einklang stehend gelten, wenn sie die Ziele der speziellen Bestimmung, bei der die Schwierigkeit aufgetreten ist, wahren.

On Article 9

Article 9(2)(b) is meant to ensure that refusal of assistance on data protection grounds may be invoked only in exceptional cases. Such a situation could arise if, upon balancing the important interests involved in the particular case (on the one hand, public interests, including the sound administration of justice and, on the other hand, privacy interests), furnishing the specific data sought by the requesting State would raise difficulties so fundamental as to be considered by the requested State to fall within the essential interests grounds for refusal. A broad, categorical, or systematic application of data protection principles by the requested State to refuse cooperation is therefore precluded. Thus, the fact the requesting and requested States have different systems of protecting the privacy of data (such as that the requesting State does not have the equivalent of a specialised data protection authority) or have different means of protecting personal data (such as that the requesting State uses means other than the process of deletion to protect the privacy or the accuracy of the personal data received by law enforcement authorities), may as such not be imposed as additional conditions under Article 9(2a).

On Article 14

Article 14 provides that the Agreement shall not preclude the conclusion, after its entry into force, of bilateral agreements on mutual legal assistance between a Member State and the United States of America consistent with the Agreement.

Should any measures set forth in the Agreement create an operational difficulty for the United States of America and one or more Member States, such difficulty should in the first place be resolved, if possible, through consultations between the Member State or Member States concerned and the United States of America, or, if appropriate, through the consultation procedures set out in the Agreement. Where it is not possible to address such operational difficulty through consultations alone, it would be consistent with the Agreement for future bilateral agreements between a Member State and the United States of America to provide an operationally feasible alternative mechanism that would satisfy the objectives of the specific provision with respect to which the difficulty has arisen.